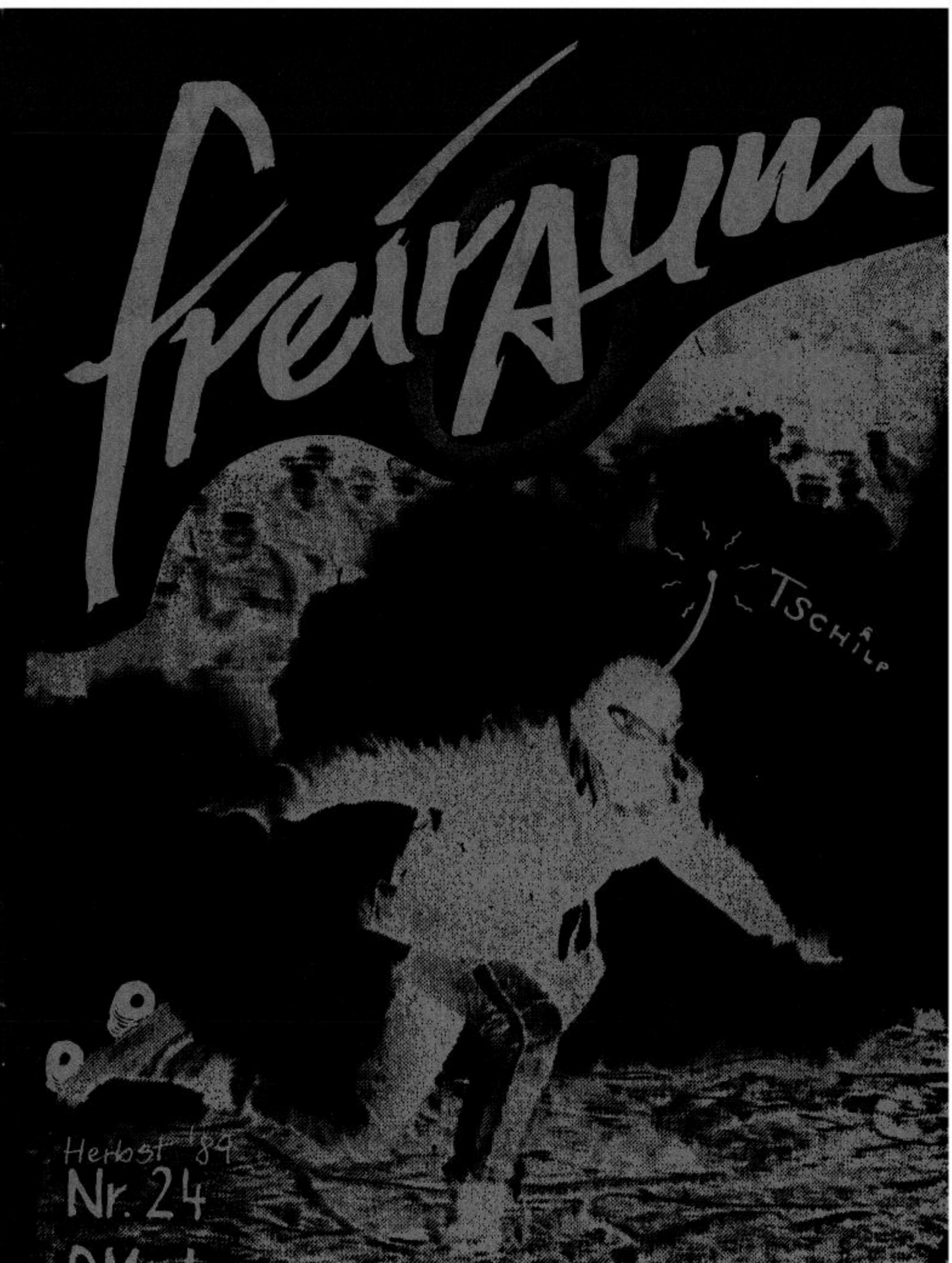
Freiraum



Herbst '89

Nr. 24

DM 4,-

LIEBE LESERINNEN

Als erstes möchten wir uns für euer reges Interesse bezüglich des letzten Freiraums bedanken. Endlich wieder ein Aufschwung nach ewig langem Brachliegen. Diese lange Pause war mit Sicherheit ein Grund dafür, daß manche nicht mehr aktuelle bzw. schon woanders abgedruckte Artikel ihren Platz gefunden haben, denn ehrlich gesagt hat sich keineR von uns mehr so richtig ausgekannt.

Wir haben zwar die letzte Ausgabe schon teurer machen müssen, trotzdem haben wir uns immer noch total verkalkuliert. Wir sind absolut in den Miesen. Um nicht den Preis nochmals raufsetzen zu müssen und somit in einen Teufelskreis einzutreten, haben wir eine verdammt dringende Bitte: Zahlt eure Abos, und zwar so schnell wie's geht. Wir sind keine Multis (oder wäre euch das lieber?), die jedesmal den Löwenteil aus eigener Tasche finanzieren können.

wie ja inzwischen jedeR mitgekriegt haben müßte, ist die Sache mit der Postlagerkarte wie eh und je eine heikle Angelegenheit. Um zu vermeiden, daß eure Post oder gar Kohle von irgendeiner Person rekrallt wird, schickt eure Post und erst recht das Geld in einem doppelten Briefumschlag, so, daß es keineR checkt, was da drin sein könnte (also kein Geld, wohl Briefmarken). Leider sind uns bei Nichtbeachten des sondern stattdessen etliche Märker Ebengenannten schon abhanden gekommen.

Ein weiteres Entgegenkommen eurerseits wäre bei den Abos möglich. Es würde uns 'ne Menge Arbeit ersparen, wenn ihr versucht, natürlich nur wenn möglich zusammenzuschließen, so pro Freiraum – daß euch nicht einen wir Umschlag müssen, sondern sozusagen einen Sammelumschlag wegschicken könnten. Das würde uns Porto und ewig viel Verwaltungsaufwand ersparen. Natürlich soll das nicht heißen, daß wir keine Einzelabos mehr verschicken. klar oder?

Noch was zum Inhalt: Endlich haben wir uns entschlossen, ein Inhaltsverzeichnis reinzusetzen. Erfreulich wäre dabei allerdings, wenn wir darin was von euch ankündigen könnten, denn es ist für uns schier unmöglich nur eigene Beiträge zu verfassen und reinzubringen. Wir sind schließlich kein Journalistinnenkollektiv! Wir bitten also um eure Aktivität. Nicht vergessen: Der Freiraum ist auch eure Zeitung!!!!

Bezugsbedingungen.

Abonnement: 6 Nummern kosten 30,- DM

Nur gegen Vorkasse !!

Wiederverkäufer: 3,- pro Stück
Auf Rechnung. mit Rückgaberecht, die Rechnung ist innerhalb von 2 Monaten zu bezahlen, sonst erfolgt Löschung aus der Kartei und bei schweren Fällen direkte Aktion.

Von verschiedenen alten Exemplaren können zum Schleuderpreis von 1,- DM folgende Ausgaben angefordert werden:

5,6,7,8,10,13,15,16,18,19,20,21,22,23

Von folgenden Exemplaren existieren nur noch wenige Exemplare bzw. nur Fotokopien, sie kosten deshalb 3,- DM

0,1,2,3,4,9,11,12,17

Lieferung nur gegen Vorkasse!!!

Viel Spaß beim Lesen,
Eure Genossinnen und Genossen vom Freiraum.

Gefangene und Insassen von Anstalten, sowie weitere mögliche Bedürftige erhalten Freiabos.

Hrsg. u. v.i.S.d.P.
Karl Schnitzler
Holbeinstr. 48
8900 Augsburg

Sämtliche Artikel geben nur in Ausnahmefällen die Meinung des Hrsg. wieder.

Eigentumsvorbehalt:

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen oder Insassen persönlich ausgehändigt wurde. "Zur-Liebe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Herausgeber:
Karl Schnitzler
Holbeinstr. 48
8900 Augsburg

Eigendruck im Selbstverlag

Anschrift:
Postlagerkarte Nr. 073396 A
8000 München 34

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort 2
Inhalt 3
Münster Aktionstag gegen Umstrukturierung u. Wohnungsnot 4-7
Hausbesetzung in der Hamburger Kaiserstr. 8-9
Hafen blaicht 10-11
Unvollständiger Nachruf auf einen Anarchisten 12-13
Diskussion - Radikale Linke
-Um was es geht 14
-K.H. Roth: Ganz von unten (aus Konkret 6/89) 15-18
-Interview m. K.H. Roth (Auszug: aus Arbeiterkampf 308) 19
Kommentare 20
L'amour blau 21
Uns stinkt's (?)ärtlich-wilde Männerbeziehungen???) 22
Lübrick 23
Ireland 24-30
Macht Kaputt, was euch kaputt macht (Text) 31
Anarchie oder was 32
Palästina 33
Wer bin ich? - welches Schweinder! hättn's denn gern? (bei richtiger Einsendung ekn Freiexemplar) 34-35
Anarchismus und RAF 36-39
Brief v. Rolf Heißler 40-41
Bericht von der Antifa-Konferenz Nürnberg - AG Rassismus 42-43
Studienzentrum Weikersheim 44
Bericht einer in Passau festgenommenen 45-48
Indian News 49-52
Kurdistan 53-56
Günter Sonnenberg muß raus 57-59
Christoph von Hören muß auch raus 60-61
Revolte in China 62-64
Sein und Schein 65
Der Revoluzzer (Gedicht von Erich Mühsam) 66
.....
Anzeigen 67

24.Juni 89 - Münsteraner Aktionstag gegen Umstrukturierung und Wohnungsnot.

50 DemonstrantInnen über 3 Stunden von Bullen eingekesselt.

Am Samstag 24.6. wollten wir, das autonome Plenum gegen Umstrukturierung, eine Fahrradinformationstour durch diese Stadt -Münster - machen. Wir wollten damit allen zeigen, welche Politik hier gemacht wird. Wir wollten zeigen und sagen, wie Stadtentwicklung, Verkehrsplanung und Wohnraumzerstörung hier an einigen markanten Punkten aussieht.

Münster schmückt sich mit dem Titel "unternehmerfreundlichste Stadt der BRD" verliehen von der "Wirtschaftswoche" und dem "Bundesverband junger Unternehmer". Uns ging es darum, die Hintergründe dieses Titels offenzulegen, z.B. die niedrigsten Gewerbesteuersätze in NRW. Und wir wollten die Folgen aufdecken, die solch eine Politik schon jetzt und auch in Zukunft hat. Welche Folgen diese Politik hat für Menschen, die in der Ausbildung sind, die studieren, die arbeitslos sind, die Sozialhilfe kriegen, die keine Wohnung haben; für Menschen, die sich nicht in Einzimmerappartements wohlfühlen, die sich nicht mit 24-Kabelprogrammen wohlfühlen, deren Vorstellung von Leben mehr umfaßt als der 8-Stunden-Job und der anschließende Discogang.

"Münsteraner Wohnungspolitik heißt, Wohnraum wird zum Spekulationsobjekt: Die große Zahl leerstehender oder abgerissener Häuser und Luxusmodernisierungen bzw. -neubauten sprechen für sich. Die Stadt Münster schiebt die Verantwortung weit von sich und delegiert sie an Bund und Land. Sie weigert sich, Initiativen zur Behebung der Wohnungsnot und zur Schaffung bzw. zur Erhaltung billigen Wohnraums zu ergreifen (z.B. die Einrichtung einer kommunalen Wohnraumvermittlungsstelle, die unentgeltlich Wohnraum vermittelt). Wichtiger als Wohnungspolitik ist hier in der Stadt Verkehrspolitik, wofür auch Häuser (z.B. am Königsweg) geplättet werden, damit die Bonzen noch schneller nach Konsum-City kommen." (zitiert aus dem Reader zur Umstrukturierung in Münster).

Auf der Hälfte der Fahrradtour, auf der wir bis dahin viel Spaß hatten und vielfältige Aufmerksamkeit erreichten, hielten wir auf den Aaseewiesen bei der Torminbrücke zu einem Infopicknick mit Kaffee und Kuchen an. Die Torminbrücke ist übrigens ein 4-spuriger Betonkasten, der den Autoring um die Innenstadt vervollständigt. Für diesen Ring wurden bereits Anfang der 80er besetzte Häuser an der Sertürnerstr. geräumt und abgerissen.

Der Bullenkessel

Seit der privaten Frauenklinik an der Annetteallee, die am 30.6. schließt und dann plattgewalzt wird, um noch mehr Luxushäuser mit Quadratmeterpreis von DM 6000.- hochzuziehen, folgten uns schon 2-3 Motorradbullen. Als wir gerade bei Kaffee und Kuchen zu diskutieren begannen, kamen immer mehr Streifenbullen, die uns kommentarlos einkesselten. Erst als sie sich in der Übermacht wähnten, forderten sie, einen Verantwortlichen für angebliche Sprühereien in der Innenstadt zu sprechen. Sie bezichtigten die TeilnehmerInnen der Infotour der Teilnahme an einer unangemeldeten Versammlung, um ihre massive Repression an diesem Ort zu legitimieren und um unsere Personalien zu erhalten. Die Aggressivität, die verbalen Provokationen und konkreten Gewaltandrohungen sollten uns einschüchtern. Verunsichert haben uns diese Provokationen, weil die Bullen sich ganz gezielt diese Stelle für ihren Kessel ausgesucht hatten: der Platz war von Gebüsch und Bäumen umgeben und nur sehr schlecht von vorübergehenden Passanten einsehbar. Es sprach sich trotzdem recht schnell herum, was hier passierte. Die UnterstützerInnen außerhalb des Kessels wurden immer mehr.

Trotz der entstandenen Öffentlichkeit glaubten die Bullen, es sich leisten zu können, uns weiterhin zu bedrohen, eine Versorgung mit Mineralwasser zu unterbinden und uns auch nicht pinkeln zu lassen. Die Versuche der um uns besorgten Leute von außerhalb des Kessels, mit uns Kontakt aufzunehmen und uns auch mit Wasser zu versorgen, wurden massiv und brutal verhindert. Dabei kam es zu Verletzungen von Umstehenden, als die Bullen willkürlich zu prügeln anfingen und Gas einsetzten. Sie setzten zwei Hunde ein, die die Umstehenden auf Distanz halten sollten, und jede/n Nähertretende/n bedrohten . Dabei wurde einer Person von einem Hund das Sweatshirt zerrissen. Die Hinzukommenden wurden mit Tränengas angegriffen und ein Rollstuhlfahrer, der sich ebenfalls solidarisierte, wurde auch mit Tränengas besprüht. Es wurden zwei Menschen verhaftet, die die Bullen im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung als Geiseln einsetzten: die beiden Gefangenen sollten erst dann freigelassen werden, wenn wir eine Personalienkontrolle über uns ergehen lassen würden.

Die Aggressivität des Bulleneinsatzes verschärfte sich mit der stundenlangen Dauer der Einkesselung. Als sie sich endlich stark genug fühlten - über 25 Streifenwagen, Hundewagen und Gefangenentransporter waren schließlich aufgefahren - bereiteten sie den Knüppeleinsatz vor. Mit behelmten Bullen machten sie den Kessel enger und forderten die Außenstehenden auf, "sich wegen der bevorstehenden Eskalation zu entfernen", da "Verletzungen nicht auszuschließen sind".

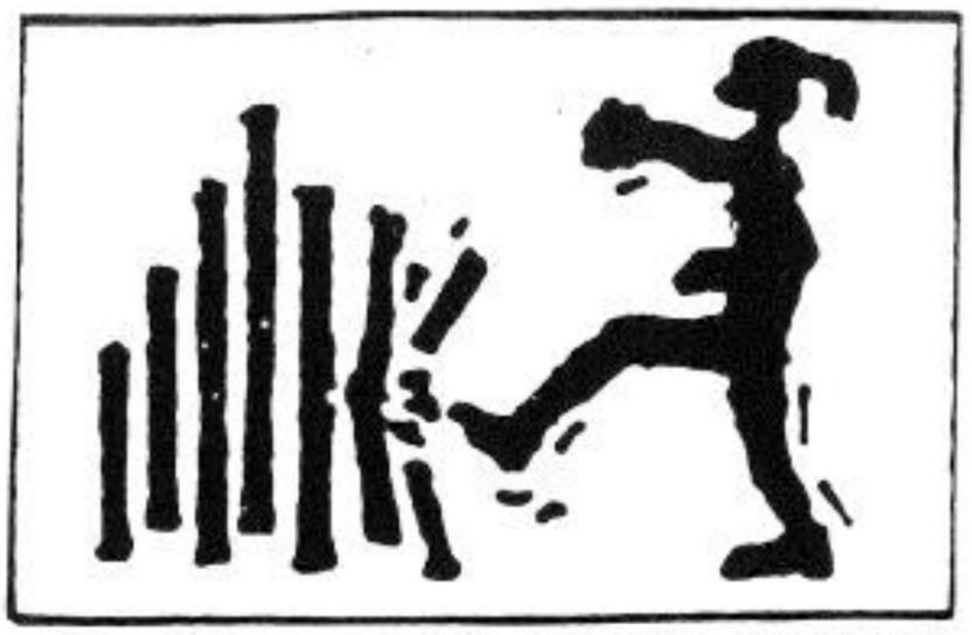
Uns allen war klar, daß wir uns nicht einzeln auf eine Personalienfeststellung einlassen würden, aus begründeter Angst vor brutalen Aktionen der Bullen gegen uns. Aufgrund der Zusage, daß die beiden Geiseln freikämen, um deren Zustand und Gesundheit wir uns Sorgen machen mußten, ließen wir uns auf Verhandlungen ein. Das Ergebnis war, daß wir in Fünfergruppen zu einem Streifenwagen geführt wurden, wo unsere Personalien zeitaufwendig festgestellt und überprüft wurden, während die Gefangenen in der Wanne (einer die ganze Zeit in Handschellen) ohne Lüftung, ohne ärztliche Versorgung, ohne Wasser für die vom Gas gereizten Augen sitzen mußten. Dazu der Einsatzleiter, als er von einem Anwalt gefragt wurde, ob das notwendig sei: "Die Demonstranten haben ihre Forderungen, wir haben unsere Bedingungen - wir müssen ja schließlich auch etwas in der Hand haben."
Gut war das Gefühl, daß wir uns mit sovielen verschiedenen Leuten bei einer solchen Konfrontationssituation auf ein gemeinsames Handeln einigen konnten.

Nach mehr als drei Stunden im Kessel und der entwürdigenden Situation bei der Persoprüfung wurden die Gefangenen freigelassen und wir setzten uns, nachdem der letzte Bulle verschwunden war, zusammen. Einer der beiden Gefangenen wurde dann zum Arzt gefahren, um sich seine Verletzungen an der Lippe und einem Zahn sowie eine leichte Gehirnerschütterung attestieren zu lassen.
Nach den Strapazen der ganzen Aktion hatten wir keine Power mehr, um die Tour fortzusetzen. Wir hatten viel mehr Lust, gemeinsam noch etwas Schönes zu erleben und feierten dann im Südpark zusammen ein buntes und lustiges Fest.

Es geht weiter

Wir lassen uns durch solche Aktionen nicht einschüchtern. Wir werden weiterhin gegen Pläne der Umstrukturierungsstrategen kämpfen. "Wohnungspolitik in Münster und der BRD ist gezielte Politik zugunsten des Kapitals und zu Ungunsten der Menschen, die hier leben.

Das zeigt sich an der marktwirtschaftlichen Orientierung dieser Politik, an der Aushöhlung des MieterInnenschutzes und der weiteren Stärkung des Eigentums. Machbare Modelle zur Überwindung der Wohnungsnot bleiben Utopie, weil die Großverdienerinnen an dieser Misere (also Banken und Wohnungsbaugesellschaften) sich ihre Profite und ihre Macht- und Einflußmöglichkeiten freiwillig nicht nehmen lassen werden.



Die Planungen für Münster im Wettbewerb für den westeuropäischen Binnenmarkt 1992 und im Wettbewerb mit anderen Städten sehen vor, die Verschmelzung der wissenschaftlichen Forschung an Uni und Fachhochschule mit der kapitalistischen Verwertung durch die Industrie massiv auszubauen. Sie sehen vor, eine Kongressstadt zu werden, wo die Elite aus Wissenschaft und Wirtschaft in ruhiger, gepflegter Atmosphäre - das Klima muß stimmen - Erkenntnisse und Vorstellungen zusammenbringt, die die Führungsrolle der BRD für den Weltmarkt zementieren und ausbauen.

Die Rahmenbedingungen dafür und für weiteres muß die Stadt liefern. Das Klima eben. Das sind marmorprotzige Konsumzonen, ungehemmte, breit angelegte Zufahrtsautobahnen, cool gestylte Luxusappartements für die Yuppies, edle Nobelabsteigen, citynahe Parkklötze usw. Damit das alles auch so durchgeht und glatt akzeptiert wird, muß jeder Protest, jeder Widerstand dagegen entweder gekauft oder abgewürgt werden. Oder aber Ohnmacht und Resignation muß durchgesetzt werden.

Wie gesagt, wir wollten diese Fahrradinformationstour machen, weil wir weder resigniert sind, noch die Ohnmacht gefressen haben. Weil wir spüren, daß da, wo wir uns selber mit unseren Wünschen und Kämpfen ernst nehmen und die Umsetzung davon anfangen, die Zersetzung aller Verhältnisse durch kapitalistische Strukturen aufhören kann.

Wir werden die Verhältnisse umkehren in eine Lebensweise, die an den Menschen orientiert ist.

Gegen die Macht der **Bonzen, Banken,** Spekulanten nehmen wir **unser Leben und** die Häuser selbst in **die Hand!**

No Pasarán - Das **war erst der** Anfang..." (aus dem Reader)

Wir wollen in den **nächsten Tagen** unsere Informationstour **erneut durchfüh**ren. Wohnhäuser werden abgerissen, Versicherungspaläste hochgezogen, Autobahnen quer in die Stadt rein gebaut, das Geld klingelt in den Kassen der Geldsäcke.

Das werden wir nicht länger hinnehmen.

Wichtig:

Augen und Ohren offenhalten für weitere Aktionen!

Es werden ZeugInnen der Übergriffe gesucht: Schreibt unbedingt Gedächtnisprotokolle und gebt sie zur Schwarz-Roten-Hilfe im Themroc.

Für die zu erwartenden Prozesse: spendet auf das Konto der Schwarz-Roten-Hilfe - macht Daueraufträge!-

Mi. 5.7. 17⁰⁰ Uhr
Info-Radtour
ab Themroc

Vorbereitung:
Di. 4.7. 20⁰⁰ Uhr
Themroc

"Sonderkonto
Kanalstr.36"
282052 - 468
Postgiroamt Dortmund
BLZ 440 100 46

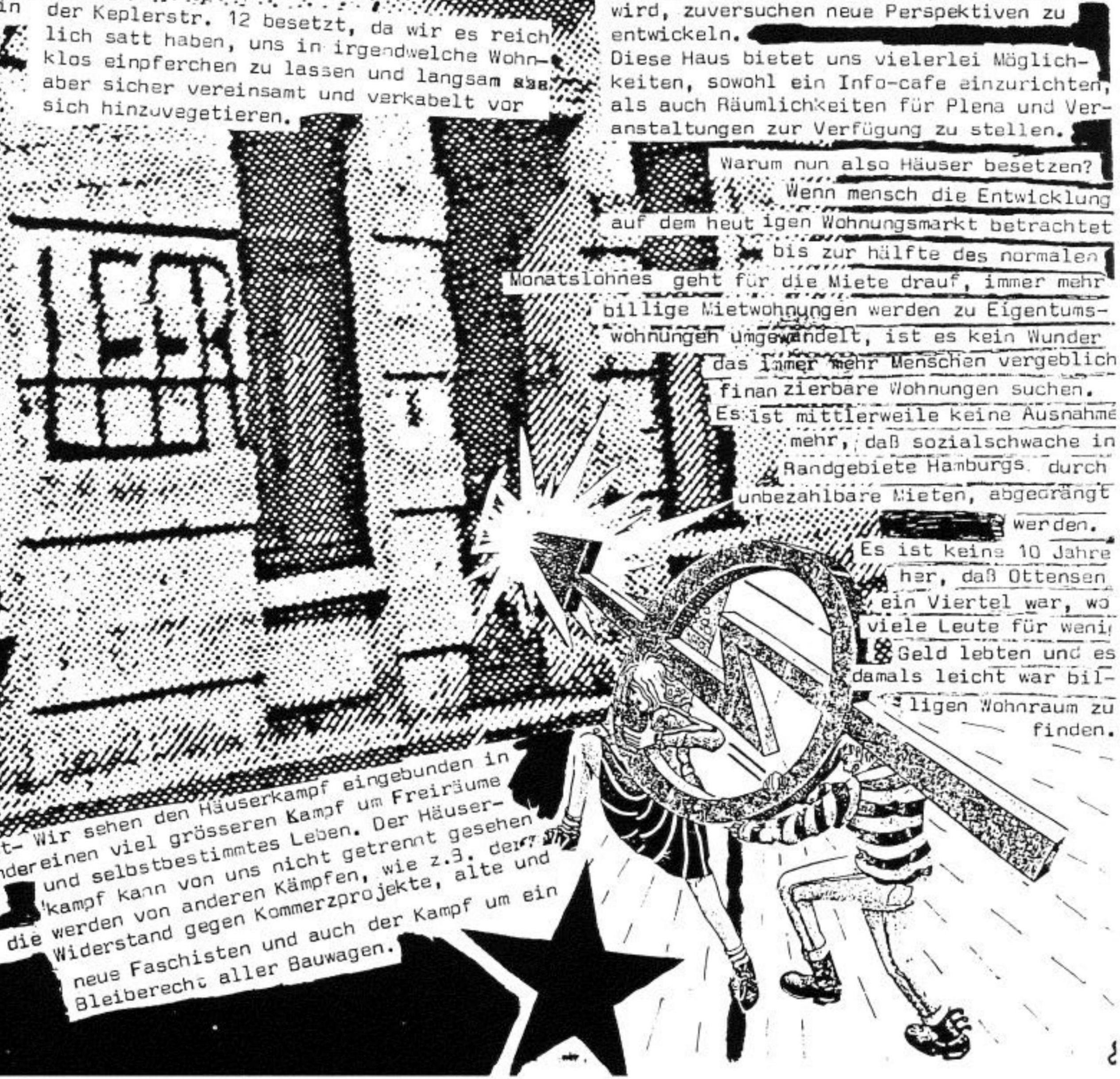
Wir, Leute, die schon länger in Ottensen leben, haben heute das Haus in der Keplerstr. 12 besetzt, da wir es reichlich satt haben, uns in irgendwelche Wohnklos einpferchen zu lassen und langsam aber sicher vereinsamt und verkabelt vor sich hinzuvegetieren.

Das heißt für uns auch, in einer Situation wo z.B. die Drogenflucht immer grösser wird, zuversuchen neue Perspektiven zu entwickeln.
Diese Haus bietet uns vielerlei Möglichkeiten, sowohl ein Info-cafe einzurichten, als auch Räumlichkeiten für Plena und Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen.

Warum nun also Häuser besetzen?

Wenn mensch die Entwicklung auf dem heutigen Wohnungsmarkt betrachtet bis zur hälfte des normalen Monatslohnes geht für die Miete drauf, immer mehr billige Mietwohnungen werden zu Eigentumswohnungen umgewandelt, ist es kein Wunder das immer mehr Menschen vergeblich finanzierbare Wohnungen suchen.
Es ist mittlerweile keine Ausnahme mehr, daß sozialschwache in Randgebiete Hamburgs durch unbezahlbare Mieten, abgedrängt werden.
Es ist keine 10 Jahre her, daß Ottensen ein Viertel war, wo viele Leute für wenig Geld lebten und es damals leicht war billigen Wohnraum zu finden.

Wir halten esin dieser Situation für notwendig, der immer weiter voranschreitendereinen viel grösseren Kampf um Freiräume Sanierungspolitik und Umstrukturierung und selbstbestimmtes Leben. Der Häuserkampf kann von uns nicht getrennt gesehen etwas entgegenzusetzen. werden von anderen Kämpfen, wie z.B. der Eine Antwort darauf ist für uns, sich die Widerstand gegen Kommerzprojekte, alte und neue Faschisten und auch der Kampf um ein Häuser zu nehmen. Bleiberecht aller Bauwagen.



Kasten:

1973: Erste Wohnung von W. Horn [redacted] entmietet

1979: Erste Aufforderrung des Bezirksamtes Altona an W. Horn den Leerstand von inzwischen mehreren Wohnungen zu beenden

81/82: Bußgeldbescheid über 19.500,- an W. Horn

83/84: Schriftliches hin und her zwischen Bezirk und Horn über Bauanträge und Fristen

84/ : Laut Horn sollen die Wohnungen 85 bezugsfertig sein

85 : Wohnungen nicht Bezugsfertig

82/83 : Zwangsgeldbescheid von 5.000,- je Wohneinheit um eine wiedervermietung zum 30.9.89 zu erreichen

Mai 86: Zwangsweise Besichtigung der Keplerstr. 12 durch Bauprüf. nichts passiert

Jan. 89 : Baugenehmigung für den einbau von Bädern erteilt

1.5.89: Erste Besetzung der Keplerstr. 1
Bis zum 1.8.89 sollen die Bauarbeiten begonnen haben, ansonsten wird der Bezirk einen Treuhänder einsetzen, der die Renovierung und die wiedervermietung überwachen soll.

Wir fordern:
- Enteignung von Horn
- übergabe der Häuser Keplerstr. 12 und Lobuschstr.28 an die jeweiligen Häusergruppen
- Legaliesierung von Wohnraumaneignung
- nach 24 Std. Leerstand (gilt auch für Brachliegende Flächen)

Kollektivität ist unsere einzige Antwort auf ihre Isolation

Ach, ja
- Hafen bleibt
- wir auch
- Horn nich

HAMBURG, MÜNCHEN, ÜBERALL ...

– Wie lange wollen wir noch zusehen, wie unser Lebensraum im Hochglanz der High–Tech–Metropolen erstickt?

Keine Räumung der Hafenstraße!

An jeder Ecke sprießen Schicki-Lokale, Edelboutiquen, tote Kulturtempel aus Stahl und Glas aus dem Boden. Die Eigentumswohnung verdrängt die Sozialwohnung, die Einkaufspassage wie der Elisenhof den Tante-Emma-Laden. Sie sanieren unsere Stadtviertel für Luxus-und Yuppie-Kultur. Uns wird gekündigt, wir werden raussaniert, Flohmärkte verschwinden, Hallen werden abgerissen (Gelände an der Dachauer Straße). Unsere eigene lebendige Kultur wird zerstört. Riesenspektakel etablierter Kultur wie "Marat", 200 Jahre Englischer Garten und Filmfest werden mit Millionen subventioniert.

Diese Stadtplanung der Baulöwen (Schörghuber u.a.) und Großkonzerne (Siemens u.a.) setzt ihre Profitmaximierung gegen unsere Lebensbedürfnisse. Alte Leute finden sich nicht mehr zurecht. Für Kinder gibt es kaum mehr Raum, sich kreativ zu entfalten - statt Abenteuerspielplatz Fernsehen und Computerspiele. Menschen treiben ins finanzielle Chaos, weil sie die Miete kaum mehr zahlen können (über die Hälfte der Menschen in der BRD leben auf Pump).

Im Handumdrehen sind unsere ausländischen MitbürgerInnen die Schuldigen für Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit. Die Politiker, die im Verein mit der Industrie, Luxussanierung geplant, Wohnungsnot zugelassen, Rationalisierung und Entlassung mitgetragen haben, schüren Haß gegen AusländerInnen und AsylbewerberInnen, um von ihrer profitorientierten Machtpolitik abzulenken.

Unter dem Deckmantel von Demokratie und Pluralismus versuchen die Herrschenden, jegliche Ansätze außerparlamentarischer Opposition im Keim zu ersticken, jeden Versuch Freiräume zu erkämpfen, von vornherein zu verhindern.

Der Kampf der Hafenstraße ist auch unser Kampf

In Hamburg setzt der Umstrukturierungsprozess gerade ein (Olympia, Messeerweiterung, Phantom, Speicherstadt sowie die üblichen Sanierungspläne).Dieser, von Kapital und Profitinteresse geprägten Stadtpolitik, stehen die Häuser in der Hafenstraße und andere erkämpfte Freiräume entgegen. Zur Verwirklichung IHRER Interessen ist es notwendig die Hafenstraße, als lebendiges Beispiel autonomer Lebens- und Kulturform, von der Bildfläche verschwinden zu lassen. Dieses versuchen Senat und Polizei, besonders im letzten halben Jahr, durch permanente Repression und Provokation zu erreichen.

Am 26.Mai wurde von einem massiven Polizeiaufgebot eine Räumung der besetzten Häuser provoziert. Anlass hierzu war die Räumung von mehreren Bauwägen in unmittelbarer Nähe. Da bei einem offensivem Verhalten der Bewohner eine Räumung der besetzten Häuser nach Sicherheit und Ordnungsgesetz (SOG) möglich gewesen wäre, gingen die Bewohner auf die Provokationen der Polizei nicht ein. So konnte nicht verhindert werden, daß Wasserwerfer ca. 45 Minuten lang Wohnungen unter Wasser setzten um danach Unbewohnbarkeitsverfügungen erstellen zu können.

Parallel zu den militärischen Angriffen laufen Angriffe auf "rechtsstaatlicher" Ebene:

-3 Kündigungen, die 4. ist in Arbeit
-diverse Abmahnungen (Parole zur Solidarität mit Palästina, Verhinderung sog. Begehungen),die zu weiteren Kündigungen führen sollen
-die Ankündigung zum 1. Sept. in zwei Häusern den Strom abzustellen

Nachdem es sich abzeichnet, daß sie mit ihren letzten Klagen bei Gericht nicht durchkommen werden, machen sie jetzt aus allem was sie finden eine Abmahnung, die zur Kündigung führen soll.

So soll am 30.August eine Begehung durch W. Dirksen, einschlägig bekannter Abrißsenator, stattfinden. Dirksen tut dies in dem Wissen, daß diese "Begehungen" reine Provokationen sind, die nur zum Ziel haben, nach neuen Möglichkeiten für Abmahnungen und Kündigungen zu suchen.

Gleichzeitig sollen durch den Belagerungszustand der Bullen, der dann herrscht, Anlässe geschaffen werden, die es ihnen ermöglichen mit Hilfe des SOG eine sofortige Räumung durchzuführen. So wie am 26. Mai, beim Einsatz gegen die Bauwägen, als Räum-und Abrißtahrzeuge schon bereit standen und der Einsatz bis in den späten Abend hinausgezögert wurde, in Erwartung, daß sie noch zum Einsatz kommen könnten.

In der selben Art und Weise haben sie auch jetzt für den 30. Aug. für die "Besichtigung" von 2 Häusern einen Zeitraum von 8 Stunden angesetzt.

Die Angriffswelle reißt nicht ab. Am 1. Sept. will die HEW (Hamburger Elektrizitätswerke) in 2 Häusern den Strom kappen. Die HEW ist in der Vergangenheit immer als funktionierendes Instrument der Vertreibungsstrategie des Senats aufgetreten. Sie hatte auch bereits in der Zeit des Hitlerfaschismus ihre staatstragende Funktion erfüllt (ZwangsarbeiterInnen, Verweigerung von Schadensersatzansprüchen der Betroffenen, etc.). Die Begründung für die Stromabschaltung mit der Behauptung -angeblicher Stromklau-, ist falsch, da der gesamte , von den Häusern verbrauchte Strom vom Verein Hafenstraße pauschal gezahlt wird.

Es braut sich also um den 30/31. Aug. und den 1. Sept. einiges zusammen. Wir glauben nicht mehr an Zufälle, zumal die" Sommerpause" zu dem Zeitpunkt vorbei- und der Senat wieder vollständig versammelt ist. Inzwischen wurde unsere Einschätzung direkt aus Senatskreisen bestätigt (siehe taz vom 22. 8.),wonach für den 30. 8. eine Räumung nach SOG vorgesehen ist.

Trotz militärischer Präsenz ab 30. 8. und der Belagerung und Abriegelung ganzer Stadtviertel werden viele Menschen vor den Häusern stehen und somit ihre Solidarität zur Hafenstraße zum Ausdruck bringen.

Die Hafenstraße hat als Projekt für selbstbestimmtes und kollektives Leben bundesweiten Charakter. Sie ist ein erkämptter Freiraum gegen die HERRschenden Machtverhältnisse. Ein Freiraum, der sich in München nie hat entwickeln können. Hier in München ist es notwendiger denn je eine Gegenmacht zu der Kahlschlagpolitik der Stadt aufzubauen.

Schafft eins, zwei, drei, viele Hafenstraßen!

Hafen bleibt!

V.i.s.d.P. FORSTER HILDEGARD DACHAUERSTRABE 124 8000 MÜNCHEN 40

11

WOLLE KÜTERS LEBEN UND SEIN TOD

UNVOLLSTÄNDIGER NACHRUF AUF EINEN ANARCHISTEN

Geborn am Kotti, kurz nach'm Krieg,
Adalbertstrasse 95.
Vater war weg nach Italien, wo seine Heimat war;
Mutter ging Putzen, ihr Leben lang;
Geschwister hat er drei gehabt,
lauter weiße Schafe.

Aufgewachsen hier im Dreh,
wo man früher schon einmal
„Kietz" zu sagte (damals noch mit „t"
als Bethanien noch ein Krankenhaus
und ganz Berlin noch ohne Mauer war
keine Türken hier und nicht die Szene,
die Projekte, Gruppen, Politik;
organisiert war man, wenn überhaupt,
in Sparverein und Straßengang;
man schlug sich rum und durch,
man knackte Automaten oder so-
die ganze kleine Kriminalität
entsprechend dem Verfall und Stand
der Gegend - war nun Zonenrand.

Ein guter Richter schickte ihn auf See
anstatt paar Jahre Knast
(die Beute war so hoch gewesen
bei dem Juwelier !)
Bis nach Spitzbergen brachte ihn
die KüstenschifferFischerei;
'ne harte Zeit, die Muskeln machte
und schließlich schwul -
nur auf (V)Erwachs'ne hat er nie gestanden
und Frauen sah er mehr als Mensch.

Auf Landurlaub zuhaus im Suff
an einer Rinnsteinkante
ging ihm das Schlüsselbein kaputt -
aus wars da mit der Schifferei
und schwanken tat er nun
auf andere Weise, lange Zeit
von „Jedermann" (Oranien-Ecke Adalbert)

zu „Ernies Bar" (die Eisenbahn am Ende)
die späten 60er Jahre,
als anderswo grad alles angefangen hatte.
Zum Beispiel auch so Schülerläden,
zum Beispiel in der Eisenbahn,
„E 16", wie sich das da nannte;
dort mal per Zufall reingeraten,
die Kids da mächtig unterstützt
bei einem Rockerüberfall
und beigeblieben,
weil verknallt
in jenen blonden Typen
und später in den Schwarzen,
in den und diesen, eigentlich
in alle irgendwie -
ganz ohne jede Ideologie.
So seine Neigung, seine Art
und seine schwache Stelle
(die Sonne in der Waage, Aszendent Skorpion).

Es folgte auf das JugendWohn'
(man kann schon sagen:) Kollektiv
E 16 die nicht minder legendäre
Kommune in der Nansenstrasse,
wo noch die Knastarbeit zukam.
Genauso legendär die Zeit darauf
im Tommi-Haus(1), die frühen 70er Jahre;
„Hausmeister" hieß der Job formal,
de facto lief natürlich mehr,
viel mehr, zuviel- deshalb
dann angeklagt, im Knast, Prozess,
weil's der Justiz nicht paßt,
wenn jemand diese Kids,
die er betreuen soll,
auch liebt.
So gab's n Schauprozess, Kampagne, Solidarität
und schließlich Freispruch, dieses Mal;
es konnte weitergehen:
Zusammen Leben, Lachen, Lieben
und Kämpfen, falls man Bock drauf hat.

Im RAUCH/HAUS(2) am Mariannenplatz,
im Wedding bei der PUTTE(3)
im DRUGSTORE(4) und SJSZ(5);
auch mit der WALDE(6) auf Tournee
auf AgitProp bis Amsterdam
dort die Anarchos lieben;
vor Brokdorf AKWs bekämpfen,
in Vlotho(7) aber auch dabei!

Den „deutschen Herbst" dann überstehn
auf der Johannis-Lust bei Bielefeld,
besetzt und selbstverwaltet,
wo ihn der erste Herzinfarkt erwischt
im Stress des Kampfes gegen PusherMob;
jetzt täglich ne Chemie ins Blut,
die 's dünner macht;
inzwischen Brille auch -
und alles das
zur Zeit des Niedergangs der Bewegung!
Da waren viele auf sich selbst zurückgeworfen,
weil kaum noch was zusammen lief;
da mußte jeder sehen, wo er nun blieb
und er versuchte sich privat
als Kneipenwirt in Hamburg und Berlin.

1)Thomas-Weissbecker-Haus, Wilhelmstr.9, benannt nach einem Guerillero der Bewegung 2.Juni; seit 1973 selbstverwaltetes Jugendwohnhaus, gehört zum SSB.

2) Georg-von-Rauch-Haus, 1970 besetztes, selbstverwaltetes Jugendwohnhaus, ebenfalls benannt nach einem 2.Juni Guerillero.

3) Jugendzentrum in der Puttbusserstrasse, ein Brennpunkt des Kampfes um Selbstbestimmung; inzwischen abgerissen

4) Seit 15 Jahren bestehendes autonomes Jugendzentrum in Schöneberg, zum SSB gehörig

5)Schöneberger Jungarbeiter-u.Schüler-Zentrum, 1976 besetzt, kollektiv instandgesetzt und seitdem selbstverwaltet

6) Walde-Theater, Waldemarstrasse 33, von 1974 bis 1979 aktive Polit-Kommune

7)Großes "Umsonst-und-Draussen-Festival Ende der 70er

8) Zeit nach Schleyer-Hinrichtung und Flugzeug-Entführung von Mogadischu, als eine Welle der verstärkten Repression über die Szene rollte (1977)

9) Besetzte Wald-Villa, aus der ein JugendKultur-Zentrum entstand, das sich bis 1985 halten konnte

Doch nur für sich was aufzubaun
das war inzwischen überhaupt
nicht mehr sein Fall.
So hielt er alle seine Lieben
die da kamen
nur immer frei -
das Ende war Konkurs total
und eine Flucht, wer weiß wohin.

Zurück dann doch - wen zog es nicht nach Haus
als 80/81
es hier so lief, in Kreuzberg und Bärlin!
Und wieder voll dabei:
Den Kinderbauernhof am Mauerplatz
erst mitbesetzt,(10)
in Zehlendorf die Kids dann unterstützt,
die sich ne alte Brauerei genommen;
dabei natürlich mit den Bullen
mal wieder jede Menge Stress bekommen
und wieder weg,
nach Spanien, mit nem „Stier" auf Tour
(elektrisch angetrieben), nebst Auto
sich vom Arbeitgeber „ausgeliehen".
Zwei Jahre Tingeltour mit dem Gerät
auf Märkten und Fiestas -
auch hier Anarchos, die sich lieben ließen

Dann wieder die „Johannis-Lust:
Vergeblich der Versuch,
die Hütte noch zu halten;
dann Einsatz in der Hafenstraße,
in Frankfurt, Köln und Wackersdorf -
(dabei geschlagen schon mit 3.Zähnen!)

Inzwischen aber anders angezogen:
Statt schwarzer Lederjacke Stoff,
viel weicher, bunt
ein Krieger mehr des Herzens als der Faust.
Wer Jugend liebt,
bleibt selber jung

10) 1981 besetztes Gelände an der Berliner Mauer Ende Adalbertstrasse, wo seitdem ein autonomer Kinderbauernhof betrieben wird

Sein letzter Platz: Der Kinderbauernhof.
Dort eine Stelle, für ein Taschengeld
die Seele nochmal hingehalten,
das Herz nochmal verheizt.
Er wird verdächtigt und verfolgt
von wegen "Kinderficker„ oder so;
hat wieder Stress mit der Justiz:
kriegt 50 Tage aufgebrummt
von wegen einem Transparent,
mit dem sich die "Nomaden„(12) wehrn,
gar ausgemerzt zu werden
von Bürgermeisters CDU;
dann noch ein schlimmer Zoff
im eignen Lager,
mit Trittbrettfahrern auf dem Mauerplatz:
zwei Mollies kriegt er in den Wagen,
ein andrer brennt...

Am 1.Mai,
paar Tage her,
noch einmal mit den Kids und mit dabei!
Das Tränengas, der Stress, das kranke Herz -
ein Herz,'
das dann am Ende war.

Was wird von Wolle bleiben
über seine Zeit
Soviele Menschen, die er liebte
so mancher, dem er fehlen wird;
es bleiben Schulden und es bleibt Verdruß
und Schmerz,
daß manch ein Leben so früh enden muß.

Und lang noch werden Stirnen sich in Falten leg
wenn Wolles Name fällt
noch länger aber werden Augen leuchten
und Herzen Schmetterlinge sein.

In Gedenken an fünfzehn Jahre
mit einem teueren Freund Thomas

12) Fahrende in Wohnwagen, die im Sommer 86 einen Korso durch Kreuzberg veranstalteten auch 'Rollheuler' genannt

und offen
für altes Neue dieser Zeit
für Yin und Yang
die Sterne und Tarot,
Indianerweisheit, Erde und Natur -
die frühen 80er Jahre.

Dann treibt's ihn wieder fort
aus Ghetto-Kiez und Kiez-Provinz,
nach Indien und nach Katmandu,
paar Wochen im Himalaya
auf Suche dort
nach neuen alten Wegen,
nach brauner Haut und fremden Leben
und Gefühl.

Gebustet wegen ein paar Gramm
und einem Messer, das er bei sich hatte
(Erinnerung an eine schöne Nacht)
und böse eingefahren
in Jail of New Dheli
"Die Hölle !" wie er es uns schrieb.
Trotz Riesenschulden in der Szene
von eben dieser freigekauft
(ein bißchen zähneknirschend !)

Zum Dank dafür, kaum dass er wieder hier,
sogleich ein neues Defizit:
Ein Festival im TOMMI-HAUS organisiert,
'Tanzendes Kreuzberg' hat's geheißen,
alternativ zur 1.-Mai-Randale war's gedacht,
revivalmäßig sozusagen, 11)
von VLOTHO was, CHRISTIANIA und JOHANNIS'LUST,
ein bißchen feeling von den spanischen Fiestas
ein wenig Wind der großen weiten Welt
ein Fest der Lebensfreude und des Widerstands,
das auch die "Alten" wieder mal
zusammenbringen sollte.

11) Besetztes ehem Kasernengelände in Kopenhagen eine Art Freistaat der AussteigerSzene

DISKUSSION — RADIKALE LINKE

Wir haben vergangenes Wochenende am zweiten Treffen der "Radikalen Linken" teilgenommen. Bei aller Skepsis über Zusammensetzung und Verlauf der bisherigen Diskussion in diesem Kreis meinen wir, den Prozeß, der sich in diesem Zusammenhang anzubahnen scheint, weiter kritisch zu begleiten und womöglich auch inhaltlich zu intervenieren. Mit den Genossinnen aus anderen Städten, die ebenfalls als Teile des linksradikalen oder autonomen Spektrum an dem Treffen teilgenommen haben, sind wir uns einig, daß diese Auseinandersetzung auf keinen Fall auf uns zufällig "Eingeladene" beschränkt bleiben darf. Wir wollen keine "privilegierten gemeinsamen Beziehungen" (Winkel) mit mehr oder weniger prominenten linken und linksradikalen Aushängeschildern, sondern eine spannende und breite inhaltliche Diskussion mit interessierten Zusammenhängen auch in München. Deshalb wollen wir die Grundlagen und Ergebnisse des Treffens so schnell wie möglich weitergeben, um die Diskussion mit Euch weiterzuführen.

Anfang Juli traf sich zum zweiten Mal der Kreis "Radikale Linke", um Grundlagen, gemeinsame Ansätze und Perspektiven eines neuen antikapitalistischen Konsenses zu diskutieren. Zusammengefunden hat sich ein Spektrum, das sich selbst als "staatsfeindlich" und "unangepaßt gegenüber den aktuellen staatlichen Integrationstendenzen" begreift: ökosozialistInnen aus regionalen Zusammenhängen und um Trampert und Ebermann, RadikalökologInnen und Feministinnen in den GRÜNEN, Kommunistischer Bund mit redaktionellem Vorfeld, DKP-Dissidenten, trotzkistische Initiativen (VSP, Betriebsgruppen, autonome TrotzkistInnen), Zeitungsprojekte (z.B. konkret, PROWO), renommierte Intellektuelle (Carlo Roth), Linke Liste, linksradikale und "bewegungsorientierte" Zusammenhänge, autonome Gruppen und ehemalige politische Gefangene.

die Einladungskriterien kamen relativ zufällig zustande, grundsätzlich kollidiert ein pragmatisches Interesse an Diskussionsfähigkeit und zahlenmäßiger Beschränkung, die elitäre Position, diejenigen zu selektieren, "von denen man weiß, daß sie was zu sagen haben, weil sie was geschrieben haben" (Gremliza), der Anspruch auf "reale Verankerung der Teilnehmenden im Klassenkonflikt und die Bereitschaft, sich zu öffnen" (Carlo Roth) und die Auffassung, sich prinzipiell weniger auf grüne Lösungsprozesse zu fixieren und im größeren Maße auf linksradikale und autonome Zusammenhänge zu beziehen.

Im Gegensatz zum ersten Treffen, das zunächst von Neugier und dem Druck, eine gemeinsame Erklärung zum Hungerstreik zu veröffentlichen, geprägt war, traten beim zweiten Mal folgerichtig politische und praktische Differenzen, die aus den so unterschiedlichen Ansätzen und Geschichten und divergierenden Erwartungshaltungen resultieren, zu Tage. Die Diskussion war streckenweise lähmend und unkommunikativ.

Der Teil, der sich in den letzten Jahren hauptsächlich mit dem Projekt der grünen Partei beschäftigt hat, wollte schnell einen inhaltlichen Minimalkonsens verabschieden, um den verbliebenen Linken und Linksradikalen eine Perspektive jenseits der Partei anbieten zu können. Andere, die die letzte Zeit in außerparlamentarischen Kämpfen oder mit dem Versuch, eigene Strukturen aufzubauen, verbracht haben, bremsten: Im Vordergrund stehe ein komplizierter Prozeß, die eigene Geschichte und die anderer Ansätze kritisch zu reflektieren, sich für eine übergreifende Diskussion zu öffnen und so theoretische wie praktische Perspektiven zu ermitteln und erarbeiten. Trotz dieses Konfliktes einigten sich alle darauf, in einem repräsentativ zusammengesetzten Redaktionsgremium das vorliegende Papier von Trampert und Ebermann um die ausgesparten Punkte (feministische Analyse, Militanzdebatte, neofaschistischer Angriff etc.) mit nachgelieferten Beiträgen zu ergänzen. Außerdem wurde, um aus dem Linken Kreise heraus im nächsten Jahr einen Kongress der Radikalen Linken zu veranstalten, eine Gruppe beauftragt, ein entsprechendes Konzept/Skizze bis zum nächsten Treffen im Herbst vorzulegen.

Außergewöhnlich interessant und spannend war die Diskussion über die Situation nach dem Ende des Hungerstreiks. Alle waren sich einig, die politischen Gefangenen, die nach der Hamburger Erklärung Interesse an der Diskussion vermittelt haben, als Teil des Kreises zu begreifen und auch die unerträglichen Haftbedingungen weiter zu thematisieren. Gemeinsam wurde ein Brief an die Gefangenen formuliert.

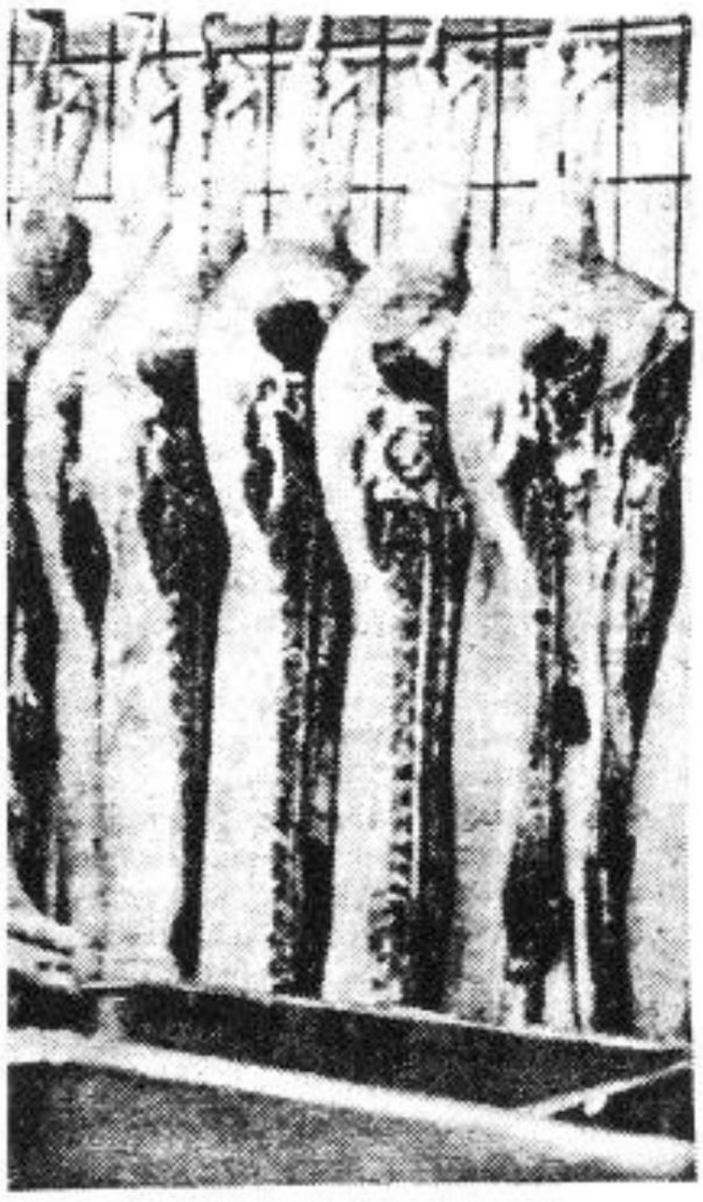
Als eine mögliche Grundlage der Diskussion in unseren eigenen Zusammenhängen sehen wir den folgenden Text von Carlo Roth, der schon in konkret 6/89 abgedruckt war:

Ganz von unten

Vor 60 bis 70 Jahren durchlebte die Arbeiterklasse der damaligen Metropolen einen dramatischen Umbruch. Als »Amerikanismus« gefeiert, bewirkte der Übergang zur Montagekette und zur sozialwissenschaftlich abgesicherten Selektion von Hochlohn-Belegschaften das Entstehen einer neuen Generation von FabrikarbeiterInnen, der tiefe Auswirkungen auf Arbeitsleistung, Massenkonsum, Alltagskultur sowie familiäre und sogar Geschlechtsbeziehungen hatte. Forcierte Arbeitsteilung, repressives »personnel management« und eine brutale »open shop«-Politik machten damals, ausgehend von den Ford-Betrieben in Detroit, Schule. Bezeichnend für diese Ära der gewalttätigen Zurichtung ganzer Arbeitergenerationen zu Massenarbeitern ist aber auch ihre manipulative Umdeutung zu einem »Golden Age« durch die erstmals voll entwickelten Massenmedien. Was in den USA unter der Regie einiger Industriekapitäne anfing, wurde spater im faschistischen Italien und in Nazideutschland zum gesamtgesellschaftlich proklamierten Leistungs- und Rationalisierungsmodell ausgeweitet.

Antonio Gramsci, der organisatorische Kopf der Turiner Rätebewegung und spätere Mitbegründer der Kommunistischen Partei Italiens, hat diesen Umbruch seiner Epoche in seltener Klarheit auf den Begriff gebracht. Der Fordismus war für ihn ein Gesamtkonzept zur Erzeugung einer neuen Generation von Fabrikarbeitern, neu in der Technik der Arbeitsleistung, neu im Konsum der von ihnen hergestellten Produkte, neu in den Strukturen eines sozial-technisch-repressiven Angriffs auf die multinationale Vielfalt und die Militanz einer mobilen Arbeiterbewegung. Gramsci untersuchte ihn nicht von den ökonomischen Prozessen aus, sondern er wählte die inneren Beziehungen zwischen den Disziplinierungseffekten durch die Arbeit an der Montagekette und der Sozialhygiene des »personnel management« als Eckpunkte seiner Analyse von »Amerikanismus und Fordismus«. Das war ihm möglich, weil er unmittelbar an seine Erfahrungen als Organisator der Automobilarbeiter von Turin und an seinen Umgang mit Proletariern anknüpfen konnte, die in die USA ausgewandert waren. Ohne diese direkte Auseinandersetzung mit dem kollektiven Arbeiterwissen wäre es ihm nie gelungen, die wesentlichen Charakterzüge dieser Epoche in seinen Gefängnisheften herauszuarbeiten.

Als Gramsci in einem Kerker Mussolinis seine Gedanken über »Amerikanismus und Fordismus« zu Papier brachte, war der große Boom des sogenannten Golden Age gerade zu Ende. Viele Merkmale dieser Epoche stehen unserer Zeit sehr nahe, obwohl gerade die 30er Jahre in der Vulgärsoziologie von heute als historische Überwindung des fordianischen Gesellschaftsmodells gelten. Nachdem wir zwei Tage lang Gramsci als historische Figur rekonstruiert und ein Kernstück der Gesellschaftsanalyse dieses unorthodoxen Kommunisten diskutiert haben, möchte ich erganzend zu Sergio Bologna einige Thesen zur Charakterisierung der aktuellen Umbrüche in der bundesdeutschen Gesellschaft vortragen.



1. Fordmethoden als Initialzündung zu einem intensivierten Fordismus — die BRD seit 1973

In der zweiten Augusthalfte des Jahres 1973 kehrten viele turkische Arbeiter verspätet vom Jahresurlaub in die Kolner Fordwerke zurück. Die Konzernleitung antwortete mit fristlosen Massenentlassungen. Daraufhin legte die überwiegend aus Türken bestehende Belegschaft der Hauptmontagehalle die Arbeit nieder. Innerhalb weniger Tage hatten sich fast alle ausländischen und eine kleine Gruppe deutscher Arbeiter — insgesamt etwa 12.000 — ihrem Vorbild angeschlossen. Es war ein fröhlicher Streik mit betriebsinternen Umzügen und Abteilungsbesetzungen. Gefordert wurden die Wiedereinstellung der Entlassenen, eine Mark Stundenlohn mehr für alle, die Abschaffung der verhaßten Funktionsmeisterstellen, die Verlangsamung der Bandgeschwindigkeiten. Dieser Streik wurde am 30. August auf eine sehr typische Weise zerschlagen, nämlich nicht durch einen massiven Polizeieinsatz von außen, sondern durch die Mobilisierung der Betriebsleitung bis hinunter zu den Meistern, des Werkschutzes und des Betriebsrates. Da wurde ein Stück historischer Kontinuität geschaffen, das sofort erinnert an das Massaker an den Detroiter hunger marchers von 1932 und an den Überfall auf die Grunder der amerikanischen Automobilgewerkschaft 1937 bei Ford in Detroit. Mit dieser typisch fordianischen Gewaltaktion »aus eigener Kraft« wurde ein ganzer Zyklus von Arbeiterkämpfen in der BRD beendet, der 1969 mit den Septemberstreiks begonnen hatte. Diese Etappe von Arbeiterkampfen war einmalig gewesen in der gesamten BRD-Geschichte. Sie ist heute fast völlig aus unserer Erinnerung gelöscht.

Dabei ergibt sich im Rückblick, daß die Zerschlagung dieses Streiks so folgenreich war wie die Niederlage 1980/81 bei Fiat in Turin, und daß die Erfahrung dieser Niederlage hierzulande viel nachhaltiger mit Verdrangungsprozessen und Fluchtmechanismen uberlagert ist als in Italien. Indem sie einen Augenblick lang den Schleier von den nachnazistischen Normierungen des Verhaltnisses von Arbeit und Kapital weggezogen hatte, hatte die neuartige proletarische Basisbewegung eine umfassende Systemkrise zum Ausbruch gebracht. Auf sie erst folgte dann die ökonomische Krise, die bald den Legitimationsrahmen für einen umfassenden und bis heute andauernden Angriff auf alle Segmente der bundesdeutschen Arbeiterklasse geliefert hat:

a) Der demographische Angriff auf die multinational gewordene Arbeiterklasse: 1973/74 wurde in mehreren Etappen ein Einwanderungsstopp in Gang gesetzt. Er begann mit einem Vermittlungsstopp für ausländische Arbeitskrafte. Die Ausländercommunities unterliefen ihn, indem sie ihre Familien durch den Zuzug von Frauen und Kindern komplettierten. Die BRD-Behörden konterten mit vielschichtigen Zuzugsbeschränkungen, die zuletzt nicht mehr nur die Arbeiter, sondern ihre gesamten Familienstrukturen betrafen. Das waren die administrativen Grundlagen der heute fest etablierten Ausländerfeindlichkeit.

b) Der sozialpolitische Angriff: Auf die Karte der rassistischen Klassenspaltung folgte eine über das staatliche Sozialbudget organisierte Selektion der gesamten Arbeiterklasse, die genau der Ausgrenzung aller Leistungsschwachen und Unangepaßten durch die Betriebsleitungen entsprach. Die Folgen dieses seit Mitte der siebziger Jahre laufenden Angriffs auf die sogenannten Lohnnebenkosten sind heute deutlich sichtbar. Die soziale Ausgrenzung aller Unproduktiven, »Anbru-

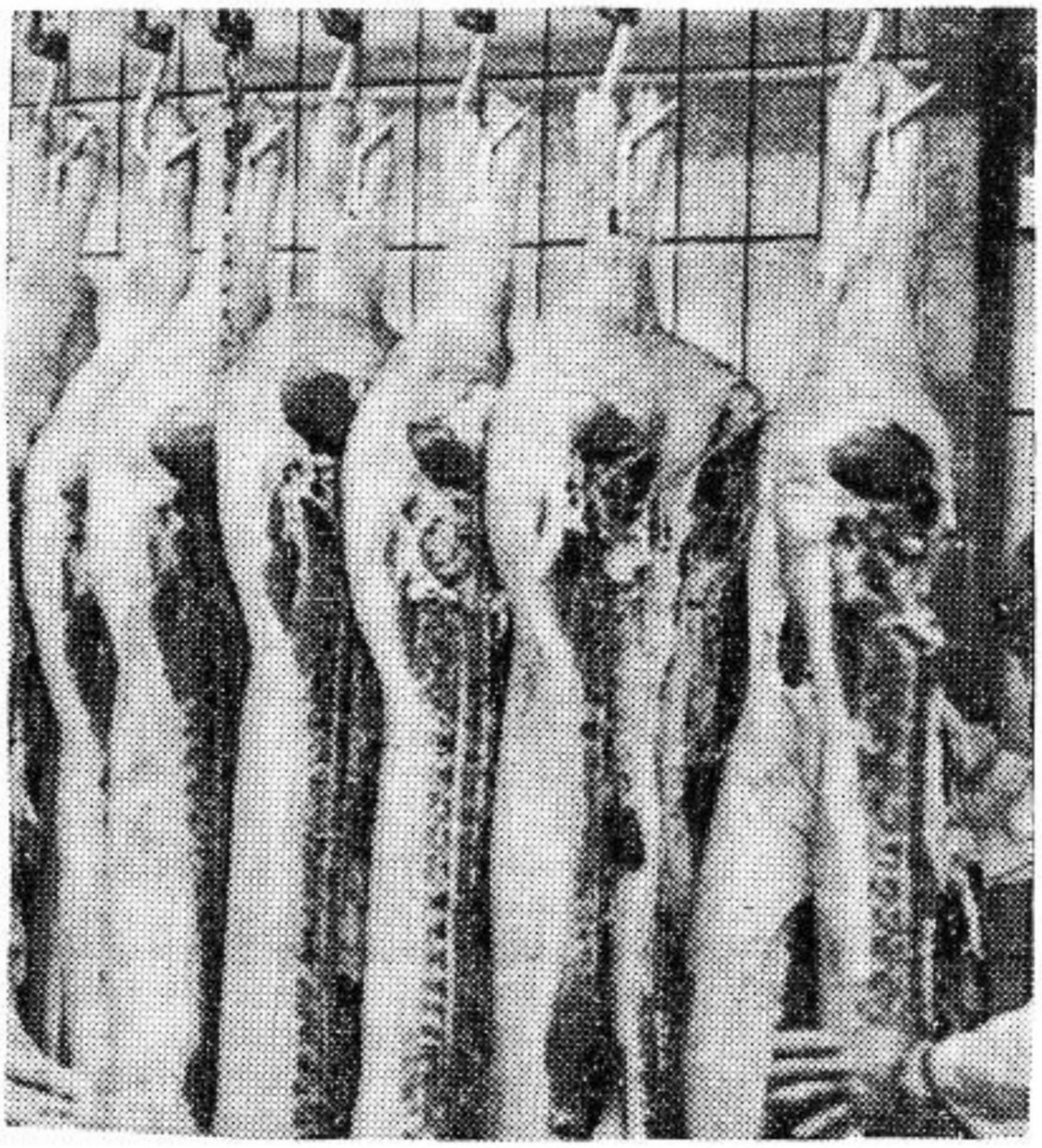
chigen« und Alten lieferte die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen für eine existentielle Verunsicherung auf Massenbasis, die generell die Neubestimmung der Klassenbeziehungen anstrebt, zugleich aber auch die Voraussetzungen für eine nicht mehr für möglich gehaltene Ausgrenzung durch Massenverarmung geschaffen hat.

c) Der technologische Angriff: Seit 1974 erleben wir einen technologischen Angriff, der zunächst genau auf die militanten Segmente jener Arbeiterkämpfe von 1969 bis 1973 zielte, nämlich auf die Zersetzung der Endmontage. Es wurden Alternativen zur bisherigen Einzweck-Mechanisierung eingeführt. Zusätzlich wurde auch in der BRD mit der Dezentralisierung der Produktion begonnen, ganze Abteilungen wurden in sogenannte Niedriglohnländer ausgelagert. Diese technikpolitische Zersetzung eines spezifischen Segments von Massen- und Emigrationsarbeitern wurde dann in den folgenden Jahren auf die gesamten Betriebsbelegschaften ausgeweitet. Unmittelbar nach der Niederlage von 1973 begann eine Ära der Massenentlassungen, die oft über ein Drittel der bisherigen »Stammbelegschaften« betrafen. Der Rest wurde dann mit umfassenden Restrukturierungsvorhaben konfrontiert. Aus den »Stammbelegschaften« sind »flexible Mindestbelegschaften« geworden, die inzwischen mit einem auf die Hälfte reduzierten Personalbestand genauso viel produzieren wie in den Vorkrisenjahren.

d) Der arbeitsmarktpolitische Angriff: Die entlassenen Belegschaftsgruppen fanden sich nach dem Auslaufen der Sozialpläne auf den regionalen Arbeitsmärkten wieder. Diese Entwicklung, die sich zunächst auf einige besondere Krisenregionen konzentrierte, wurde seit Ende der 70er Jahre bundesweit durchgesetzt. Wir stehen seither dem einmaligen Phänomen gegenüber, daß aus einer quasi rotierenden Arbeitslosigkeit eine dauerhafte Massenarbeitslosigkeit hervorgegangen ist, während gleichzeitig aber auch das Arbeitszeitvolumen kontinuierlich zunimmt. Es ist somit überhaupt keine Arbeitslosigkeit im klassischen Sinn zu konstatieren, sondern es kam zu einer strategisch eingesetzten Zersplitterung der Arbeitsmärkte und zu dem Versuch, durch die Teilprivatisierung von Arbeitsmärkten vom gesamten Arbeitsmarkt her eine völlig neue Ausbeutungssituation durchzusetzen.

2. Die neue Zusammensetzung der Arbeiterklasse seit dem Boom der achtziger Jahre

Seit 1982/83 begann auch in der BRD ein neuer Aufschwung, der auf der fast restlosen Zerstörung der Ansätze von neuer Arbeiterbewegung basierte. Im Gegensatz zu Italien, Frankreich und England verlief dieser Reorganisationsprozeß der Ausbeutung von Arbeitskraft nicht ruckartig, sondern in einer langen und abgestuften Periodik von mehr als 15 Jahren.



Verrückterweise ist es kaum möglich, die seit Mitte der 80er Jahre voll durchgesetzte neue technische und soziale Zusammensetzung der Arbeiterklasse statistisch zu dokumentieren. Ich habe versucht, für meinen Beitrag ganz banale sozialstatistische Daten zusammenzutragen, um beispielsweise zu klären, wie groß der Anteil der »flexiblen Mindestbelegschaften« ist, jenes Überbleibsels von »zentraler Arbeiterklasse«, wie sie die operaistische Theorie nennt. Signifikante Angaben waren nicht zu finden. Das gilt noch mehr für die neue Reserveschicht von ArbeiterInnen mit befristeten Arbeitsverträgen bis zu 18 Monaten, inzwischen immerhin etwa zwei Drittel aller Neueinstellungen. Auch über den Anteil der neuen prekären Schicht von Gelegenheitsarbeitern, die aus der Rationalisierungswelle herausgefallen sind oder als Jugendliche überhaupt keinen festen Arbeitsplatz mehr finden, gibt es noch nicht einmal einigermaßen fundierte Schätzungen. Ganz zu schweigen von den sogenannten neuen Selbständigen, einschließlich ihrer Übergänge zu den niedrigentlohnten Alternativbetrieben, die erst seit neuestem massiv ins Spiel kommen, aber schon seit Beginn der 80er Jahre eine ungeheure ideologische Kontrollfunktion bei der Wiederherstellung der Arbeitsmoral ausüben. Wie groß ist schließlich der Anteil der wirklich Dauerarbeitslosen, der Illegalen, der Invaliden, der verarmten SozialrentnerInnen, die noch mit 70 Jahren arbeiten gehen, also jener neuen proletarisierten Unterschicht, der wir überhaupt nur noch dann begegnen, wenn wir uns innerhalb dieses neuen Proletariats bewegen? Niemand hat es bis heute dokumentiert. Ich kann nur auf Schätzungen zurückgreifen, die aus Materialien vor allem aus unserem regionalen Hamburger Zusammenhang zusammengestellt sind.

Bezogen auf die gesamte Arbeiterklasse gibt es heute vielleicht noch 50 Prozent von »flexibilisierten Mindestbelegschaften« im Sinn der alten zentralen Arbeiterklasse. Sie sind quasi umrahmt von einer Reserveschicht mit befristeten Arbeitsverträgen aller Übergangsformen — etwa 15 Prozent. Hinzu kommen regional mobilisierte und von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz rotierende Jobberschichten — ebenfalls etwa 15 Prozent. Der Sektor der »neuen Selbständigen« und der in Alternativbetriebe Integrierten macht etwa 5-10 Prozent aus, ist aber seit neuestem stark im Anwachsen begriffen. Die Arbeitslosen und Illegalen aller Schattierungen belaufen sich je nach Region auf 10-15 Prozent.

Ein völlig neues Universum von Arbeiterklasse ist entstanden, das in keinem Kontext zum Begriff von Arbeiterklasse der 60er und 70er Jahre mehr steht. Das neue Proletariat ist tief zersplittert. Seine Arbeitszeit ist flexibilisiert wie nie zuvor. Sein »Lohngitter« ist außerordentlich weit »gespreizt«, wie ein Arbeitgeberfunktionar kürzlich stolz verkündet hat. Genauso differenziert wie die Einkommen sind die Elemente der sozialen Grundsicherung für Krankheit, Invalidität und Alter. Es stellt sich die Frage, wo in diesem neuartigen Universum, das wirklich niemand mehr genau zu analysieren vermag und dessen technische und soziale Klassenzusammensetzung nicht mehr untersucht wird, die Gewinner und wo die Verlierer sind, von der Frage nach den neuralgischen Punkten ganz zu schweigen.

Wir sind inzwischen in einer Konstellation gelandet, wo die Strategie des »open shop« in eine Strategie des völlig entrechteten »open job« umschlägt. Der technologische Angriff, der zunächst die Massenarbeiterschichten zersetzte, ist von den Unternehmern generalisiert worden im Sinn einer allgemeinen Flexibilisierung der gesamten Produktionskette mit entsprechender Ausweitung der Transportsektoren. Er hat längst auch die höher qualifizierten Schichten der Arbeiterklasse erfaßt bis hin zu den Technikern. Aus den numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen ist das CAD/CAM-System entwickelt worden, die auf MTM-Basis entwickelten neuen Arbeitsplatzmerkmale werden inzwischen mit personenbezogenen Datenerfassungssystemen gekoppelt, die aus den flexibilisierten Kernbelegschaften atomisierte Einzelkämpfer machen. Sie fühlen sich buchstäblich eingekreist, umstellt, in den informatisierten Mensch-Maschine-Systemen wie im Käfig gefangen. So haben es mir Leute aus einer Daimler-Benz-Belegschaft wörtlich gesagt. Sie fühlen sich eingesperrt und ausgegrenzt zugleich, obwohl sie es immer auch mit anderen Segmenten des Proletariats zu tun haben, die weitaus ausgegrenzter sind als sie selbst.

Das alles sind Aspekte, die kaum mehr in einem breiteren politischen Kontext diskutiert werden. Das Wort haben jetzt empirische Sozialwissenschaftler und unternehmensbezahlte Publizisten, die in prinzipieller Fremdheit den Arbeitersubjekten gegenüber ihre Analysen verfertigen und entweder vom »Verschwinden« der Arbeiterklasse räsonieren oder aber die frohe Kunde verbreiten, daß eine höherqualifizierte Schicht von Rationalisierungsgewinnern im Entstehen sei. Die Arbeiterklasse ficht derlei wohl kaum an. Aber wir, die überwiegend aus den Sphären der educated society herkommenden Linken, haben einen hohen Preis zu zahlen, wenn wir uns mit diesen und anderen »postfordianischen« Theorien die ohnehin schon vollzogene Abkehr vom Klassenstandpunkt auch noch durch ein wohlfeiles soziologisches Herrschaftswissen garnieren lassen.

3. Das Ende der integrierten Arbeiterbewegung — und keine Alternative bisher

Diese Abkehr wird naturlich auch dadurch erleichtert, daß wir es in der BRD mit einer besonders häßlichen und integrierten Arbeiterbewegung zu tun haben, die ja auch 1973/74 nicht unerheblich zur Niederschlagung einer ihr unbequem gewordenen multinationalen Basisbewegung in den Betrieben beigetragen hat. Wer soll sich dann daruber aufregen, daß die Arbeitgeber inzwischen auch unverhohlen die Axt an die Gewerkschaften legen? Aber allein schon deshalb, weil eine neue, der gewandelten Klassenzusammensetzung Rechnung tragende Arbeiterbewegung nicht in Sicht ist, sollten wir uns mit den Phanomenen auseinandersetzen, die gegenwartig die bundesdeutsche Gewerkschaftsbewegung an den Rand des Ruins treiben. In diesem Zusammenhang möchte ich nur einige besonders markante Aspekte hervorheben:

a) Entmachtung des Gewerkschaftskolosses: Seit Anfang der achtziger Jahre haben die Unternehmer ihre bisherigen Partner im sozialen Befriedungs- und Produktionspakt als ausgesprochenenen Hemmklotz für ihre weitergehenden Deregulierungsziele ausgemacht. Einige Industriegewerkschaften, z.B. die IG Textil, wurden im Verlauf der Rationalisierungs- und Verlagerungsmaßnahmen stehend K.O. geschlagen. Andere, so die IG Chemie, wurden in einem schleichenden Transformationsprozeß in ein korporatistisches Anhängsel der I.G. Farben-Nachfolger umgewandelt. Dem DGB, der Gewerkschaftsholding, wurde über den Umweg Gewerkschaftsunternehmen (Fall Neue Heimat) das Fürchten beigebracht. Der letztere Fall ist eine Ironie der Geschichte von besonderer Art: Von Unternehmerseite wurde ein Schlußstrich unter das traurige Kapitel historischer Kontinuitat gesetzt, das darin besteht, daß die Neue Heimat 1940 als Beitrag der Deutschen Arbeitsfront zu den nazistischen Europaplänen von 1940 zusammenfusioniert worden war. Im Gegensatz zu anno dazumals möchte das bundesdeutsche Kapital diesmal im Hinblick auf den europäischen Binnenmarkt von 1992 wirklich freie Hand haben...

Es stellt sich die Frage, was mit den vielen 68er Linken geschehen ist, die sich seinerzeit in die bundesdeutsche Gewerkschaftsbewegung integriert haben. Warum haben sie nicht versucht, die Gewerkschaftsbewegung von innen heraus von ihren Kontinuitäten abzukoppeln und zu erneuern? Nun haben die Unternehmer, wenn auch in entgegengesetzter Absicht, diese Kontinuität zerschlagen.

b) Zerstörung der bundesweiten Tarifsysteme: Inzwischen ist es offenkundig geworden, daß die Unternehmerverbände die überregionale Regelung von Löhnen, Arbeitszeiten und allgemeinen Arbeitsbedingungen zugunsten betriebsnaher Arbeitsvertrage angreifen. Wo immer sie können, züchten sie konzernloyale Gesamtbetriebsrate heran, um die Lohnquote weiter zu drücken, die Arbeitszeiten auf Mehrschichten- und Wochenendarbeit hin zu verlängern und überhaupt die Arbeitsbedingungen den erweiterten technologischen Ausbeutungsbedingungen anzupassen. Bisher leisten die IG Druck und Papier und die IG Metall noch hinhaltenden Widerstand. Aber damit konnte es schon im kommenden Jahr vorbei sein, wenn die Arbeitgeberverbande in der Metalltarifrunde 1990 angreifen. Wenn sie mit ihrem Konzept der Massenaussperrungen Erfolg haben, würde ihnen ein Durchbruch gelingen, der an die Folgen des Ruhreisenstreiks vom November 1928 heranreicht. Eine solche Entwicklung würde einen Schlußstrich unter die bisherige arbeits- und sozialpolitische Deregulierungspolitik setzen und zu einer Ära unbeschränkter Klassenherrschaft überleiten.

c) Das Scheitern der Organisationsversuche der neuen Linken: Was hat das alles noch mit der Neuen Linken der BRD zu tun? Die Zeit, wo diverse neoleninistische Gruppierungen mit freilich historisch obsoleten Konzepten den Gang in die Arbeiterklasse antraten, ist lange vorbei. Sie hatten nie einen historisch reflektierten Kontext zur realen Arbeiterklasse gefunden, die Wechselbeziehung von Klassenzusammensetzung und langfristiger organisatorischer Perspektive war nie wirklich Thema. Statt einer selbstkritischen Auseinandersetzung mit dem viel zu kurz greifenden Fabrik-Entrismus entfernten sie sich so rasch wieder, wie sie gekommen waren, und überhöhten die ungelosten Probleme einer selbst auferlegten sektiererischen Rigiditat mit Gattungsfragen. Die Abkehr vom Klassenstandpunkt schrieben sie selbst dann noch fest, als sie selbst immer starker in den Strudel der neuen Proletarisierung hineingerieten. Dieser unverhofft aufgezwungene Bezug zu den Rändern der neu konstituierten Arbeiterklasse verhalf zu keiner Neuorientierung, sondern zur Formulierung korporatistischer Eigeninteressen, die sich dann in Konzepten der Alternativökonomie niedergeschlagen haben.

Allerdings müssen wir auch selbstkritisch an die eigene Brust klopfen und fragen, was aus dem undogmatisch-linksradikalen Spektrum dieser Jahre geworden ist. Hat es genugt, daß wir den Weg zur alternativstaatsloyalen neuliberalen Mittelschicht abgelehnt haben? Auch wir haben den Blick auf die Gesamtperspektive von Klassenentwicklung verloren und zu einer gefährlichen Selbstgettoisierung der autonomen Szene der Jobber- und Arbeitslosen-Subkulturen beigetragen. Allerdings haben einige Jobberzusammenhänge versucht, ihre eigene Lage zu analysieren und im Kontext der gesamtgesellschaftlichen Klassenumschichtung zu handeln. Aber auch ihr Blick blieb zu eng auf historische Vorbilder fixiert. Es ist einfach unmoglich, beispielsweise das Modell der US-amerikanischen Industrial Workers of the World aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg exklusiv auf das Jobber-Segment des heutigen proletarischen Konstituierungsprozesses zu übertragen.

4. Abkehr der linken Intelligenz vom neuen Proletariat?

Eine neu konstituierte Arbeiterklasse, die, abgesehen von einigen linksgewerkschaftlichen Restkadern, schweigt, sich dumpf unterwirft und keinerlei organisatorische Bezugspunkte mehr aufweist, ist alles andere als attraktiv. Das Schweigen, nur hin und wieder von kaum wahrnehmbaren Akten des Aufbegehrens unterbrochen, wird deshalb leicht als Konsens mit den reorganisierten Verwertungsstrategien der Kapitalfunktionare mißdeutet. Nur wer sich die Schleichwege noch offenhalt, bleibt davor bewahrt, zu resignieren oder den sozialistischen Umschwung abstrakten antiimperialistischen Theorien gutzuschreiben.

Fluchtwege gibt es auf jeden Fall genug. Nur dürften sie nichts mit dem real existierenden und vor unser aller Augen extrem polarisierten Klassenverhältnis zu tun haben. Stattdessen breitet sich eine neue rosa-grüne Mittelstandskultur aus, die zwar nichts mehr zur Rekonstruktion der sozialen, politischen und kulturellen Hegemonie der Klasse beitragt, dafür aber umso gewaltigere Innovationspotentiale für den Kapitalismus der neunziger Jahre bereithält. Wer sozialwissenschaftlich etwas auf sich hält, wird auch noch allerlei zur neuen postfordianischen Regulationstheorie zu sagen haben. Er kann dann einem Gleichgewichtsmodell frönen, das den »sozialen Konflikt« explizit als Impulsgeber für kapitalistische Innovationsprozesse ausweist. Trotzdem kann er dem Modell der Abschottung von allen Widerwärtigkeiten der Klassenrealität ohne Wenn und Aber zustimmen, weil es als statisches Gleichgewichtsmodell keinerlei Handlungsebenen mehr ausweist. Sogar die publizistischen Nachfolger des Zeitschriftenprojekts »Autonomie« haben sich kürzlich dazu bekannt, daß der Marxsche klassentheoretische Ansatz inzwischen obsolet geworden sei. Und auch die letzte noch intakte Domäne von Klassenorientierung, die Arbeitergeschichtsschreibung, scheint in eine Handvoll nostalgischer Forschungsreservate verbannt worden zu sein.

Antonio Gramsci hat allen Grund gehabt, der Frage nachzugehen, warum sich die Intelligenzschicht seiner Generation unmittelbar nach der Niederlage der revolutionaren Arbeiterbewegung in Scharen ab- und bald darauf dem faschistischen Hegemoniemodell zuwandte. Auch auf diesem Gebiet hat er seinen Gefängnisheften erstaunliche Einsichten anvertraut. Die Geschichte der deutschen Intelligenz hat, abgesehen von einigen kulturpolitischen Einsprengseln der Weimarer Zeit, bis 1968 solche linksintellektuellen Anwandlungen nicht gekannt. Die »soziale Frage« war für die deutsche Intelligenz bis dahin ein Thema, das sie so gut wie ausschließlich im Sinn der Zähmung und der Zerstörung von Arbeiterkultur und proletarischer Identität abhandelte. Nach einem sehr lieblosen und oberflächlichen Flirt hat sich die educated society der 70er Jahre wieder ihren Eigeninteressen zugewandt. Und die scheinen, so lehrt uns jedenfalls die historische Kontinuität, bei den herrschenden Klassen allemal besser aufgehoben zu sein.

5. Prognosen für die neunziger Jahre

Ist, alles in allem, die Frage nach dem Verhältnis von Arbeiterklasse und Intelligenz tatsächlich Schnee von vorgestern? Ich glaube es nicht, denn ich gehe davon aus, daß es sehr bald einen neuen Zyklus von proletarischen Kämpfen geben wird. Sie werden aus ei-

ner gesellschaftlichen Entwicklung hervorgehen, die von weiteren Umschichtungen in den Arbeitsverhältnissen geprägt ist. Nach einem mehrjährigen wirtschaftlichen Aufschwung hat sich die Massenarbeitslosigkeit nicht verringert, sondern vertieft. Neue Jobber-Arbeitsmärkte sind entstanden, für viele Lohnabhängige ist das Provisorium Gelegenheitsarbeit zum Dauerzustand geworden. Der Kern der Arbeiterklasse wird verstärkt durch neue Technologien, Rationalisierungsschübe und gewaltige Umstrukturierungen bis hin zum Transportsektor umgestülpt und in den Strudel eines Deregulierungsprozesses hineingerissen, dessen Ende noch nicht abzusehen ist. Die »Deregulierung« ehemals stabiler Arbeits- und Einkommensverhältnisse ist die Kehrseite eines neuartigen Proletarisierungsschubs, der die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in ihren Grundfesten erschüttert, aber auch die Parkplatz-Arbeitsmärkte der Fach- und Hochschulen zunehmend unter Druck setzt. So wird auch die technische und sozialwissenschaftliche Intelligenz betroffen: Die reelle Subsumtion technischer Fähigkeiten unter das informatisierte Kapital wird weiter fortschreiten, während sich die großen Konzernkonglomerate die sozialwissenschaftlichen Kompetenzen zunehmend direkt aneignen. Die Polarisierung innerhalb der Intelligenz wird sich verschärfen und gerade in den Zeiten der fortschreitenden Integration ihrer rosa-grünen Meinungsträger das Bündnisproblem mit der Arbeiterklasse neu auf die Tagesordnung setzen.

Wenn diese Annahmen zutreffen, dann werden sich auch neue Widerstandsformen herausbilden. Sollte die IG Metall im kommenden Jahr ihren Tarifkampf für die 35-Stunden-Woche verlieren, dann werden sich genauso wie im Transport- und Medienbereich an den neuralgischen Punkten der flexibilisierten Produktion neue Formen von autonomer basisgewerkschaftlicher Militanz herausbilden. Das wiederum könnte der Anfang zu einem neuen Bündnis zwischen flexibilisierten Mindestbelegschaften und Technikern sein, das möglicherweise eine interessante öko-operaistische Variante der Bemühungen um die sogenannte Produktionskonversion hervorbringt. Unabhängig davon werden in einigen Sektoren neuartige Formen des Jobber-Kampfs entstehen, die sich mit den ohnehin schon vorhandenen sozialen Aneignungskämpfen des neuen Subproletariats um Miete, Wohnen und das nackte Existenzrecht verbinden.

Es wird also, wenn nicht alles täuscht, in den kommenden Jahren recht lebendig zugehen, jedenfalls lautstärker und lebhafter als in den letzten zwei bis drei Jahren. Dennoch besteht zu Optimismus kein Anlaß. Und das aus zwei Gründen:

Erstens: In den kommenden Jahren wird sich der Deregulierungsangriff des europäischen Kapitals auf die BRD konzentrieren. Im Gegensatz zu England, Frankreich und Italien haben die sozialen Basisbewegungen und die Reste der institutionalisierten Arbeiterbewegung noch keine endgültige Niederlage erlitten. Wie in den zwanziger Jahren haben die herrschenden Klassen der BRD einen »Nachholbedarf«, um nicht zuletzt auch im Hinblick auf den kommenden EG-Binnenmarkt nachzuziehen.

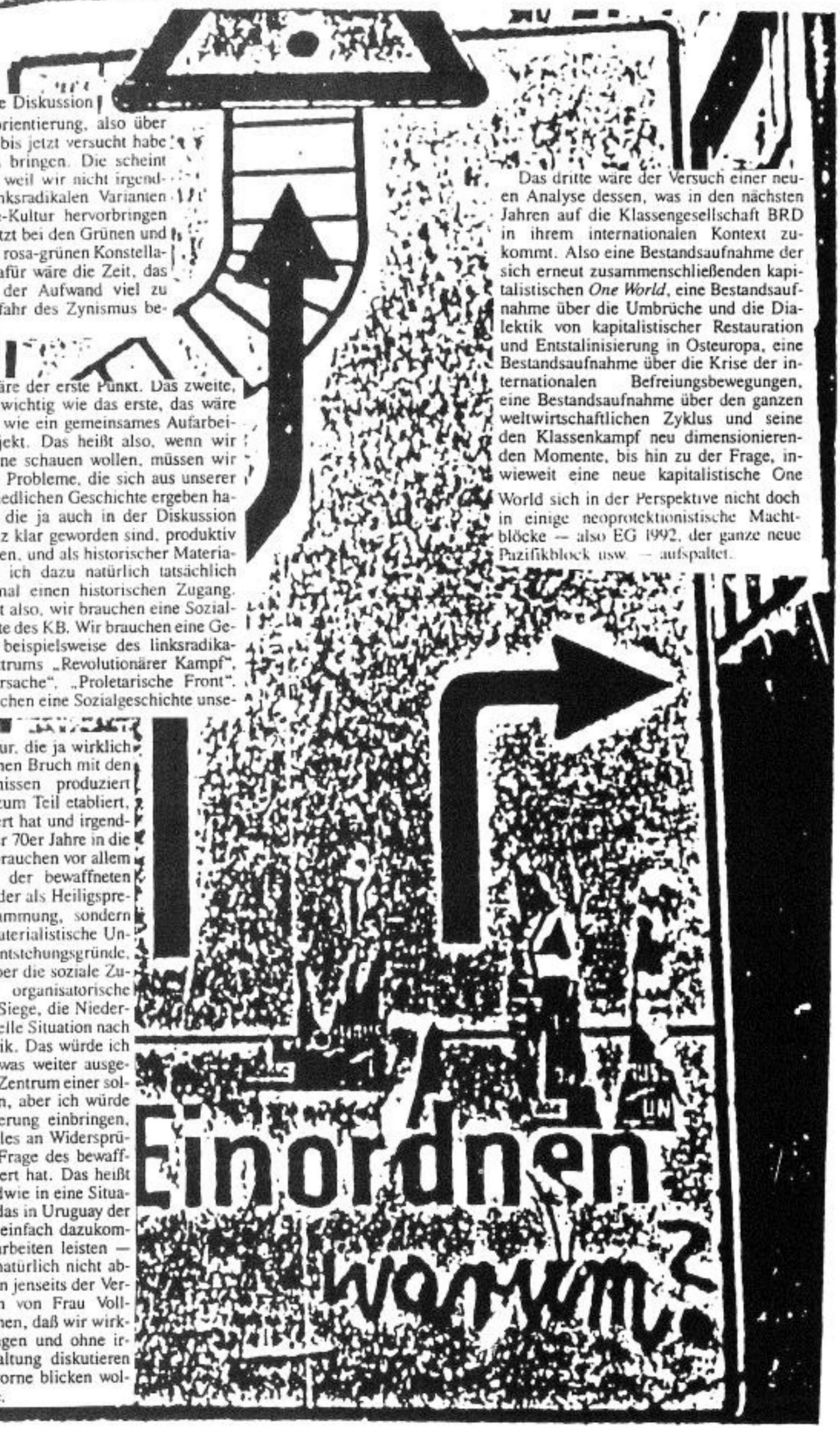
Zweitens: Eine Homogenisierungsperspektive der prognostizierten verschärften Klassenauseinandersetzungen ist keineswegs in Sicht. Die Konstellationen innerhalb des neuen proletarischen Universums sind ungeheuer zerklüftet. Sie werden sich in bezug auf die jeweiligen Kampfformen weiterhin fundamental voneinander unterscheiden: hier letzte gewerkschaftliche Nachhutgefechte, dort neue öko-operaistische Ratemodelle für eine selbstverwaltete Produktion, Jobberaktionen gegen Zeitleihfirmen und verleger-kapitalistische Subunternehmen neben Häuserkämpfen und Getto-Aufständen. Die Vermittlung hin auf ein gemeinsames Ziel, und sei es auch nur eine gemeinsame Zwischenetappe, wird wohl kaum zu leisten sein.

Und dennoch sehe ich genau hier eine Aufgabe für revolutionär gebliebene oder werdende Intellektuelle. Sie sollten sich darum bemühen, das weitgehend ausgelöschte Klassengedächtnis zu reaktivieren und die trotz der Geschichtswerkstätten grassierende regionale Geschichtslosigkeit überwinden zu helfen. Sie sollten ihre ganze Phantasie darauf verwenden, direkte Beziehungen zu allen Segmenten des neu entstandenen Proletariats herzustellen. Sie sollten neu lernen, sich innerhalb dieses zerklüfteten Universums zu bewegen, in den besetzten Häusern, den Arbeitslosen- und Jobberinitiativen und in den linksgewerkschaftlichen Zirkeln der flexibilisierten Kernbelegschaften präsent zu sein. Sie sollten sich überall aufhalten und zu einer informellen Vernetzung all dieser himmelweit voneinander entfernten Lebens- und Kampfformen beitragen. Nur so können die elementaren Voraussetzungen geschaffen werden, um wieder reale und praxisbezogene Klassenanalyse zu betreiben und von da aus zu einer homogenisierenden Perspektive beizutragen.

Wenn sie dazu bereit sind, warten auf sie bald Aufgaben, die ihr gesamtes technisches und sozialwissenschaftliches Können herausfordern. Auf sie warten Untersuchungen über die Struktur der regionalen Jobbermärkte, der Zeitleihfirmen, des Zusammenspiels von behördlicher und privater Arbeitsmarktplanung, der internationalen Struktur der Großkonzerne, der zerstörerischen Auswirkungen neuer Technologien, der Boden- und Wohnraumspekulation, der neuen Behandlungstechniken in den Knästen, der statistischen Manipulation sozialpolitischer Daten — alles unabdingbar für eine Widerstandsperspektive, die von ganz unten ausgeht und zur Reorganisation einer Arbeiterbewegung »from the bottom up« beiträgt. Vielleicht gelingt es dann doch noch, den Siegeszug einer fordistisch intensivierten Strategie der Klassenherrschaft aufzuhalten.

„Und das Wichtigste: Es muß immer wie ein Unfall aussehen."

Fragen, die uns noch beschäftigen sollten; aus einem Interview mit Karl-Heinz Roth in Arbeiterkampf 308:



Das erste wäre eine Diskussion über die Klassenorientierung, also über alles das, was ich bis jetzt versucht habe zum Ausdruck zu bringen. Die scheint mir entscheidend, weil wir nicht irgendwelche zynisch-linksradikalen Varianten der neuen Yuppie-Kultur hervorbringen sollten, die sich jetzt bei den Grünen und in der kommenden rosa-grünen Konstellation ausbreitet. Dafür wäre die Zeit, das Engagement und der Aufwand viel zu schade. Diese Gefahr des Zynismus besteht ja durchaus.

Das wäre der erste Punkt. Das zweite, nicht so wichtig wie das erste, das wäre so etwas wie ein gemeinsames Aufarbeitungsprojekt. Das heißt also, wenn wir nach vorne schauen wollen, müssen wir natürlich Probleme, die sich aus unserer unterschiedlichen Geschichte ergeben haben und die ja auch in der Diskussion eben ganz klar geworden sind, produktiv aufarbeiten, und als historischer Materialist sehe ich dazu natürlich tatsächlich erst einmal einen historischen Zugang. Das heißt also, wir brauchen eine Sozialgeschichte des KB. Wir brauchen eine Geschichte beispielsweise des linksradikalen Spektrums „Revolutionärer Kampf", „Arbeitersache", „Proletarische Front". Wir brauchen eine Sozialgeschichte unserer eigenen linken Kultur, die ja wirklich Mitte der 60er Jahre einen Bruch mit den herrschenden Verhältnissen produziert hat und die sich dann zum Teil etabliert, zum Teil ausdifferenziert hat und irgendwann Mitte bis Ende der 70er Jahre in die Krise geraten ist. Wir brauchen vor allem auch eine Geschichte der bewaffneten Gruppen, und zwar weder als Heiligsprechung noch als Verdammung, sondern eine sehr nüchterne, materialistische Untersuchung über die Entstehungsgründe, über die Motivation, über die soziale Zusammensetzung, über organisatorische Erfahrungen, über die Siege, die Niederlagen und über die aktuelle Situation nach dem letzten Hungerstreik. Das würde ich jetzt, obwohl ich es etwas weiter ausgeführt habe, nicht in das Zentrum einer solchen Diskussion rücken, aber ich würde es zumindest als Forderung einbringen, weil sich doch sehr vieles an Widersprüchen genau an dieser Frage des bewaffneten Kampfes polarisiert hat. Das heißt also, wir müssen irgendwie in eine Situation kommen, wo, wie das in Uruguay der Fall ist, die Genossen einfach dazukommen und gewisse Vorarbeiten leisten — die können wir ihnen natürlich nicht abnehmen — und wir dann jenseits der Vereinnahmungskonzeption von Frau Vollmer darin übereinkommen, daß wir wirklich ohne Vorbedingungen und ohne irgendeine Erwartungshaltung diskutieren und *gemeinsam* nach vorne blicken wollen. Das ist das zweite.

Das dritte wäre der Versuch einer neuen Analyse dessen, was in den nächsten Jahren auf die Klassengesellschaft BRD in ihrem internationalen Kontext zukommt. Also eine Bestandsaufnahme der sich erneut zusammenschließenden kapitalistischen *One World*, eine Bestandsaufnahme über die Umbrüche und die Dialektik von kapitalistischer Restauration und Entstalinisierung in Osteuropa, eine Bestandsaufnahme über die Krise der internationalen Befreiungsbewegungen, eine Bestandsaufnahme über den ganzen weltwirtschaftlichen Zyklus und seine den Klassenkampf neu dimensionierenden Momente, bis hin zu der Frage, inwieweit eine neue kapitalistische One World sich in der Perspektive nicht doch in einige neoprotektionistische Machtblöcke — also EG 1992, der ganze neue Pazifikblock usw. — aufspaltet.

WAA .....

JETZT ERST RECHT - die heiße Phase der Vorbereitungen für die Großdemonstration gegen Atomprogramm, Repression und WAA am 3. Juni 1989 in München hat begonnen. Und die Zeichen dem Wahnsinnsprojekt in Wacklersdorf dieses Mal endgültig den Garaus zu machen, stehen günstiger denn je. Jahrelang haben wir hartnäckig versucht den "energiepolitischen Konsens" in diesem Land aufzubrechen. Endlich scheint die Atommafia den Ernst ihrer Lage einzusehen. ↑ (aus FLUGI) →

(aus ANTI-WAA-RUNDBRIEF)

Der jahrelange Widerstand gegen den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf zeigt Wirkung. Veba-Chef von Bennigsen-Foerder will abgebrannte Kernbrennstäbe aus bundesdeutschen AKWs im französischen La Hague wiederaufarbeiten lassen. Mit dieser Kehrtwendung eines der größten Stromversorgungsunternehmen wird ein Argument bestätigt, das wir seit Jahren vorbringen: Die WAA ist allein schon aus wirtschaftlichen Erwägungen unsinnig. Die von Kohl und Streibl nach wie vor betonte Notwendigkeit eines integrierten Entsorgungskonzepts mit nationaler WAA erweist sich als hilflose Lüge. Die WAA leistet keinen Beitrag zur Entsorgung.

881.000 Einwendungen gegen die noch ausstehende zweite Teilerrichtungsgenehmigung sind ein Volksentscheid gegen die WAA. Wenn wir jetzt den Druck verstarken, ist ein Baustopp und der völlige Verzicht auf die Wiederaufarbeitung durchsetzbar.

..... UND UNSER "SIEG" FÜR LE HAGUE UND BMW

Die folgende Dokumentationdürfte eigentlich für sich sprechen, doch möchte ich noch kurz was dazu loslassen. Durch verschiedene Publikationen und Redner wird der Eindruck erweckt, daß die WAA durch den jahrelangen Widerstand gekippt wurde, bzw. daß dieser der Atommaffia gezeigt hat: so geht es nicht. Diese Einschätzung ist blanker Unsinn und eine Selbsttäuschung obendrein, eine Selbsttäuschung, die nur vom Mißerfolg der Anti-WAA-Bewegung ablenken soll. Auch die bürgerlichen Organisationen und Parteien, die zuletzt im Widerstand dominierten, konnten durch ihre Einspruchs- und Friedfertigkeits-Praxis die WAA nicht verhindern. Doch diese Desillusionierung soll nicht recht publik werden, da ja sonst womöglich der reformistische Weg schon wieder in Frage gestellt wäre. Doch somit können sich auch noch die SPD, Grüne, Bund Naturschutz, Christen und alle anderen sogenannten "friedlichen" die Verhinderung der WAA auf ihre Fahnen heften und dadurch die Leute weiter politisch täuschen.

KOMMENTARE

POLEN, UNGARN, --- UND DIE GRENZEN

Im Osten was neues! Kann man laut sagen, noch dazu, wenn die Yanks gleich mit Gefolge kommen. Die alten Herrschenden in Polen teilen ihre Macht mit den neuen, bei denen das Weihwasser auf der Bluse noch frisch ist. Gemeint sind die Gewerkschaftsbosse um Walesa und die "intellektuelle Opposition". Dazu gesellt sich "ein freier Präsident aus einem freien Lande" (O-Ton Walesa über Bush), der ein paar Millionen Kredite nur an Privatfirmen verteilt. Redet von Freiheit und meint die seiner Herren aus den Konzernetagen, lockt mit Geld, weil diese Freiheit noch freier werden soll.

Man/frau muß sich vorstellen, ein "rechter Präsident" und Gewerkschaftsfeind wird im nagelneuen Einfamilienhaus eines ostsystemfeindlichen Gewerkschaftsbosses empfangen und bewirtet! Was soll uns das sagen? Sicherlich eines: Das Yank-Kapital versucht mit allen kooperativen Sozialismus-Gegnern, den "real existierenden Sozialismus" zu destabilisieren und dabei sein Kapital gewinnbringend anzulegen. Der zögerliche und gezielte Einsatz ihres Kapitals soll einmal die polnische Regierung zu mehr "Offenheit" erpressen und zum anderen den Einsatz kalkuierbar halten, wobei die Geldverteilung an die privaten nur vortäuschen soll, daß Kapital nur an "freie Kapitalverwerter" geht, da ja bekanntlich auch Polens Regierende auch Schulden beim IWF/Weltbank haben, aund die wiederum auch nichts ohne ökonomisch-politische Gegenleistung rausrücken. Diese Zangenbewegung aus Privatisierungs-Forderern im eigenen Lande und IWF/Weltbanklern und deren "Handelsreisenden der Freiheit" hat die polnischen Herrschenden nach einigem militanten Zappeln doch zur Kooperation bewegt. Na, teilen ist halt doch besser als ganz verlieren.

Doch die Raben haben ihre Clans und der heißt bei den IWFlern NATO und der soll auch unter Umstanden für Grenzen zuständig sein. Somit könnte sich eins der Clanmitglieder da einmal anmelden, wie z.B. Deutschlands Weigel, der bei Polens Westgrenze etwas zu viel Westen bemerkt (was übrigens schon über hundert Jahre lang mörderisch bemerkt wird), um damit wieder den Rechten hier ge-rechter zu werden und Freiheit gegen Land zu schachern oder mit der Verschiebung von Kapital auch gleich ein paar Grenzen zu verschieben. Da zeigt sich's wieder: Die Herrschenden kennen keine Grenzen, sondern nur Kapitalverwertung und Herrschaft über alles, was sich beherrschen läßt.

DIE KUMPELS IM OSTEN

Seit geraumer Zeit streiken die Bergarbeiter im Kusbass und im Donez-Becken gegen miserable Arbeitsbedingungen und gegen bestehende politische und ökonomische Verhältnisse. Dabei liegt der Schwerpunkt auf politischen Forderungen wie Streikrecht, Grubenautonomie und übergabe der politischen und ökonomischen Macht an die Arbeiter. Die letzte Forderung ist besonders zu beachten. Sie heißt im Wortlaut: "Die Macht soll von der Partei auf die Sowjets (Räte) übertragen, das Land den Bauern und die Fabriken den Arbeitern übergeben werden". Ebenso die Aussage, Regierungschef Ryshkow *(sorry, ich bin mir über die Schreibweise nicht so im klaren, es ist etwas undeutlich; d.S.)* soll sich als "Hauptunternehmer des Landes" endlich zu den Streiks äußern und sofort Vertreter der Streikkomitees anhören. Diese Forderungen sind deswegen sehr beachtenswert, da das russische Proletariat (Kumpels) nicht gerade mit Konsumgütern überschüttet wird, und die allgemeine Versorgungslage beschissen ist. Man/frau muß sich vorstellen, 250.000 Arbeiter im Streik für gesellschaftsverändernde Forderungen' Ist dies auf den "real existierenden Sozialismus" zurückzuführen, oder sind die russischen ArbeiterInnen politisch bewußter als die in Deutschland? Der eltzte große Streik im Ruhrgebiet hatte ja nur zaghefte politische Forderungen aufzuweisen, obwohl es den Arbeitern hier "materiell" besser ging und geht. Die Zurückbesinnung der russischen Bergarbeiter auf ihre politischen Wurzeln als Arbeiter, die im Widerspruch zu den dort herrschenden stehen und die Forderung nach Sowjets (Räten) dürfte in der russischen Herrschaftshierarchie einiges in Bewegung setzen, wobei es noch interessant wird, wie Gorbatschow und seine Höflinge diesen Forderungen politisch (auch im Sinne des Sozialismus) und ökonomisch den Garaus machen wollen.

L'AMOUR FOU

Über den Sinn und Unsinn einer Klassifizierung der menschlichen Sexualität läßt sich streiten. Gleichgeschlechtliche Neigungen lassen sich bei jedem Menschen feststellen. Die Frage, inwiefern sie auf Erbanlagen beruhen, sei dahingestellt. Beschränken wir uns auf den bürgerlichen Begriff der "Homosexualität" - in seiner "reinen" Form, so wie in der Form der Bisexualität mit Schwerpunkt auf gleichgeschlechtlichen Beziehungen.

Gleichgeschlechtliche Liebe ist widernatürlich, unanständig, unmoralisch - kurz: pervers. So wird es mehr oder weniger offen schon Kindern parallel zur "Aufklärung" eingetrichtert. Oft wird diese Thematik jedoch völlig verschwiegen. Ein Kind, das sich im Laufe seiner Entwicklung immer mehr zum eigenen Geschlecht hingezogen fühlt, muß zwangsweise in einen Gewissenskonflikt geraten. - zumal Sex erst ab 18 beginnt.

Schon vor einigen hundert Jahren hat die Geistlichkeit festgestellt, daß sich Menschen am leichtesten mittels einer aufgezwungenen Sexualmoral versklaven lassen. Wer eine Autorität selbst im Intimbereich akzeptiert, wer sein eigenes Urteil, Gewissen und Empfinden hinsichtlich der Sexualität fremdbestimmen läßt, ist seinen Herren jedoch schutzlos ausgeliefert. Kontrolle im unkontrollierbaren Bereich.

Trotz 1968, "freier" Liebe usw. hat sich daran bis heute nicht viel geändert. Der Zwang zur Heterosexualität ist immer noch existent - in der bürgerlichen Gesellschaft tritt er offen auf, in linksradikalen Gruppierungen ist er latent vorhanden, was umso schlimmer ist, als diese Gruppierungen mit dem Anspruch der "Befreiung" auftreten. Ein verdeckter Zwang setzt sich aber im Unterbewußtsein fest, ein psychischer Konflikt ist unausweichlich. *(prüfen wir das mal bei uns; d.S.)*

Homosexuelle, die sich zugleich als autonom, anarchistisch, libertär-kommunistisch oder antiimperialistisch begreifen, müssen ihre Sexualität in der politischen Agitation unterdrücken. Das bedeutet, daß sie entweder unbefriedigt bleibt oder auf reinen körperlichen Kontakt reduziert wird. Viele Schwule wollen sich jedoch nicht der Fleischbeschauung der Homosexuellen-Ghettos der Großstädte aussetzen, da sie dies nicht mit ihrer Identität vereinbaren können (ein Gegenbeispiel: Was wäre wohl, wenn Heterosexuellen kein anderer Ausweg mehr bliebe, als auf den Strich zu gehen, weil "schwul sein" die Norm wäre?).

Selbst in der linksradikalen Szene scheint es ein Ding der Unmöglichkeit zu sein, daß eine Frau eine andere, ein Mann einen anderen LIEBEN kann. Lieben sei hier nachdrücklich betont, da es auch für Schwule etwas anderes als "verliebt sein" heißt. Liebe bedeutet im übrigen für viele auch eine feste Zweierbeziehung, da sich ein derart tiefgreifendes Gefühl nicht teilen läßt *(seid ihr da ganz sicher???)*

Hier in Bayern scheint die Situation besonders ernst zu sein. Die Herrschenden können es sich noch nicht leisten Homosexuelle in ein KZ zu stecken, aber zumindest in fest abgegrenzte Bereiche, wo sie in dunklen, gegen Licht und Luft abgeschotteten Löchern ihr trauriges Dasein fristen - von außen kaum als solche zu erkennen. Homosexualität und das Image einer touristenfreundliche Stadt passen eben nicht zusammen.

Wem ein sexuelles Abenteuer dieser Art zu wenig ist, weil er (sie) sich nicht als Stück Fleisch in der auslage eines Metzgereigeschäfts (vielleicht auch noch im Sonderangebot) begreift, dem bleibt nichts anderes übrig, als eine Anzeige in eine der Stadtzeitungen zu setzen. Tenor: Schnauzer, 30, gut gebaut sucht ebensolchen. Und bitte diskret.

(L'AMOUR BLEU)

Als wir in einer bayerischen Stadt versuchen wollten, Homosexuelle aus dem linksradikalen Spektrum zu organisieren, stellten wir doch etwas verwundert fest, daß der Prozentsatz derer, die sich offen als solche geben, weit unter dem des bürgerlichen Gesellschaftsniveaus liegt. Das erschien uns dann doch mehr als merkwürdig.

Wir wollen hiermit eine Diskussion in Gang setzen, die es anderen erlichtern soll, ihre Schitzophrenie zwischen Gefühl und Politik aufzuheben. Damit seien aber auch heterosexuelle angesprochen - Zärtlichkeit scheint für viele streetfighters ein Fremdwort zu sein.

Existentialismus (*Was is'n des?; d.S.*) und Anarchismus sind nicht das selbe, GenossInnen!

Nicht homo-, bi-, oder heterosexuell, sondern SEXUELL!!!

Don't dream it - be it!!!

gay liberAtion front

UNS STINKT'S

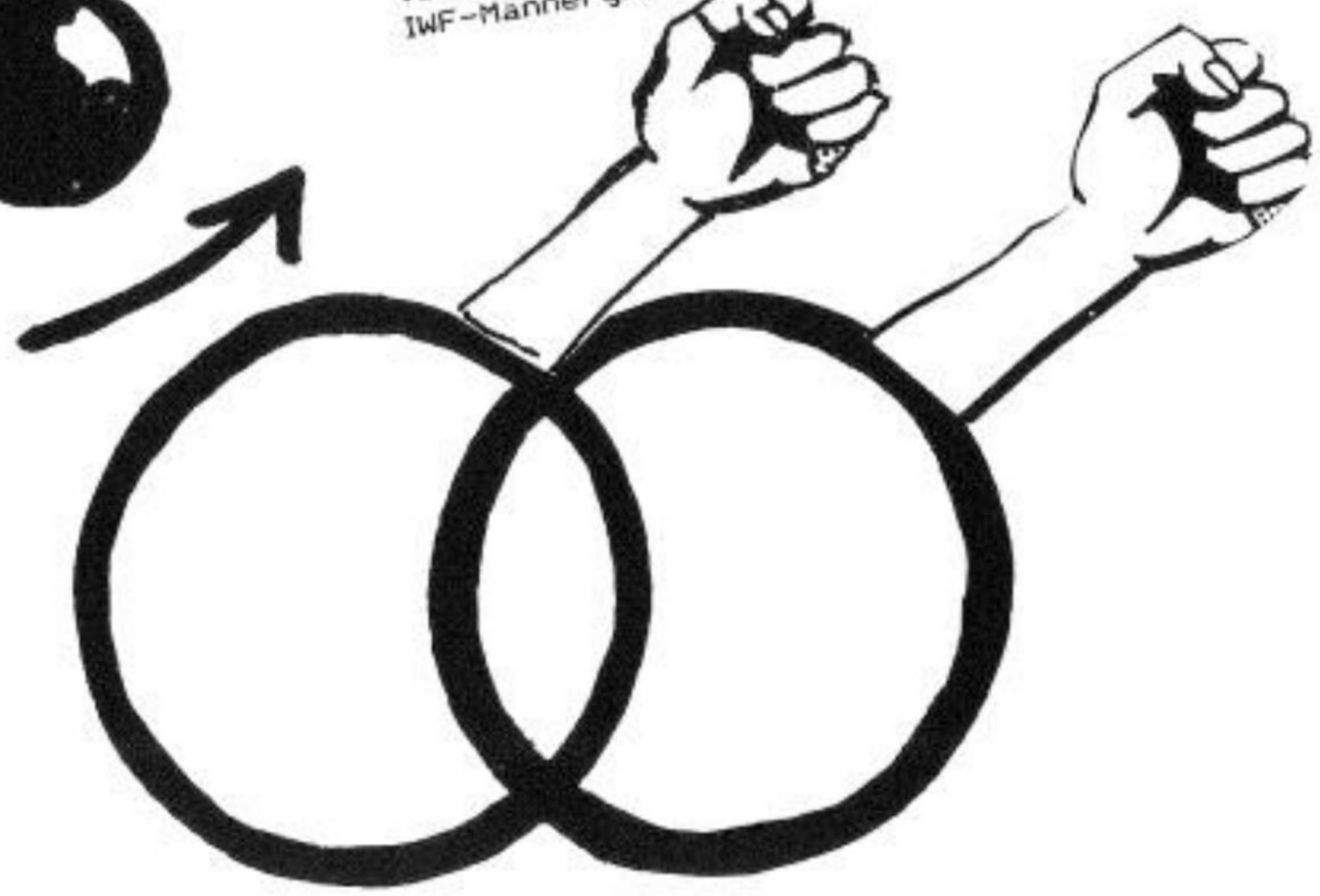
Uns stinkt's! Angefangen bei jenen maskulinen Prachtexemplaren vom Kubat-Dreieck, die in Guerilla-Kriegerpose in die Volxküche schlappen und fordern: "Frau, mach mir was zu essen!" über schwulenfeindliche Sprüche gestandener autonomer Mannsbilder, Zitat: "Fickt die Bullen, bevor sie euch ficken!", bis hin zu Typen, die gelernt haben, übers Patriarchat zu reden, dem aber keine Praxis folgen lassen. Denn es reicht nicht, auf jedem Flugblatt die Floskel "Kampf dem Patriarchat" auftauchen zu lassen, wenn Ihr in konkreten Situationen dann noch nicht eoinmal das maul aufkriegt. Wenn Ihr den antipatriarchalen Kampf angeblich so klar habt, warumm HERRscht dann immer noch der Macker in Eurem Obergeschoß? Wo habt Ihr's nur gelernt so männlich zu sein?

Auch Ihr habt eine Tunte im Keller! Nur wurde sie verschüttet unter anderem von Eurer kleinbürgerlichen Erziehung, von Eurer "patriarchalen Zurichtung"! Und im Gegensatz zu anderen Verhaltensweisen ist Eure heterosexuelle Männerrolle für Euch anscheinend keine gesellschaftliche Norm., die Ihr in Frage zu stellen bereit seid, denn Ihr profitiert ja davon. Unter den Voraussetzungen, wie ihr miteinander und mit uns Schwulen umgeht, können wir nicht mit Euch zusammen politisch arbeiten. Wa, ey?

"Ich kann nichts dafür, ein Mann zu sein." So ein Quatsch! Ihr könnt so lange was dafür, ein Mann zu sein, bis ihr alle Moglichkeiten der Veränderung ausgeschöpft habt.

Stellt Eure Zwangsheterosexualitat in Frage! Die Entschuldigung, daß Ihr nicht mit einem Typen schlafen könnt, ist nichts weiter, als ein Ausdruck Eurer sexistischen Gedankenwelt! Vielmehr geht es um tausende von Verhaltensänderungen. Patriarchales, zwangsheterosexuelles Denken und Handeln läßt sich nicht nur am Sex festmachen, sondern z.B. auch daran, welche sonstigen Bedürfnisse Ihr mit Frauen befriedigt: und welche mit Mannern.

Wie stellt Ihr euch vor, aus Eurer "patriarchalen Zurichtung" herauszukommen? Wie stellt Ihr Euch "zärtlich-wilde Männerbeziehungen" vor? (Zitate aus dem Reader der IWF-Männergruppe Berlin)



ich liebe dich,
weil es kein Kampf ist,

dich zu lieben

NACHHER
Gebe
ich
Dir
einen Kuß
in den Nacken
Welt
geboren

gefühle von freiheit.
werden nicht von deiner
nur so hat freundschaft
sinn und bestandskraft

nur so kann sie leben!

unabhängigkeit und leichtsinn
liebe unterdrückt,

BERKANO DURCHS FEUER

STRASSE DER TIGER

rechts
Tiger
Links
Tiger
ich
zwischen
der
Angst

traurig...

Du narrtest mich
ich liebte dich
nun fühl ich mich einsam.
will durch die wolken springen
alles finster und grau.
der tag hat kein licht
die nacht hüllt mich kalt
ein wort von dir
mir würde warm
ein blick von dir
mein herz bliebe steh'n
eine hand von dir
meine haare stellten sich auf
ich vermisse die zärtlichkeit
deine klaren Augen
aber das ist vorbei
mein herz gebrochen.
suche nach dem kontaktkleber
's gibt hier keine universallösung
you make me cry
and I know why
sick from imperialism
of no return
the beast we want to burn
it's my heart, tears, fears, shy

ANRUFUNG

für Thomas L.

Als das Meer zurückwich
sah ich Krabben
tausende
nagen
an der Seele
der Erde
und ich rief die Revolution
zu helfen
und sie gab mir
die Kraft
des Zorns
der
will ich
folgen

DAS FREUT MICH

Was da
klingt
in dir
das bin nicht
ich
das ist
eine Saite
in dir
wenn ich sie
berühre

VORHER

Menschen
in Bäumen
kauern
schlafen
im Garten
Eden

IRLAND
DER LANGE KRIEG

Wie alles anfing

Irland ist das einzige Land in Europa, das kolonisiert wurde. Sowohl der ökonomisch motivierte Wunsch nach zusätzlichem Land als auch strategische Überlegungen bestimmten die englische Kolonialpolitik gegenüber Irland.
Die Anatomie des heutigen Konflikts in Nordirland wurde bereits vor fast 400 Jahren mit der Aufnahme der Plantation-Strategie (Besiedelung durch englische Protestanten) durch die englische Kolonialmacht angelegt. Die Entwicklung einer Auseinandersetzung, die oftmals entlang konfessioneller Trennlinien ausgefochten wird, war somit alles andere als schicksalshaft. Die Verantwortung hierfür tragen nicht die katholischen und letztlich auch nicht die protestantischen Bürger der Insel, sondern das Establishment der Kolonialmacht. Ein Paket von Apartheidgesetzen ("penal laws"), das Katholiken vom politischen, ökonomischen und kulturellen Leben weitgehend ausschloß und protestantische Vorherrschaft garantierte, verstärkte die Spaltung entlang der Konfessionszugehörigkeit zusätzlich.
1921 kam es zur Teilung der Insel. Sechs nordöstliche Grafschaften, die zusammen eine deutliche protestantische/loyalistische Mehrheit aufwiesen, bildeten den nordirischen Staat, der im Vereinigten Königreich verblieb. Den restlichen 26 Grafschaften wurde der Status eines Dominion im Empire gewährt - mit dem/der englischen MonarchIn als Staatsoberhaupt. 1949 erklärte sich der irische Teilstaat jedoch zur Republik Irland.

Mit der Teilung der Insel erledigte die britische Regierung gleich zwei Fliegen mit einer Klappe: Sie stellte die Protestantischen Statthalter zufrieden, die jede Form gesamtirischer Selbstverwaltung ablehnten, und behielt zugleich einen Brückenkopf auf der irischen Insel, von dem aus sich auf die Entwicklung des südlichen Landesteils Einfluß nehmen ließ. Noch heute wickelt die Republik Irland über 40 % ihres Außenhandels mit Großbritannien ab, wobei die Struktur der ökonomischen Beziehungen die gleiche Asymetrie aufweist wie die zwischen den nördlichen industriellen Metropolen und den Staaten der Dritten Welt.
Die Forderungen, mit denen die katholische Minderheit dann den "Protestant State" und die britische Regierung 1968 konfrontierte, waren Reaktion auf eine für bürgerliche Demokratien kaum glaubliche Diskriminierung:

1) Abschaffung des Mehrfachwahlrechts und Beendigung der manipulativen Ziehung von Wahlkreisgrenzen zur Durchsetzung protestantischer Minderheitsregierungen.
Die damalige Situation: Bis 1969 war bei nordirischen Kommunalwahlen nur stimmberechtigt, wer Steuerzahler war und über Hausbesitz verfügte oder registrierter Pächter war. Geschäftsleute hingegen hatten bis zu sechs Stimmen. Ein Viertel der erwachsenen Bevölkerung war so vom Urnengang ausgeschlossen.
2) Abschaffung des Special Power Act (Nordirisches Notstandsgesetz)
3) Faire Vergabe von kommunalen Wohnungen und Häusern.
4) Beendigung der Diskriminierung bei der Vergabe von Arbeitsplätzen.
5) Auflösung der B-Specials (paramilit. Polizei-Hilfstruppe)

Die Auseinandersetzung in Nordirland begann nicht als Kampf um nationale Souveränität, sondern als Kampf um simple demokratische Grundrechte. Es waren die Briten, die daraus einen Krieg um nationale und soziale Befreiung machten.
1968 entstand eine Bürgerrechtsbewegung, die zunächst nur Gleichstellung mit den anderen Bürgern im Vereinigten Königreich verlangte, Daran beteiligten sich anfangs vor allem sozialistische StudentInnen ("People's Democracy"), schon bald aber folgten ArbeiterInnen.

Die Briten kommen

Der Sommer 1969 wurde in Nordirland von schweren gewaltsamen Auseinandersetzungen bestimmt, deren Höhepunkt die Ereignisse vom 12.August und der folgenden Tage war.

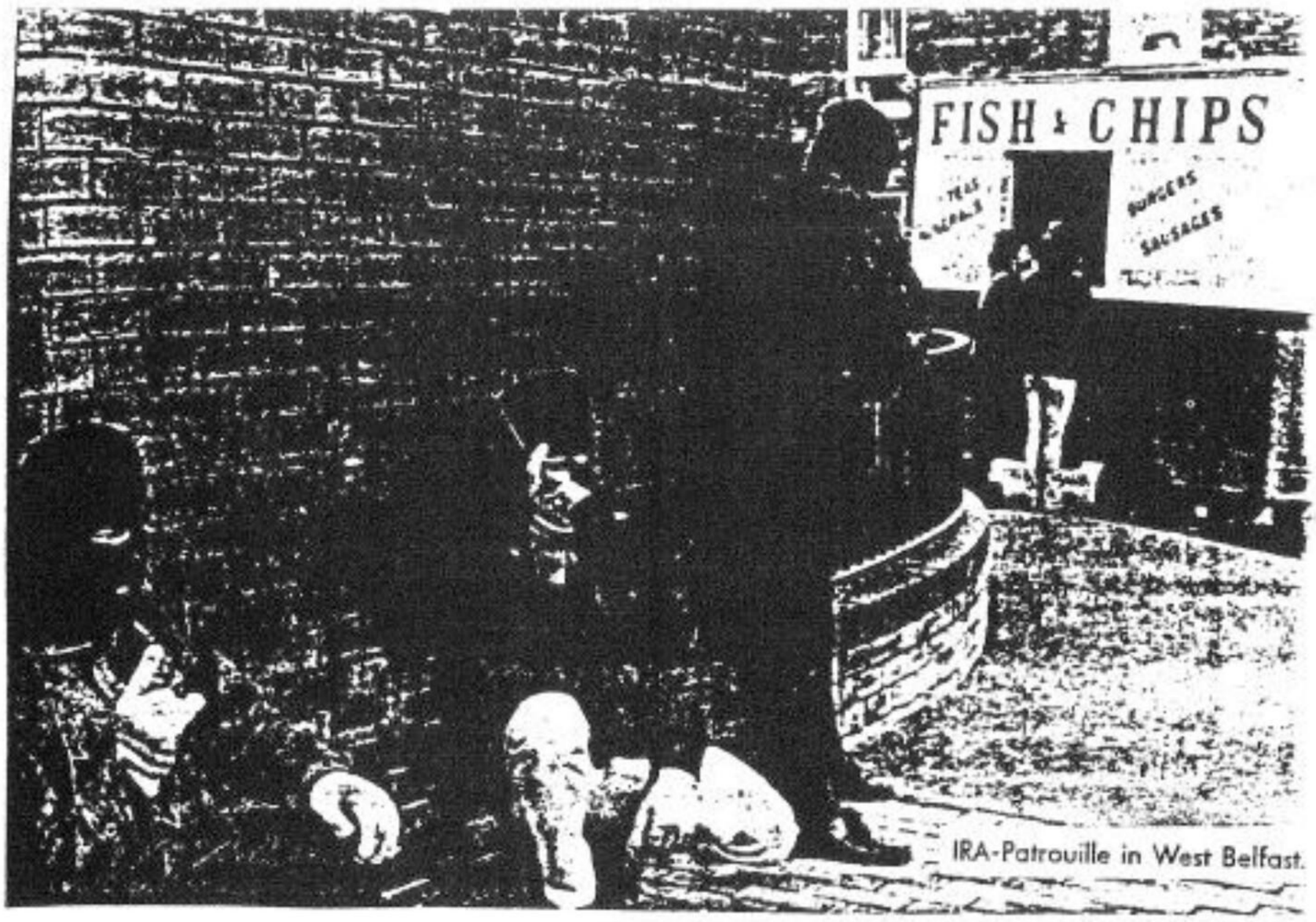
Am 12.August zelebrierten die loyalistischen "Apprentice Boys" den 280. Jahrestag zur Befreiung der Stadt Derry von der Belagerung König James' und seiner katholischen Truppen. Für die BewohnerInnen des katholischen Bogside-Gettos war dies eine Provokation: Während seit einem Jahr jede Bürgerrechtsdemonstration in Derry verboten wurde, marschierten die 15 000 Loyalisten mit offizieller Genehmigung und unter dem Schutz der RUC, der nordirischen Polizei. Es kam, wie es nicht anders kommen konnte: Als katholische Jugendliche mit Steinen auf den provokativen Marsch warfen, versuchte die RUC, in das Bogside-Getto einzudringen, das zu Füßen des Stadtzentrums und der loyalistischen Marschroute lag. Doch diesmal waren die Bogsider besser vorbereitet als bei ähnlichen Anlässen in den Monaten zuvor. Sie errichteten Barrikaden und eine "no go area" für den nordirischen Staat und seinen Gewaltapparat. Mit Steinen und Benzinbomben wurden die polizeieinheiten auf Distanz gehalten. Hinter den Barrikaden hatten nicht mehr die moderaten Mittelklässler der Bürgerrechtsbewegung das Sagen, sondern die Getto-BewohnerInnen selbst, die sich mit radikalen Republikanern und linken Aktivisten verbanden. Auf einem Hochhaus im Getto flatterten die irische Trikolore und das Sternenpflugbanner, das Symbol der irisch-sozialistischen Republik.
Die folgende Belagerung des Gettos durch die Polizei und loyalistische Marschierer dauerte den ganzen Tag und die ganze Nacht. Am nächsten Tag mobilisierte die nordirische Regierung die berüchtigten "B-Specials". In Dublin wurde inzwischen schon überlegt, die südirische Armee in Derry, Newry und anderen Städten einzusetzen. Schließlich begnügte sich da Kabinett aber mit der Forderung nach UN-Friedenstruppen. Am Nachmittag des 14.August trafen britische Truppen im Zentrum von Derry ein. Die Bogsider hatten in einer 48 Stunden langen Schlacht ("Battle of the Bogside") dem Ansturm der Polizeikräfte erfolgreich widerstanden. Die RUC und die B-Specials wurden hinter die britischen Truppen zurückgezogen, die nun die erste Linie bildeten, jedoch den Bogsidern zusagten, das Getto nicht zu betreten. Die B-Specials wurden schließlich aufgelöst, fanden aber schon bald in dem "Ulster Defence Regiment" (UDR) einen gleichwertigen Nachfolger.
Während die Bogsider aufatmeten, wurde die katholische Bevölkerung in Belfast zum Opfer eines loyalistischen Rachefeldzuges. In der Nacht zum 15. August stürmten loyalistische Horden aus der Shankill-Gegend in das benachbarte Katholische Falls-Viertel. Unterstützung erhielten sie von der RUC, die mit Maschinengewehren auf alles schoß, was sich bewegte. Fünf Katholiken und ein Protestant starben in dieser Nacht.
In diesem Milieu vollzog sich die Widergeburt der IRA, der wohl ältesten Guerillaorganisation der Welt. Bei Ausbruch des Konfliktes existierte sie zwar noch formell, war jedoch in weitgehende Bedeutungslosigkeit versunken.
1970 spaltete sich die damalige republikanische Bewegung in einen "offiziellen" Flügel (Official IRA und Sinn Féin) und einen der traditionalistischen "provisorischen" Flügel (Provisional IRA und Sinn Féin). Der aktuelle Anlaß war ein Disput über die Frage, ob Sinn Féin in Zukunft gewonnene Sitze in den Parlamenten von Dublin, Belfast und London einehmen sollte, wogegen die späteren "provisionals" heftigst opponierten. Der Aufstieg dieser "Provos" vollzog sich schließlich in einem atemberaubenden Tempo. Sie avancierten binnen weniger Monate zu einer schlagkräftigen "People's Army". Geld und Waffen erhielten sie insbesondere von der irischstämmigen Bevölkerungsgruppe Nordamerikas.

In der Staatsfrage waren die Provos deutlich "leninistischer" als die Officials. Sie analysierten den nordirischen Staat als unreformierbar und propagierten den Sturz des reaktionären nordirischen Regimes.
Im Mai 1972 erklärten die Officials einen einseitigen und bedingungslosen Waffenstillstand.. Wenn heute die Rede von der IRA ist, so sind damit also die Provos gemeint.
Ziel der Provos war zunächst die militärische Verteidigung der Gettos. Es gelang ihnen, das Stadtzentrum von Derry wie nach einem Luftangriff aussehen zu lassen und zugleich zivile Opfer weitestgehend zu vermeiden.
Inzwischen erfolgte die Gründung der "Social Democratic anc Labour Party" (SDLP), von der britischen Regierung ermuntert und vom südirischen Establishment finanziert. London wie Dublin waren daran interessiert, daß dem radikalen Republikanismus der IRA und Sinn Féins nicht innerhalb der katholischen Bevölkerungsgruppe das Feld überlassen wurde.
Im protestantischen Lager bewirkte die Systemkrise das Auseinanderfallen der alten unionistischen Einheitspartei sowie das Entstehen paramilitärischer Formationen neben den offiziellen Sicherheitskräften. Eine zentrale Rolle spielte bei der Neuordnung Ian Paisley, ein faschistischer Sektenführer. Ein Beispiel für dessen Politik: Eine von ihm angeführte Kampagne "Save Ulster from Sodomie" (engl. für Homosexualität) verhinderte, daß die Liberalisierung des Sexualstrafrechts, wie sie auf der britischen Insel erfolgt war, auf die Provinz übertragen wurde.

Im September 1971 gründete Paisley schließlich die "Democratic Unionist Party" (DUP). Neben den neuen politischen Parteien betraten auch paramilitärische Formationen die politische Bühne des protestantischen Lagers: 1971 wurde die "Ulster Defence Association" (UDA) gegründet, daneben die illegale rechtsradikale "Ulster Volunteer Force" (UVF). Deren Vorgehen wird oft mit den offiziellen Sicherheitskräften abgestimmt.
Ihre erst große Schlacht schlug die Provisional IRA dann am 27. Juni 1970. An diesem Tag schossen plötzlich Loyalisten in das getto Short Strand, eine von 6000 Katholiken besiedelte Enklave im mehrheitlich protestantischen Osten Belfasts. Eine aus vier oder fünf Personen bestehende Einheit der Provos gelang es, die loyalistischen Angreifer zu stoppen. Zwei Protestanten und ein IRA-Mann wurden im Verlauf einer längeren Schießerei getötet.

Am 3.Juli 1970 fielen 3000 britische Soldaten in die Lower Falls ein, nachdem Hausdurchsuchungen nach Waffen auf den Widerstand der BewohnerInnen getroffen war. General Freeland verhängte eine Ausgangssperre über das gesamte Gebiet, die 35 Stunden dauerte. Den BewohnerInnen wurde bei Zuwiderhandlung mit Erschießung gedroht. Britische Gewehrkugeln töteten drei Zivilisten und verletzten zwei weitere. Ein anderer Zivilist wurde von einem Landrover erfaßt und getötet. Über 300 Bürger wurden verhaftet.
Gleichzeitig betrieb London einen rapiden und massiven Ausbau der nordirischen Sicherheitskräfte: Im März 1970 betrug die Zahl der RUC-Mitglieder 3500. 1985 zählte die RUC bereits 12800 Mitglieder; dazu gesellten sich noch 6400 UDR-Soldaten.
Am 6.Februar 1971 erschoß die IRA den ersten britischen Soldaten in Nordirland. Die IRA befand sich nun in einem offenen Krieg mit dem UDR, der RUC und der britischen Armee, und sie wußte diesbezüglich einen erheblichen Teil der katholischen Bevölkerung hinter sich.
Am 9.August 1971 verhaftete und verschleppte die britische Armee 342 Menschen in den katholischen Gettos. Die IRA erfuhr allerdings vorher von dieser Aktion. Im Verlauf des 9.August wurden zwei britische Soldaten und zehn Zivilisten getötet.

Als Reaktion auf die Verhaftungen weigerten sich 26 000 Haushalte, weiterhin Steuern zu zahlen. Die nordirische Regierung reagierte mit dem "Payments for Debt Act", der gestattete, die Außenstände direkt von den "Wohlfahrtsleistungen" (Arbeitslosen- und Krankengeld, Sozialhilfe) abzuziehen. In den katholischen Gettos wurden erneut Barrikaden errichtet. Das Belfaster Falls-Gebiet und vor allem die Bezirke Bogside und Creggan in Derry wurden zu republikanischen Ministaaten, kontrolliert von de r IRA. Die an Nordirland angrenzenden südirischen Grafschaften wurden zu einem wichtigen logistischen Hinterland für die IRA. Die Provos formierten inzwischen das "Northern Resistance Movement" (NRM).
Gemeinsam mit anderen Bürgerrechtsbewegungen rief die NRM zu einer großen Kundgebung gegen die Internierungspolitik für den 30.Januar 1972 in der Bogside von Derry auf. Dieser Aufruf wurde von 30 000 Menschen befolgt. Die Armee hatte Barrieren errichtet, um die BürgerrechtlerInnen am Verlassen des gettos und am Betreten der Innenstadt zu hindern.
Als es nach einiger Zeit an den Barrieren kleinere Scharmützel zwischen Soldaten und Demonstranten gab, eröffnete die Armee ohne jede Vorwarnung das Feuer auf die Menge. Als sie das Feuer endlich einstellte, lagen 13 Katholiken tot auf dem Boden. Sieben von ihnen waren Teenager. Ein weiterer Katholik starb einige Zeit später an den Folgen seiner Verletzungen. Dieser Tag ging als "Bloody Sunday" in die Geschichte ein. Es handelte sich dabei um eine wohlvorbereitete und bewußt herbeigeführte Counterinsurgency-Operation, deren Kommandeur Derek Wilford später für seine Arbeit mit einem Orden ausgezeichnet wurde.



IRA-Patrouille in West Belfast.

Zehntausende von ArbeiterInnen legten nun in den südirischen Städten die Arbeit nieder. 30 000 Bürger marschierten zur britischen Botschaft in Dublin und brannten sie nieder. Im Norden trat die Katholische Bevölkerung für einen Tag in den Generalstreik. Am 6.Februar demonstrierten 60 000 Menschen in Newry.
Am 24.März hatten die radikalen BürgerrechtlerInnen und die Provos ihr erstes Ziel erreicht: Der britische Premier Heath verkündete den Rücktritt des Paulkner-Kabinetts und die Aufhebung des Stormont-Systems. Alle Macht sollte fortan in London bzw. bei einem Nordirlandminister liegen.

Reform und Stagnation

Für die südirische Regierung war die Einführung der britischen Direktherrschaft ein willkommener Anlaß, schärfer gegen die IRA in der Republik Irland durchzugreifen. Die Dubliner Regierung verkaufte den Sturz der Stormont-Regierung als Sieg der katholischen Minderheit, der nun durch die Bombenkampagne der IRA gefährdet wäre. In Dubliner Regierungskreisen ging die Angst um, daß die Revolte auf die Republik Irland überschwappen könnte.
Im März 1972 legte die IRA dann einen Friedensplan vor, der jedoch abgelehnt wurde. Daraufhin forcierte sie ihre Bombenkampagne. Am 13. und 14.April verübten Einheiten der IRA 40 Bombenanschläge, und am 1.Mai wurde der Belfaster Co-Op, das größte Warenhaus der Stadt, in die Luft gesprengt.
Im Juni bot die IRA nochmals Friedensverhandlungen an, falls vorher zwei Bedingungen erfüllt würden: Gerry Adams, eine Schlüsselfigur der Belfaster IRA-Brigade, sollte aus der Internierungshaft entlassen werden, und die republikanischen Gefangenen sollten einen politischen Status erhalten. Um die Kampagne für den politischen Status zu stärken, begannen 40 IRA-Gefangene am 6.Juni im Belfaster Crumlin-Road-Gefängnis einen unbefristeten Hungerstreik. Am 20.Juni wurden republikanischen wie loyalistischen Gefangenen ein Sonderstatus gewährt.

Wärenddessen errichtete die UDA (Ulster Defence Association, etwa 60 000 Mitglieder) im Mai 1971 in den protestantischen Vierteln ihre eigenen "no go areas". Im Mai und Juli ermordete die UDA 36 Katholiken, später auch Protestanten, die katholische Frauen oder Freundinnen hatten. Die britische Armee jedoch patrouillierte weiterhin gemeinsam mit der UDA. Ein Zwischenfall in Lenadoon, einem hauptsächlich katholischen Stadtteil im äussersten Westen Belfasts, führte schließlich zum Ende des fragilen Waffenstillstandes zwischen IRA und britischer Armee. Dort hinderte die britische Armee katholische Familien, leerstehende Häuser zu beziehen, worauf es zu einer zweitägigen Straßenschlacht zwischen Armee und Katholiken kam, in deren Verlauf die Armee auf die DemonstrantInnen schoß. In den folgenden drei Tagen tötete die IRA acht britische Soldaten und einen RUC-Polizisten.
Am 21.Juli verübten Einheiten der Belfaster IRA-Brigade binnen 75 Minuten 21 (!!) Bombenanschläge. Neun Personen wurden getötet, über 130 verletzt. Dieser Tag ist als "Bloody Friday" in die irische Geschichte eingegangen. Der politische Schaden dieses Massakers war jedoch für die IRA immens.
Als Reaktion wurden weitere 4000 Soldaten nach Nordirland entsandt (damit 21 000 Mann).
Am 31.Juli attackierten 5000 Soldaten die Barrikaden in der Bogside und in Cregan, den beiden katholischen Vierteln von Derry. Die Barrikaden fielen, da es die IRA vorzog, sich zurückzuhalten.
Die loyalistischen Organisationen antworteten mit einer Mordkampagne auf die Anschläge der IRA: im August 1972 starben dreimal soviel Katholiken wie Protestanten.
Die britische Armee besetzte nun Derry - bis auf den heutigen Tag.
Seit dem Juni 1972 hatte die britische Armee auch eine neue Taktik: sie unternahm brutale Anschläge im Namen der IRA, um diese von der Bevölkerung abzuscalten.

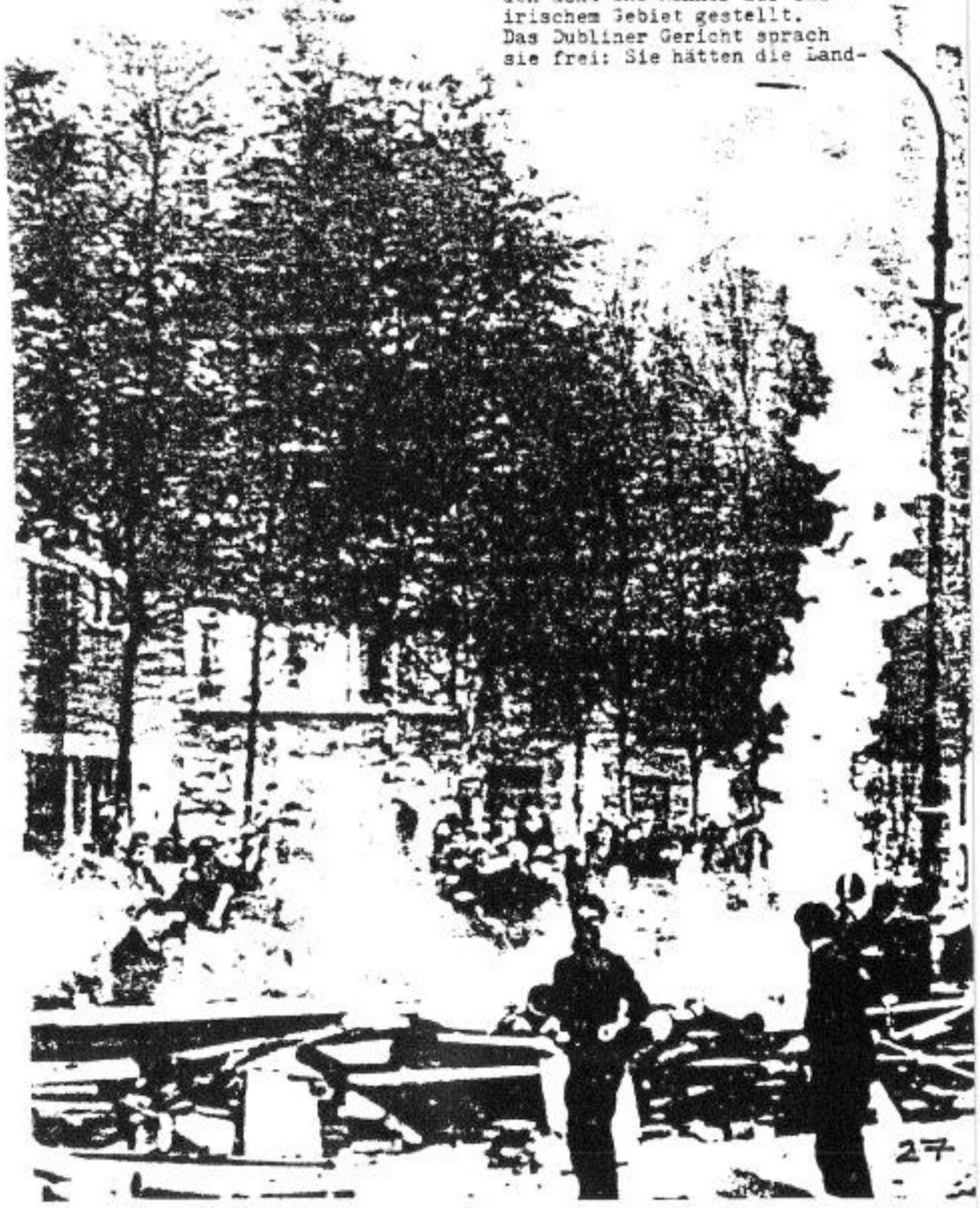
Belfaster Frauen bilden auf einer republikanischen Beerdigung Ketten.

Im Oktober ging die IRA gegen die britische Spezialeinheit, die diese Anschläge ausführte, vor, und erschoß einen Soldaten. Auch in der Republik Irland verübte die britische Armee Attentate, um das dortige Parlament zu schärferen Maßnahmen gegen die IRA zu bewegen, was schließlich auch gelang. Die radikale Linke in Großbritannien kümmerte sich während der ganzen Zeit kaum um die Aktivitäten britischer Truppen in Nordirland - im Gegenteil: Verschiedene sozialistische Organisationen lagen auf der gleichen Linie wie die Massenmedien und politischen Parteien in ihrer Verurteilung des "IRA-Terrorismus".
Im Herbst 1973 begann die IRA eine spektakuläre Bombenkampagne in Großbritannien und Nordirland, die britische Behauptungen über die bevorstehende Niederlage der IRA ad absurdum führte. Am 31.Oktober gelang der IRA schließlich ein Propaganda-coup, der ihr zu neuem Ansehen verhalf. Eine Gruppe IRA-Freiwilliger hatte einen Hubschrauber entführt und war damit im Gefängnishof des Dubliner Mount-joy-Gefängnisses gelandet. Ehe das Wachpersonal eingreifen konnte, entschwebte der Hubschrauber mit den drei führenden IRA-Mitgliedern Seamus Twomey, Kevin Mallon und J.B. O'Hagan an Bord. Der Ausruf eines Gefängniswärters, als der Hubschrauber davonflog, ist in die Geschichtsbücher eingegangen: "SCHLIESST DIE TORE!"
Nach dem britischen und irischen Beitritt zur EG lag es nun auch im Interesse des westeuropäischen und US-amerikanischen Establishments, die Macht in Nordirland einer leistungsfähigen, EG-orientierten Bourgeoisie zu übertragen. Für die Kapitalbesitzer in Nordirland ging es um die neokoloniale Anbindung ganz Irlands an Großbritannien und die EG. Voraussetzung dafür war jedoch die Zerschlagung der IRA und die Überwindung des Widerstandes der durch die EG bedrohten Großfarmer und der nordirischen Kleinindustrie, die von Paisley und Craig mobilisiert wurden.

"Ulsterisierung" und Kriminalisierung

Während die Zahl der UDR ("Ulster Defence Regiment") - Soldaten und RUC-Polizisten 1973 noch bei 14500 lag, stieg sie bis 1980 auf 19500. Im gleichen Zeitraum sank die Zahl der in Nordirland stationierten britischen Soldaten von 15500 auf 11000. Außerdem wurde aus der unbewaffneten Polizei wieder ein paramilitärischer Verband.

Auch strukturell wurde die RUC verbessert: Die Zahl der "vertraulichen" Telefone wurde erhöht; Informanten wurden in die illegalen Organisationen hineingeschleust; die Überwachungstechniken wurden perfektioniert; und schließlich wurden neue Verhörzentren gebaut, in denen durch Folter Aussagen erzwungen wurden. Gleichzeitig sank die Präsenz der britischen Armee in den katholischen Gettos. Die Armeespitze jedoch war davon wenig begeistert - es kam zu Spannungen mit der RUC, da die Armee ihre eigene Strategie im Umgang mit "mutmaßlichen Terroristen" entwickelt hatte: die britische Elitetruppe SAS (Special Air Service), bei deren Einsätzen nie Gefangene gemacht werden. In Nordirland kam der SAS zunächst im Grenzgebiet der Grafschaft Armagh zu Einsatz, wo er verschiedene Bombenanschläge entlang der Grenze durchführte, um Verwirrung zu stiften. Darüberhinaus fielen der Einheit seit April 1976 zahlreiche IRA-Mitglieder zum Opfer, aber auch viele Zivilisten. Keiner der SAS-Leute ist jemals angeklagt worden. Der eindeutigste Fall der SAS-Mordpolitik ereignete sich im März 1988, als eine SAS-Einheit drei unbewaffnete IRA-Mitglieder in der britischen Kronkolonie Gibraltar erschoß, obwohl die Möglichkeit bestanden hätte, sie ohne Risiko festzunehmen.
Auch in der Republik Irland operierte der SAS: 1977 wurden acht SAS-Männer auf südirischem Gebiet gestellt. Das Dubliner Gericht sprach sie frei: Sie hätten die Land-



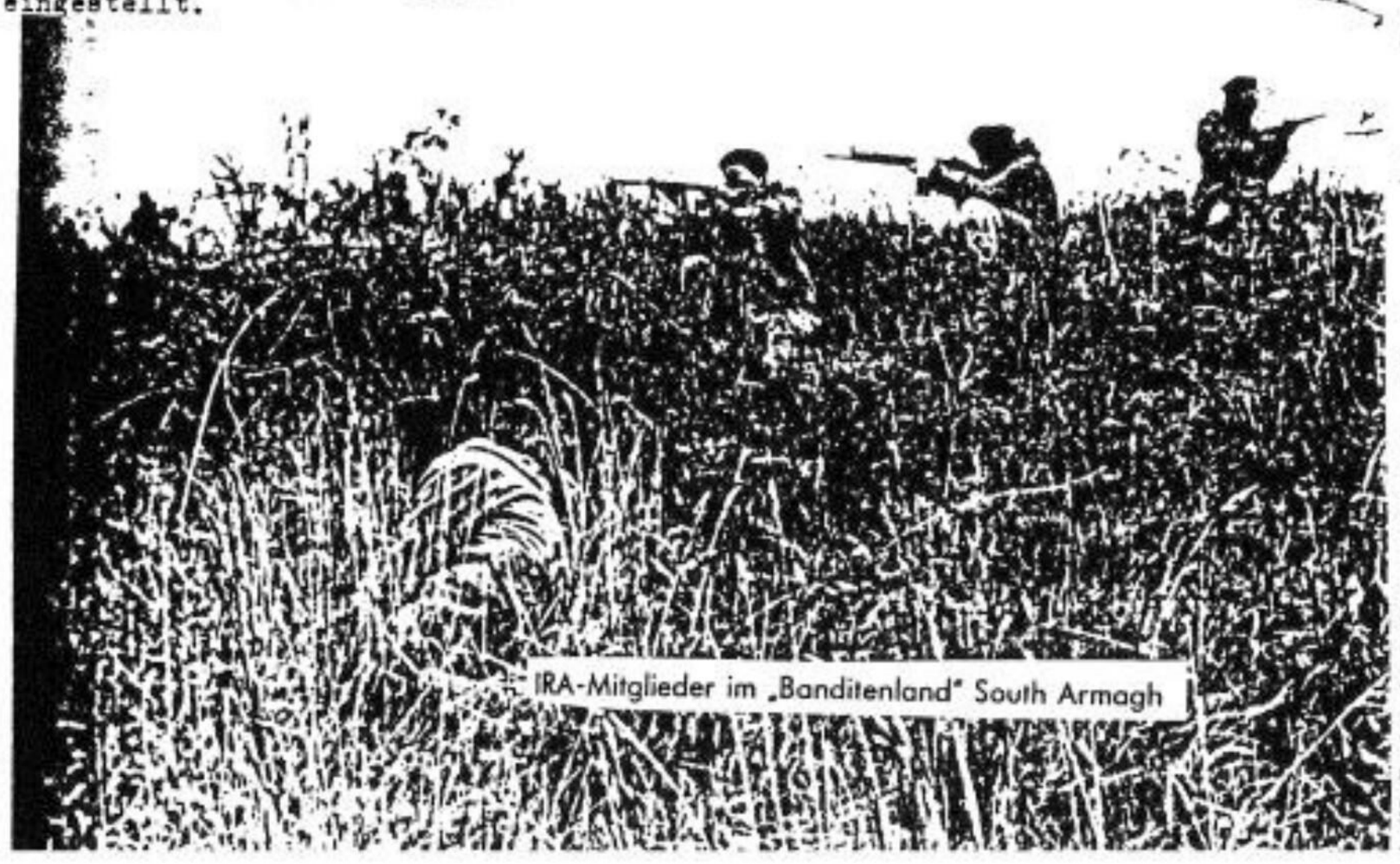
karte falsch gelesen...
Gleichzeitig mit der "Ulsterisierung" begann die britische Regierung ihre Strategie der Kriminalisierung, die sich vor allem gegen IRA-Mitglieder richtete. Zentraler Punkt dabei war das "conveyor belt system", das Fließbandsystem. Verdächtige wurden nun nach einem der Sondergesetze, die lediglich in Nordirland galten, verhaftet und in das neue RUC-Verhörzentrum Castlereagh gebracht. Dort wurden sie von der loyalistischen Polizei gefoltert. Die nächste Station waren die "Gerichte".
Am Schluß stand Long Kesh (Gefängnis).
Seit 1976 war der politische Status für Gefangene auch wieder abgeschafft. "Politische" wurden in den Hochsicherheitstrakten ("H-Blocks") untergebracht.
1977 formierte sich erstmals wieder Widerstand gegen die Kriminalisierungsstrategie.
Allerdings sah zu dieser Zeit auch das internationale Kapital seine Chance in Irland-dem Land der niedrigsten Lohnkosten - gekommen. Bis Ende 1978 hatten US-Firmen 100 Mio Dollar in neue Projekte in Nordirland investiert und beschäftigten 12% aller ArbeitnehmerInnen. Doch diese Politik, den Krieg gegen die IRA durch verbesserte wirtschaftliche Bedingungen zu gewinnen, hatte langfristig keinen Erfolg, weil sie an der diskriminierenden Einstellungspraxis, der Arbeitslosigkeit und der sozialen Misere in den Gettos nichts änderte.
Trotz allem und trotz des hoffnungsreichen Anfangs - Ende 1977 war die IRA an einem Tiefpunkt angelangt.
Sie begann nun, Schulungen durchzuführen, um ihre Leute auf die Verhöre in Castlereagh und andere Folterzentren vorzubereiten, da viele Gefangene zusammenbrachen und durch ihre Informationen an die Polizei die Struktur der IRA gefährdeten. Außerdem wurde jetzt verstärkt gegen Verräter in den eigenen Reihen vorgegangen. Gleichzeitig wurden die Mitglieder in Zellen mit höchstens vier Leuten aufgeteilt, die sich auf bestimmte Aufgabenbereiche spezialisierten. Nur jeweils eine Person jeder Zelle stand in Verbindung mit einer anderen Zelle.
Mit neuentwickelten Bomben begann die IRA dann im Dezember 1977 eine Kampagne, die sich vor allem gegen Hotels - und damit gegen den "normalisierten Tourismus" - richtete. Am 17. Februar 1978 jedoch beging die IRA einen entscheidenden Fehler, als sie nämlich ihre Bombenwarnung zu spät ausgab. Zwölf Menschen starben in dem Feuersturm, Dutzende wurden schwer verletzt. Die katholischen Gettos waren - zu Recht - entsetzt.
Schon bald jedoch waren die Provos wieder in der Offensive:
Am 27.August 1976 explodierte auf einem Schiff eine Bombe, die Lord Mountbatton (Cousin der Königin; verantwortlich für verschiedene Einsätze in den Kolonialkriegen) und Verwandte tötete. Wenige Stunden später tötete eine 500-Kilo (!!!) Bombe mehrere britische Soldaten. Die daraufhin ein-

treffende britische Verstärkung wurde von einer zweiten Bombe getötet - insgesamt 18 Mann. Die meisten dieser Soldaten gehörten demselben Fallschirmjäger-Regiment an, das fünf Jahre vorher beim "Bloody Sunday" in Derry ein Blutbad angerichtet hatte.

Der große Hungerstreik

Im Mai 1979 übernahm Margaret Thatcher die Macht. In Nordirland stieg durch ihre Politik in den katholischen Gettos die Arbeitslosigkeit auf 80% bei gleichzeitiger drastischer Kürzung staatlicher Maßnahmen. Die Republik Irland arbeitete jetzt mit den nordirischen Sicherheitskräften und Nachrichtendiensten zusammen.
Thatcher stockte die Zahl der RUC um weitere 1000 Mitglieder auf, so daß es davon 1980 etwa 31 500 gab.
Die IRA begann nun, gezielt Anschläge gegen das Gefängnispersonal durchzuführen.
Die Gefangenen selbst machten einige Streiks: sie weigerten sich, Anstaltsuniformen z u tragen, schließlich machten sie auch einen "Waschstreik".
Viele Gefangene standen im Herbst 1979 vor dem physischen und psychischen Zusammenbruch.
1979 wurde von draußen eine von einem breiten Bündnis getragene Kampagne für den politischen Status der Gefangenen durchgeführt.
Die Loyalisten reagierten mit einer Mordserie gegen führende Mitglieder dieses Bündnisses. Erst nachdem die IRA einige unionistische Politiker erschoß, wurde diese Kampagne eingestellt.

1980 verschärfte sich die Situation in den Gefängnissen.
Die Frauen in Armagh begannen im Februar 1980 den Waschstreik, nachdem die Wärter bei einer Durchsuchung der Zellen die wenigen Habseligkeiten zerstört und die Frauen verprügelt hatten. Sie weigerten sich außerdem, zu arbeiten und verloren dadurch das Recht auf Strafnachlaß.
Am 27.Oktober begannen sieben IRA-Gefangene einen Hungerstreik, den sie als letzte Möglichkeit sahen, die Zustände in den Gefängnissen zu verändern.
Im November schlossen sich drei Frauen im Armagh-Gefängnis dem unbefristeten Hungerstreik an, und ab Dezember 1980 verweigerten 30 weitere H-Blochk-Insassen die Nahrungsaufnahme. Nach Beratungen mit dem Kommandanten der IRA-Gefangenen, Bobby Sands, brachen die Gefangenen am 18.Dezember den Hungerstreik nach 53 Tagen ab.
Als jedoch klar war, daß die britische Regierung sie hintergangen hatte, wurde am 1.Mai 1981 ein zweiter Hungerstreik begonnen. Die Forderungen:
- das Recht, jederzeit die eigene Kleidung tragen zu dürfen
- keine Form von Zwangsarbeit
- das Recht der freien Zusammenkunft mit den anderen Gefangenen, sowie das Recht, Freizeit- und Bildungsprogramme selbst zu organisieren.



IRA-Mitglieder im „Banditenland" South Armagh

Bloody Sunday". Bürgerrechtler tragen einen erschossenen Demonstranten fort.

Nach dem „Bloody Sunday" stürmen in Dublin 30.000 Demonstranten die britische Botschaft

- das Recht auf einen Besuch, einen Brief und ein Paket pro Woche
- das Recht auf Strafnachlaß

Am 1.März trat Bobby Sands in den Hungerstreik. In Belfast demonstrierten daraufhin über 5000 Menschen. Am 15.März schloß sich Francis Hughes dem Hungerstreik an, und eine Woche Später folgten Raymond McCreesh und Patsy O'Hara. O'Hara war der Kommandant der INLA-Gefangenen in den H-Blocks.
Bobby Sands wurde von dem schon erwähnten Bündnis als Kandidat für die Unterhauswahlen aufgestellt. Am 9.April 1981 siegte Bobby.
Bobby Sands starb am 5.Mai 1981 nach 66 Tagen im Hungerstreik. Seine Beerdigung wurde zu einer massiven Demonstration der Solidarität mit den Hungerstreikenden. Über 100 000 Menschen begleiteten den Sarg von Bobby Sands' Elternhaus zum Friedhof in West-Belfast. (Auf die Bevölkerungszahl der BRD übertragen hieße das, daß über vier Millionen Menschen durch die Straßen Bonns marschiert wären!).
Am 12.Mai starb Francis Hughes. Am 19.Mai tötete die IRA fünf soldaten. Drei Tage nach dem Bombenanschlag starben Ray Mc Creesh und Patsy O'Hara am 61. Tag ihres Hungerstreiks.

Nachdem im Juli zwei weitere Hungerstreikende, Joe McDonnell und Martin Hurson, gestorben waren, kam es am 18.Juli zu einer Massendemonstration in Dublin. Nahezu 20 000 Menschen marschierten zur britischen Botschaft. Über hundert Menschen wurden bei Straßenschlachten mit der Polizei verletzt. Kevin Lynch war das 7.Opfer im Hungerstreik. Einen Tag später, am 2.August, starb Kieran Doherty, Abgeordneter des Dubliner Parlaments. Die Straßenschlachten, die sich während der ganzen Zeit in den katholischen Gettos abspielten, führten zu sieben Toten durch Gummigeschosse. Am 3.Oktober brachen die restlichen sechs Hungerstreikenden dann ihre Aktion ab. Bis auf die Abschaffung der Zwangsarbeit waren alle Forderungen der Gefangenen praktisch erfüllt.

Der Weg zum Anglo-Irischen Abkommen

Die Bereitschaft, für ihr Anliegen im Hungerstreik zu sterben, überzeugte große Teile der internationalen Öffentlichkeit davon, daß es sich bei den hungerstreikenden Gefangenen nicht um Kriminelle und Terroristen handelte, sondern um politische Gefangene. Die Bilder von den über 200 000 Men-

schen, die den Särgen folgten, von uniformierten IRA- und INLA-Männern, die - im Schutze der Trauergemeinde - mit Gewehrsalven ihren Kameraden die letzte Ehre erwiesen, von den Massenaufmärschen im Norden wie im Süden, den Belfaster Hausfrauen, die mit den Deckeln von Mülltonnen auf die Falls Road schlugen, um die Nachricht vom Tod eines Hungerstreikenden weiterzugeben, und die Wahl von Bobby Sands in das britische Unterhaus und zwei weiter IRA-Gefangener in das südirische Parlament - all das widersprach allzu offensichtlich der britischen Kriminalisierungs- und Terrorismuspropaganda. Dieser Hungerstreik war die schwerste Niederlage, die Thatcher in ihrer Amtszeit als Premierministerin einstecken mußte. Die Konfrontation wurde nun von der internationalen Öffentlichkeit nicht mehr als eine zwischen Protestanten und Katholiken mit London als wohlmeinendem, ehrlichem Mittler begriffen, sondern als Konfrontation zwischen dem britischen Establishment und antikolonialistischen irischen Rebellen.
Im Süden hatte der Hungerstreik schließlich den Sturz der Regierung bewirkt.
Der popularitätsgrad von Sinn Féin stieg rasant. Gerry Adams (Parteivorsitzender) gewann in West-Belfast sogar einen Unterhaussitz, den er aber bis heute nicht einnimmt. Bei den Kommunalwahlen im Mai 1 985 konnte die Partei 59 Sitze gewinnen. In zwei Städten übernahm Sinn Féin de n Ratsvorsitz. Seither werden die Sitzungen der kommunalen Parlamente in Nordirland von tumultartigen Szenen bestimmt. Bis 1986 nahm Sinn Féin die gewonnenen Sitze im britischen Unterhaus und in den Parlamenten in Belfast und Dublin nicht ein, da es sich bei diesen um Produkte der Teilung handelt. Erst in einem von London unabhängigen und gesamtirischen Parlament wollte Sinn Féin das Mandat wahrnehmen. Im Süden wurde dieses Prinzip inzwischen leider abgeschafft.
1986 brach Sinn Féin zum ersten Mal mit dem Katholizismus: Die

Unterstützungsaktion für den Decken-Streik.

Partei beteiligte sich aktiv an der Referendumskampagne für die Legalisierung der Ehescheidung und übernahm Positionen der Frauenbewegung zur Abtreibungsfrage.
Sinn Féin ist die einzige Partei, die Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele befürwortet.
Neben dem Aufstieg Sinn Féins war die militärische Kampagne der IRA der zweite Faktor, der im November 1985 im nordirischen Hillsborough zur Unterzeichnung des anglo-irischen Vertrags zwischen London und Dublin führte. Der konstitutionelle Status Nordirlands wurde bestätigt. Die südirische Regierung anerkannte damit, daß es ein vereinigtes Irland nie geben werde. Sie hat nur beratende Funktion und dient als Helfershelfer zur "Terrorismusbekämpfung".
Inzwischen ging es mit der Guerilla abwärts. Die republikanische Bewegung bestand nur noch aus den Provos, als die britische Regierung ihre militärische Offensive begann. Die IRSP und ihr militärischer Flügel, die INLA, waren ausschließlich damit beschäftigt, sich selbst zu liquidieren.
IRA und INLA sahen sich ausserdem mit vielen jungen Menschen konfrontiert, die bereit waren, den bewaffneten Kampf aufzunehmen. Während die IRA ihre vorsichtige Rekrutierungsstrategie fortsetzte, nahm die INLA alle auf und wäre dann fast an der britischen Kronzeugenstrategie zerbrochen.
1987 nahm die britische Regierung dann ihre "shoot-to-kill"-Politik wieder auf und erschoß eine Reihe meist unbewaffneter IRA-Mitgliede r. Über eine Woche lang setzten daraufhin aufgebrachte katholische Jugendliche LKW's und Busse in Brand und bewarfen die Sicherheitskräfte mit Steinen und Benzinbomben.
Bei einer Beerdigung von IRA-Mitgliedern am 16.März 1988 richtete dann ein Loyalist ein Blutbad unter den Anwesenden an - geschützt von der Polizei. Diese nahm den Vorfall daraufhin als Vorwand, in Zukunft alle Beerdigungen zu begleiten. Als zwei Tage später eines der Opfer beerdigt wurde, fuhr ein mit 2 zivil gekleideten Soldaten besetzter PKW in die Trauergemeinde. Die Leute überwältigten die Soldaten, die dann von der IRA erschossen wurden.
1988 verlor die britische Armee 21 Soldaten, das UDR 12 Soldaten, die RUC sechs Mitglieder.

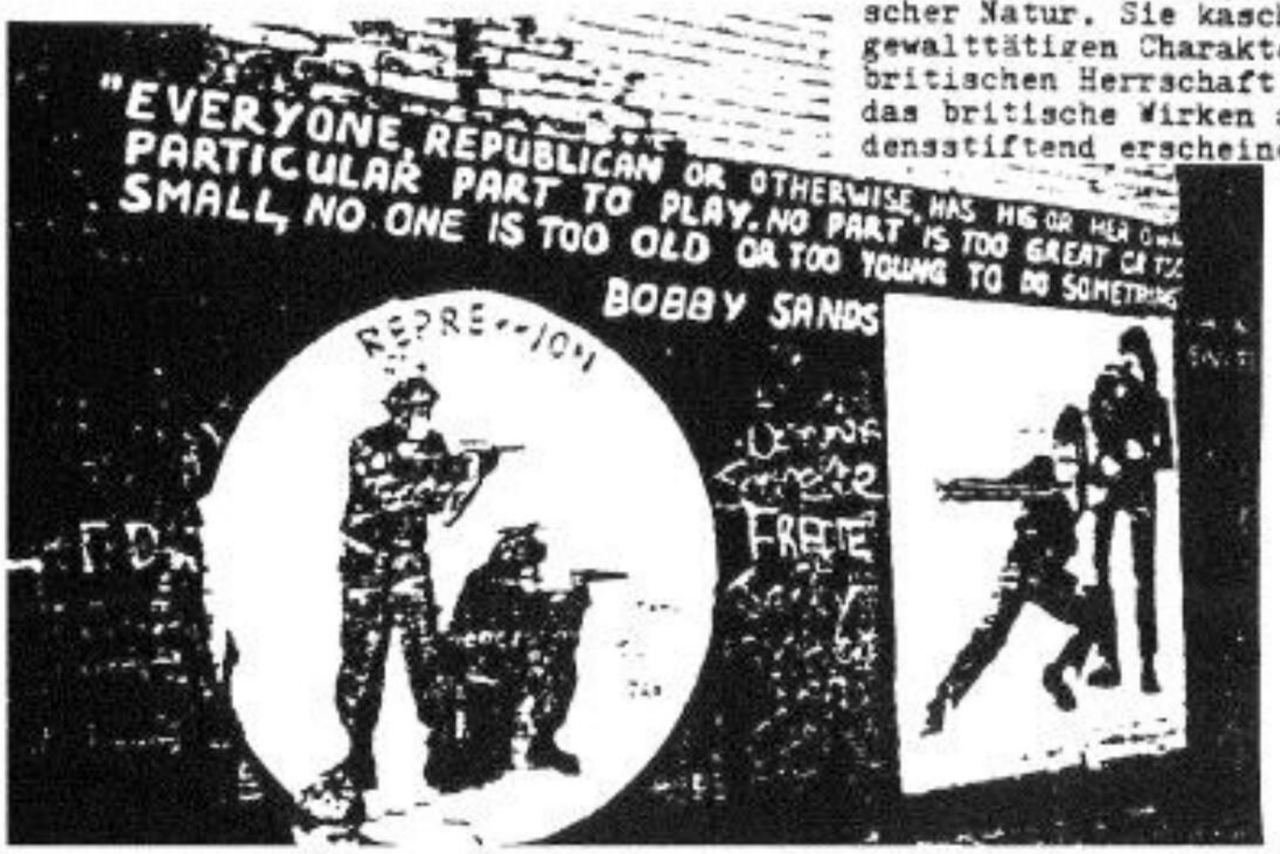
dauerhafte Lösung des Konflikts ist nur vorstellbar, wenn der künstliche Staat im Norden beseitigt wird und die innerirische Grenze fällt. Letztendlich ist ja auch die Dominanz der klerikalen Hierarchien ein Produkt von Teilung und imperialistischer Herrschaft.
Als unmittelbare Forderungen gelten deshalb:
1) Alle politischen Gefangenen sind freizulassen
2) Die nordirische Polizei RUC ist aus den katholischen Gebieten zurückzuziehen
3) Politischer und militärischer Rückzug Großbritanniens aus Nordirland.

Ein Krieg ohne Ende?

Seit 1969 gab es mehr als 2700 Tote in Nordirland. Oft wird behauptet, bei einem Rückzug britischer Truppen würden sich Katholiken und Protestanten gegenseitig abschlachten. Während auf Seiten der republikanischen Paramilitärs jedoch ohnehin keine Pläne existieren, in protestantische Gebiete einzumarschieren, widerspricht auch die Geschichte protestantischer Militanz der Annahme, die Protestanten würden nach einem britischen Rückzug zur Entscheidungsschlacht ausholen. Ihre Militanz war immer dann am größten, wenn sie das britische Establishment und seine Armee hinter sich wußten.
Die "Blutbadthese" ist also in erster Linie propagandistischer Natur. Sie kaschiert den gewalttätigen Charakter der britischen Herrschaft und läßt das britische Wirken als friedensstiftend erscheinen. Eine

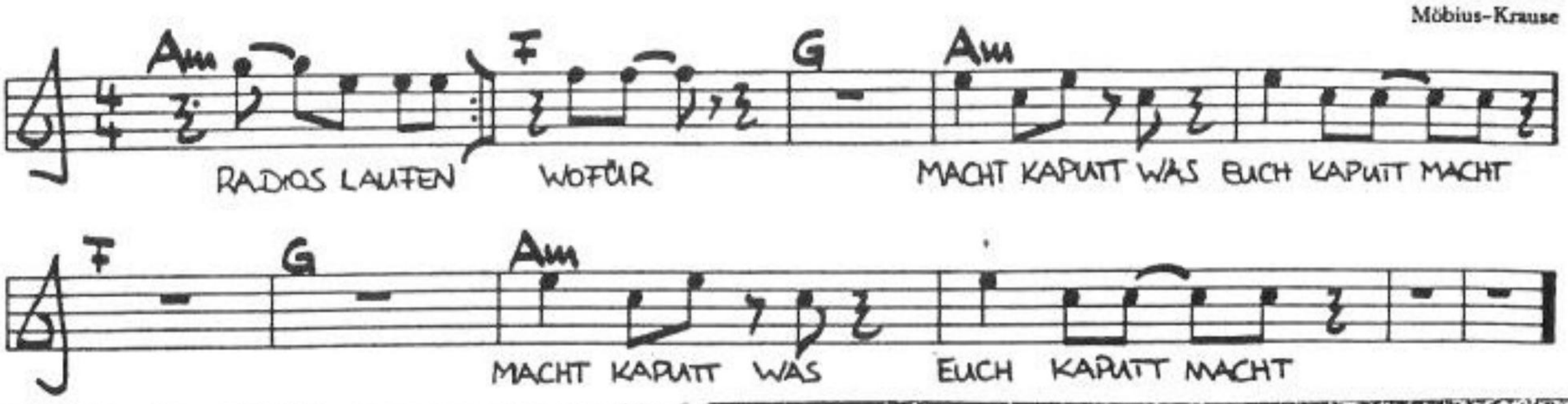
Ein anarchistisches Verhältnis zum irischen Befreiungskampf zu definieren, erweist sich als sehr kompliziert, da ich die Verhältnisse eben nur aus zweiter Hand kenne. Zunächst muß gesagt werden, daß auch in Nordirland jedeR selbst über die Art seiner/ihrer Widerstandsformen entscheidet, der bewaffnete Kampf also auch hier gleichberechtigt mit anderen antiimperialistischen Aktionen gesehen werden muß. Das Recht, auch bewaffnet gegen die dortige Unterdrückung vorzugehen, ist jedoch unbestritten. Wichtig dabei ist allein, zivile Opfer um jeden Preis zu vermeiden und die Aktionen als Ausdruck des Kampfes um eine menschlichere und damit freie Gesellschaft durchzuführen.
Ob die Aktionen der IRA dafür geeignet sind, muß jedeR für sich selbst wissen. Schwieriger noch ist eine inhaltliche Auseinandersetzung - v.a. mit der IRA. Ihre theoretischen Grundlagen scheinen mir doch als sehr dürftig und ein seltsames Durcheinander verschiedener Richtungen. Es muß aber der IRA - und mit ihr allen kämpfenden Linken in Irland - ein aufrichtiger Wille zur Befreiung des irischen Volkes zugestanden werden. Und solange dieser Wille erkennbar ist, ist auch eine anarchistische Solidarität möglich. Eine Wiedervereinigung Irlands und ein Rückzug der Briten wären erste Schritte zur endgültigen Befreiung der dort lebenden Menschen.

Quelle: Verlag die Werkstatt



MACHT KAPUTT
WAS EUCH KAPUTT MACHT

Musik + Text
Möbius-Krause



Radios laufen
Platten laufen
Filme laufen
TVs laufen
Reisen kaufen
Autos kaufen
Häuser kaufen
Möbel kaufen
Wofür?

Macht kaputt, was euch kaputt macht!

Züge rollen
Dollars rollen
Maschinen laufen
Menschen schuften
Fabriken bauen
Maschinen bauen
Motoren bauen
Kanonen bauen
Für wen?

Macht kaputt, was euch kaputt macht!

Bomber fliegen
Panzer rollen
Polizisten schlagen
Soldaten fallen
Die Aktien schützen
Die Chefs schützen
Das Recht schützen
Den Staat schützen
Vor uns!

Macht kaputt, was euch kaputt macht!

AnarchistInnen in Bayern scheinen's schwer zu haben. Allein am Problem der Organisierung scheitern viele. Da gab es in grauer Vorzeit die "Anarchistische Föderation Südbayern"(AFS). Auch in den letzten Jahren gab es diverse Ansätze, gemeinsam Politik zu machen. In München existierte eine Zeitlang eine Art anarchistisches Plenum von AAU (Anarchistische Arbeiter Union), "Weißen Autonomen", Projekt@ und diversen Einzelpersonen. Parallel dazu gab es die AKPF (anarchistische Kiffer/ Pogo-Front), eine Gruppe junger, gewaltfreier AnarchistInnen. Aus den verbliebenen Resten der AAU und anderen Gruppen bildete sich dann die M.a.F.i.A. (Münchner anarchistische Fraktion innerhalb der Autonomen), die anfangs vielversprechende Hoffnungen weckte, sich aber in einigen jämmerlichen Auseinandersetzungen selbst zerfleischte. Seitdem ist wieder Totenstille. Einige haben sich frustriert zurückgezogen, andere wurden zu Einzelkämpfern oder versuchten, ihre Arbeit bei Autonomen fortzusetzen, teilweise sogar bei Organisationen wie der "Volksfront" oder dem BWK (Bund westdeutscher Kommunisten).
Was war los?
Zum einen mußten Projekte wie die AFS oder das Anarchistische Plenum scheitern. Vor allem bei der AFS wird deutlich, wie sinnlos es ist, eine zentrale Organisation zu schaffen, wenn keine organisierte Basis vorhanden ist. Ähnliches zeigte sich auch beim Anarchistischen Plenum.
Die AKPF hielt sich sehr auf Distanz und produzierte eine seltsame Mischung aus Anarchismus, Hippie-Bewegung, Okkultismus und bürgerlichem Pazifismus ("Gewalt ist Gewalt- ob nun vom Staat oder von uns" und ähnlichen Schwachsinn).
Bei Gruppen wie der AAU war ich allerdings sehr erstaunt, als ich die Mitglieder das erste Mal sah. Mit ArbeiterInnen hatte das ja nun sehr wenig zu tun, schon gar nicht mit dem gesellschaftlich relevanten Arbeiter-Innen-Potential(Stichwort:"Reservearmee")
Spätestens bei der M.a.F.i.A. aber zeigten sich einige Probleme von ihrer krassesten Seite:
a) FUN: Spaß haben, Aktionen, Politik und Gruppen, wo jedeR gerne mitmacht, weil's geil ist. Ein Element, das teilweise ("Freizeit 81") vorhanden war, aber anscheinend verlorengegangen ist. Wenn ich im Sozialamt eine Riesenfete veranstalte, ist das FUN. Ich kann's natürlich auch in die Luft jagen, habe dann aber wohl einen anderen Effekt bei den Betroffenen erreicht, vor allem bei den SozialhilfeempfängerInnen ("Holzhammermethode"). Politik machen heißt nicht nur, über Flugis zu diskutieren, bis der Kopf raucht. Politik heißt auch mal gemeinsam ins Kino gehn, Baden fahrn...
b) Politische Gruppen haben heute anscheinend ihren Zweck erfüllt, wenn sie sich einmal die Woche treffen, über die aktuelle Situation diskutieren und sich dann die nächste Woche wieder treffen, wieder diskutieren, bla,bla usw.etc...
Und dazwischen?
c) Von Anarchie scheinen die wenigsten konkrete Vorstellungen zu haben. Wenn's kracht, ist es aber zu spät, sich zu überlegen, warum man/frau das alles überhaupt macht.
d) Verhältnis zu anderen Gruppen: Anarchistische Vorstellungen decken sich nur teilweise mit autonomen (soweit vorhanden). Wir lassen uns nur allzuleicht von anderen Gruppierungen bestimmen, und manchmal habe ich den Eindruck, wir haben unsere eigene Identität verloren. Wir sind Anarchistinnen und Anarchisten und sonst gar nix!
e)Unser Verhältnis zur "Außenwelt": Größtenteils nicht vorhanden. Entweder teilen wir uns gemeinsam mit diversen Autonomen ein Ghetto, oder wir bauen unser eigenes. Bei vielen Diskussionen (z.B. Selbstverwaltung) zeigten sich ernsthafte Schwierigkeiten. Wer außer Gymnasium/Studium/kurzzeitigem, isoliertem Jobben noch nie was anderes gesehen hat, wer seine Kohle immer nur von Staat oder Eltern einstreicht, hat Schwierigkeiten, über (bzw. mit) dem "revolutionären (Lumpen-) Proletariat" (sprich:ganz normalen Menschen) zu reden. Nach längerer Arbeitszeit in diversen Betrieben mußte ich z.B. feststellen, daß uns diese Leute eine ganze Menge beizubringen haben (nicht umgekehrt!). Auch das Verhältnis zur Natur scheint mir bei einigen Leuten mehr als gestört.

ANARCHIE - JETZT ODER NIE!

SCHWARZER MORGEN 89

BOYKOTTIERT:

Carmel-Avokado, JAFFA-Orangen, Honigmelonen, Grapefruit, Hitchcock-Säfte ... (und nennt den Händlern eure Gründe)

Boykott israelischer Waren hat in der BRD eine besondere politische Brisanz. Von Anfang an wurde von den Herrschenden und ihren Medien mit dem Vorwurf des Antisemitismus versucht, bereits die Thematisierung der israelischen Besatzungspolitik zu tabuisieren. Sämtliche Regierungen der BRD haben die Verbrechen des israelischen Staates an dem palästinensischen Volk gedeckt mit dem Hinweis auf die Verbrechen des NS-Faschismus an den Juden. Unser Aufruf richtet sich nicht gegen die jüdische Bevölkerung, sondern gegen die Politik des Staates Israel. In einem internationalen Aufruf haben Juden dazu erklärt: „*... das historische Leiden der Juden, insbesondere die Ermordung von sechs Millionen Juden durch die Nazis muß für die Rechtfertigung der Existenz Israels und seines Verhaltens herhalten. Israel präsentiert sich weiterhin selbst als Staat, der im Namen des jüdischen Volkes auf internationaler Ebene handelt.*"

Wir schließen uns dem Aufruf israelischer Staatsbürger, die in Großbritannien leben, an:

„Wir, israelische Staatsangehörige, die gegen die Unterdrückung des palästinensischen Volkes protestieren, erklären hiermit: ... die israelische Politik, die politischen Rechte der Palästinenser zu leugnen und abzulehnen in dem Land, wo sie geboren wurden und viele Generationen gelebt haben, ist die Hauptursache aller Brutalitäten der israelischen Armee gegen unbewaffnete palästinensische Zivilisten ...
Wir rufen alle Juden überall auf, öffentlich und offen ihre Ablehnung der israelischen Herrschaft über eineinhalb Millionen Palästinenser ebenso wie Rabin's 'neuer Politik' des Schlagens und Knochenbrechens gegen palästinensische Demonstranten zu bekunden. Diejenigen, die sich weigern, das zu tun, teilen die Verantwortung für diese krass unmoralische und verbrecherische Politik ...
Der einzige Weg, Israel dazu zu zwingen, seine Politik zu ändern, besteht darin, denen, die die politischen Rechte der Palästinenser in Palästina ablehnen, jede wirtschaftliche Unterstützung zu entziehen. Israel hängt voll und ganz von der ökonomischen Unterstützung aus dem Ausland ab ..."

Zeigen wir der israelischen Regierung, daß ihre Politik der „Eisernen Faust", der Vertreibung, des Knochen-brechens nicht hingenommen wird, daß sich überall in der Welt dagegen Widerstand entwickelt und Solidarität mit dem Palästinensischen Volk!

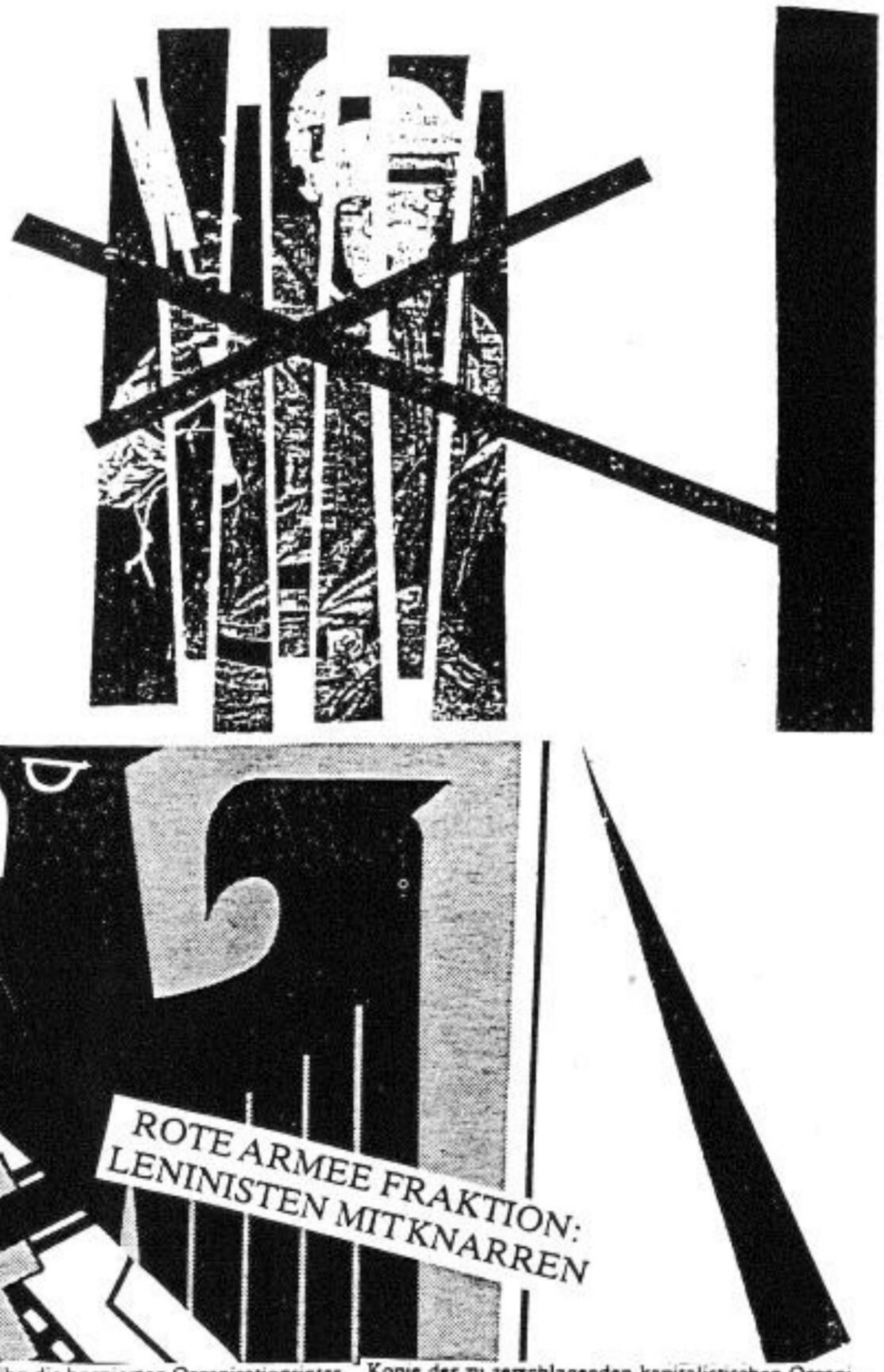
Anti-"USK"-Kampagne Teil 1

Die "USK'ler haben sich in letzter Zeit besonders gegen AntifaschistINNEN brutal hervorgetan, dem werden wir jetzt eine "Erkennungsjagd"entgegensetzen !

Dazu brauchen wir:
Namen, Adressen, Stationierungsorte, Einsatzgebiete und privates (Treffs) von den "Helden".

11
12
13
14
15/16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31

ANARCHISMUS +RAF



Eines der Kennzeichen der Erstarrung und Isolierung der ehemals antiautoritären Bewegung in eine Vielzahl von dogmatischen und sich selbst genügenden *Sekten* war und ist der radikale Abbruch jeglicher solidarischer Diskussion im Rahmen der gesamten linken Bewegung.

In dem Maße, wie die Diskussionen über andere Gruppen lediglich in ihrer Funktion als Hervorhebung der eigenen Wichtigkeit, als Denunziation einer Abweichung vom eigenen, sorgsam gehüteten, einzig richtigen revolutionären Weg nur noch benutzt wurden, entlarvten sich die diversen politischen Sekten als schlichte Geschäfts- und Werbeagenturen in Sachen *richtiger Linie*!

Es hat schon immer in der revolutionären Bewegung Abspaltungen und Fraktionen gegeben; solche Spaltungen waren niemals Grund zum Lamentieren, sofern sie ein Ausdruck dafür waren, daß die Revolutionäre sich über ihre tatsächlichen Interessen, Aufgaben und Bedürfnisse Klarheit verschaffen wollten. In solchen Fällen verstärken Spaltungen und Fraktionen den praktischen Diskussionsprozeß um die Klarheit der notwendigen und möglichen Aufgaben.

Entscheidend ist jedoch, daß die verschiedenen Fraktionen ihre Praxis auf die tatsächliche Entwicklung der Gesellschaft beziehen, so wie sie sich vor ihren Augen abspielt und nicht, wie sie sich in ihren Köpfen ausmalen läßt.

Weiter ist entscheidend, daß ein gemeinsamer solidarischer Diskussionsprozeß überhaupt ermöglicht wird, daß hinter ihn die bornierten Organisationsinteressen der jeweiligen Fraktionen zurücktreten. Ein so verstandener *Diskussionszusammenhang aller revolutionären Gruppen* trägt dazu bei, die richtigen und notwendigen Momente der heutigen Fraktionen schärfer herauszustellen und zu verdeutlichen. Aber nicht mit dem Ziel, diese Fraktionen zu konservieren und zu verewigen, sondern sie im Prozeß der Kämpfe selbst aufzuheben.

Es kann heute nicht mehr darum gehen, daß die verschiedenen revolutionären Fraktionen sich gegenseitig bekämpfen und befehden, ihre eigene Organisation mehr und mehr aufblähen, um dann mit einer großen Organisation *richtige Kämpfe* führen zu können. Die Geschichte der Arbeiterbewegung hat solche mechanistischen Organisationstheorien mehr als einmal gründlich widerlegt. Für wen die Geschichte der Klassenkämpfe nicht bloß ein buntes Kostüm ist, in das man problemlos hineinschlüpfen kann, dem zeigt die Geschichte, wie unter den spezifischen historischen Bedingungen in den Kämpfen die adäquaten Kampforganisationen entstehen, sich weiter mit den Kämpfen entfalten.

Traditionelle Organisationen

Hervorragendes Merkmal solcher Organisationen war, daß sie zugleich Kampforganisationen waren und Momente des sozialen Zusammenlebens, wie es in der neuen, zu erkämpfenden Gesellschaft entwickelt wird, enthielten. Gerade diesen *Doppelcharakter der Klassenkampforganisationen* haben die sozialdemokratischen und bolschewistischen Parteiorganisationen nie verwirklichen können, weil sie lediglich eine schlechte Kopie der zu zerschlagenden kapitalistischen Organisationsstruktur waren (und heute sind!). Für sie soll nicht die kämpfende Klasse stark werden, sondern die Organisation.

Hält man diese Lehre aus der Geschichte der Arbeiterbewegung für richtig, hat man also erkannt, daß die *Dialektik von Kampf und Organisation* die bornierte Mechanik der Parteiaufbauer praktisch immer widerlegt hat, dann entlarven sich die heutigen *Probleme* der leninistischen Parteianhänger als Scheinprobleme. Die aussichtslosen Versuche, die *Organisation des Proletariats aufbauen* zu wollen, sind lediglich Anzeichen dafür, wie wenig solche Parteiaufbauer *im Proletariat* verwurzelt sind, wie wenig sie ihre praktischen Anstrengungen auf die wirklichen Bedürfnisse und Interessen, auf die tatsächlichen Bewegungen des Proletariats richten.

Sie können es auch nicht, auch wenn sie es wollten! Denn ihr mechanistisches Organisationsverständnis, ihre Fixierung auf die bolschewistische Form der Avantgardeorganisation und die dadurch bedingten Kampfformen, verstellt ihnen ja die Möglichkeit, die verschiedenen Ausdrucksformen der heutigen Klassenkämpfe zu erkennen und zu verarbeiten.

Klassenkampf

Sowohl durch ihre Fixierung ans Industrieproletariat als auch durch ihre historisch überholte formale Trennung zwischen *ökonomischen und politischen Kämpfen* sind die Parteistrategen auf die Veriaufsgeschichte der bürgerlich-jakobinischen Revolution fixiert, die sie in der Wirklichkeit der heutigen Kämpfe versuchen zu entdecken (natürlich erfolglos!) bzw. vorzubereiten

Anarchismus-Vorwurf

Die antiautoritäre Bewegung als anarchistisch abzutun, die Internationale des antiimperialistischen Kampfes als Internationale des Anarchismus – damit verfolgt das System bereits nur denunziatorische Zwecke – wo Dogmatiker so argumentieren, ziehen sie ihre Schlüsse nicht aus der Analyse des Systems und seiner Entfaltungsprozesse, sondern aus der chemischen Analyse von Sprengstoff – aus historischer Analogiebildung aufgrund von nichts als Äußerlichkeiten – prototypisch: Harich.

Weder die tatsächlichen sozio-ökonomischen Voraussetzungen noch der Begriff vom Staat der alten Anarchisten – von Blanqui bis Kropotkin – (die Machno-Bewegung und der spanische Anarcho-Syndikalismus sind sowieso nicht gemeint von den Denunziatoren) haben das geringste mit den objektiven Bedingungen und den subjektiven Inhalten von antiautoritärer Bewegung und RAF zu tun. Die Genossen, die sich selbst Anarchisten nennen, auch nicht. Sie sind ganz klar Antiimperialisten – randvoller Mißtrauen gegen alle „Marxisten", die sie besserwissensch aufgrund von nichts als bürgerlichem Bildungsvorsprung subordinieren wollen. Durch antiautoritären Habitus halten sie sich falsche Bevormundung vom Hals.

Der alte Anarchismus-Begriff ist nicht mehr zu gebrauchen – nicht in der Form, wie ihn Marx, Engels, Lenin, Rosa Luxemburg aus der Sozialdemokratie rausgeteufelt haben – zu recht. Nicht in der Form, wie Blanqui, Bakunin, Most, Kropotkin ihn entwikkelt haben – unreife Ideen in einer unreifen Situation.

Die legale Linke verhält sich völlig kritiklos sich selbst gegenüber, wenn sie ihr bißchen Massenbasis gegen die Massenbasis des antiimperialistischen Kampfes ausspielt. So kommt überhaupt niemand weiter. Mit dem Anarchismusbegriff will man uns eine Diskussion aufzwingen, mit der von den Problemen, die wir heute dringend zu lösen haben, abgelenkt wird.

Ob der Herrschaftsbegriff der alten Anarchisten ein Vorgriff war auf die erst durch die Entfaltung des Imperialismus entfaltete Herrschaft des Kapitals über den Menschen – ihr Arbeitsbegriff also ein Vorgriff gewesen wäre auf den Freiheitsbegriff des antiimperialistischen Kampfes – man müßte das untersuchen – es kann sein.

(noch erfolgloser!). So bleibt ihnen nur noch, monoton die Gebetsmühlen aus dem Arsenal der alten Arbeiterbewegung zu drehen, etwas von *Avantgarde, die führen muß*, vom *Volk, dem zu dienen ist*, vom *heldenhaften Kampf, der zu unterstützen ist*, und von der *heiligen Dreifaltigkeit* Stalin-Thälmann und Genosse Piefke zu brabbeln, bis sie von den Kämpfern der neuen Arbeiterbewegung dorthin versetzt werden, wohin sie gehören: ins Museum für historische Altertümer.

Was hat das nun alles mit der RAF zu tun?

Nun, in ihrer Broschüre *Die Lücken der revolutionären Theorie schließen – Die rote Armee aufbauen!* erweist sich die RAF als eine Ansammlung von *Superleninisten*, die sich von den diversen Parteileninisten nur dadurch unterscheiden, daß sie statt Parteibücher Knarren in den Händen halten.

Leninisten mit Knarren, nichts weiter! Ansonsten wiederholen sie mit simpler Naivität all die Phrasen, mit denen die heutigen Leninisten zum Ausdruck bringen, daß sie von gestern sind, daß sie von der heutigen Wirklichkeit, den verschiedenen Formen und Inhalten der Auseinandersetzungen in allen gesellschaftlichen Bereichen *gar nichts*, von der Geschichte der Arbeiterbewegung jedoch nur die parteidogmatischen Entstellungen begriffen haben.

Alle dogmatischen Fehler, die bei den Neoleninisten so hoch im Kurs stehen, wärmt die RAF-Broschüre auf, lediglich in Kurzfassung: Parteileninismus im Schnellverfahren.

So sieht's dann aus: Zunächst einmal muß eine Theorie erarbeitet werden. *Theorie* ist für den Leninisten, also auch für die RAF, etwas, was durch das Aneinanderreihen verschiedener, aus dem historischen Zusammmenhang gelöster Klassikerzitate und einiger oberflächlicher Reflexionen über die heutige Zeit zusammengeflickt werden kann. Mit einer solchen Theorie und einer Knarre bewaffnet, kann man dann die *richtige* Praxis machen. Was Marx, Engels, Lenin, Luxemburg und Mao unter jeweils konkreten historischen Bedingungen einmal gesagt haben, wird auf ein, zwei Sätze zusammengestrichen und als Handlungsanleitung für heute mißverstanden.

Dieser mechanische Dualismus von der abstrakten Theorie, die die Wahrheiten entdeckt, und der konkreten Praxis, die dann die Wahrheiten umsetzt, etwas tut, durchzieht die ganze RAF-Zitatensammlung. Auch durch das ab und zu geäußerte Bekenntnis zur *Dialektik von Theorie und Praxis* läßt er sich nicht vertuschen. Mit dem im Titel der Broschüre auf den Begriff gebrachten Anspruch, *Die Lücken der revolutionären Theorie schließen – Die Rote Armee aufbauen!* entlarvt sich die Broschüre als das, was sie tatsächlich bloß sein kann: ein eklektizistischer Versuch, eine begonnene Praxis im nachhinein *theoretisch* (und das heißt hier lediglich unter Benutzung ausgewählter Zitate alter Klassiker) zu legitimieren.

Die RAF-Broschüre hat es also nicht geleistet, das Konzept RAF aus den tatsächlichen Bedingungen der heutigen Gesellschaft, aus den Kräfteverhältnissen und den Beziehungen der Klassen und Schichten untereinander und aus der daraus absehbaren Bewegung heraus abzuleiten, sondern sie versucht lediglich, die bisher gemachte Praxis *theoretisch* zu rechtfertigen, ihr einen Platz in der revolutionären Ahnengalerie zu sichern. *Theorie verkommt bei der RAF, wie bei allen heutigen Leninisten, zur bloßen Rechtfertigungsideologie.* Als Opfer und Teil des dogmatischen Sumpfes, in dem die linke Bewegung inzwischen gelandet ist, konnte auch sie keinen Schritt tun, ohne ihn mit Marx-, Lenin- und Maozitaten zu rechtfertigen.

Theorie – Praxis

Diesem leninistischen mechanischen Theorie-Praxis-Verständnis, typisch für die Leninisten mit und ohne Knarre, entsprechen konsequenterweise all die Dogmen, die die heutigen und künftigen *Führer & Funktionäre* der Avantgardesekten den in ihren Dunstkreis geratenen Leuten permanent vorbeten, um sich selbst, also die *Notwendigkeit von Führern & Funktionären*, zu rechtfertigen. So wird also dann auch in der RAF-Broschüre aufgewärmt:

- die Arbeiter können aus ihrer Situation und Lage heraus nur ein *trade-unionistisches Bewußtsein* entwickeln;
- von außen muß in die Arbeiter das *politische Bewußtsein* hineingetragen werden;
- eine *selbständige Arbeiterbewegung* kann es nicht geben; vielmehr sei es Aufgabe der Partei, den von ihr gepachteten und weiterentwickelten *wissenschaftlichen Sozialismus* mit der Arbeiterbewegung zu verschmelzen;
- die Massen sind erst nach der Revolution in der Lage, ihre Situation zu erkennen und den *Marxismus-Leninismus* zu begreifen.

All das steht in der RAF-Broschüre. Was die bürgerliche Lumpenpresse genüßlich als *Anarchismus* verkauft, was in den geifernden Kommentaren von M. Walden bis zu Ch. Guggomos zu einer wahren Inflation an anarchistischen Assoziationen führt, entpuppt sich als waschechter Neoleninismus – als Rechtfertigungsideologie *wild gewordener Leninisten*, denen selbst ein Parteiaufbau zu langwierig und umständlich war, so daß sie lieber *gleich mal richtig* losschlugen.

Daß einige Genossen aus dem nichtparteilichen Lager in der RAF „ihre" Theorie sehen, sie als „anarchistisch" begreifen, spricht weder für die RAF noch für diese Genossen. Wenn eine Genossin in einer Diskussion einmal sagte: „Was brauchen wir noch eine Schulung? Lest die RAF-Broschüre, da steht alles drin." – so zeigt das nur, wie notwendig eine politische, solidarische Kritik an der RAF ist.

Diesen „Leninismus mit Knarre" drückt z. B. die FIZZ in Nr. 9 beispielhaft aus. Im Bericht über Kunzelmann heißt es: „Hoch lebe die RAF, damit die wissen, die die Sache der Herrschenden vertreten, daß auch die Sache der Unterdrückten vertreten wird."

Revolutionsverständnis der RAF bzw. des Marxismus

Das Revolutionsverständnis der RAF ist von der marxistischen Revolutionsvorstellung geprägt. Revolution ist demnach der „autoritärste Akt" („Haben Sie einmal eine Revolution gesehen, meine Herren? Eine Revolution ist gewiß die autoritärste Sache, die es gibt." – Friedrich Engels), verbunden mit den blutigen Wehen einer neuen Gesellschaft (Marx). Revolution bedeutet in diesen Kategorien: Die Machtfrage stellen, sie zugunsten der „proletarischen Revolution", der Diktatur des Proletariats lösen. Die Revolution wird als eine unentbehrliche Katastrophe (Volks*krieg*, Klassen*krieg*) gesehen, die sich aufgrund der ökonomischen Widersprüche „naturnotwendig" ereignen wird. Erst durch die Revolution wird der Arbeiter, das Volk befreit werden („Freiheit durch bewaffneten antiimperialistischen Kampf", RAF), erst die Revolution ermöglicht ein menschenwürdigeres Leben.

Die marxistische Revolutionsvorstellung und die der RAF sind mit allen bürgerlichen Untugenden behaftet: Die Revolution hat – diesem Verständnis entsprechend – nicht die Aufgabe, eine Auflösung der Macht herbeizuführen, sondern die Revolution dient der Machtsicherung (*Alle Macht dem Volk durch Eroberung der Gewalt* – RAF-Spruch); die Revolution wird nicht gemacht, um die Herrschaft des Menschen über den Menschen zu beseitigen, sondern um die Herrschaft des Proletariats über die Bourgeoisie (oder RAF entsprechend: Herrschaft des Volkes über die Imperialisten) zu erlangen. Die Revolution hat nicht zum Ziel, die Möglichkeit der Freiheit *aller* Menschen zu garantieren, sie hat im Gegenteil die Aufgabe, die Freiheit des Proletariats (des Volkes) zugunsten der Unterdrückung aller reaktionären-liberalen-sozialdemokratischen-revisionistischen-konterrevolutionären Kräfte zu sichern. Diesem Revolutionsverständnis gemäß bemächtigen sich die ehemals Unterdrückten (Proletariat/Volk) aller Instanzen, Zentren und „Schaltstellen" der Macht ihrer früheren Herren (der Bourgeoisie, der Imperialisten). Was hier lediglich geschieht, ist ein Machtwechsel, Personalaustausch; an der Hierarchie der Unterdrückung ändert sich nichts. Der einzige Unterschied besteht in den anderen Befehlshabern.

Marx schreibt z. B. in den *Randglossen*: „Die Revolution überhaupt – der Umsturz der bestehenden Gewalt und die Auflösung der alten Verhältnisse – ist ein politischer Akt. Ohne Revolution kann sich aber der Sozialismus nicht ausführen. Er bedarf dieses politischen Aktes, soweit er der Zerstörung und der Auflösung bedarf."

Politik, politische Verhältnisse sind für Marx Ausdruck und Auswirkung der Klassenherrschaft. Unklar ist daran: Wenn also „politische Revolution" den bürgerlichen Klassenstaat zerschlagen soll, wie soll dann diese „politische Revolution" zur Konstituierung, zum Aufbau einer neuen Gesellschaft – des Sozialismus – fähig sein, wo sie doch eigentlich Ausdruck der bür-

gerlichen Gesellschaft und demnach auch mit allen Untugenden und Verbrechen behaftet ist?

Wir könnten noch unzählige Zitate herbeischaffen, aber sie alle würden kaum in der Lage sein, etwas anderes darzustellen als die für Marx typische negative, auflösende Funktion der Revolution. Die Revolution ist bei Marx der letzte politische Akt und ähnlich sieht es die RAF: Die Weltrevolution findet im globalen Volkskrieg ihren abschließenden, Macht und Gewalt erobernden Schlußpunkt; die RAF belastet ihr militärpolitisches Gehirn nicht mit der Frage, wie die Gesellschaft, wie die Welt nach diesem Inferno an bewaffneten Kämpfen aussehen könnte, wie die Menschen sich auf den von der Weltrevolution zurückgelassenen Schlachtfeldern einrichten werden.

Vielleicht ist es bezeichnend: Marx schrieb das *Kapital* und nicht die *Revolution*; die RAF spricht von Emanzipation und Befreiungskampf – die Kampf- und Denkformenn lassen allerdings auf alles andere als auf Emanzipation und Befreiung schließen.

Neue Arbeits- und Lebensformen unter kapitalistischen Bedingungen

Vereinzelt erscheinen in den RAF-Texten Hinweise auf die notwendigen Basisaktivitäten, auf den unbedingt erforderlichen Zusammenhang von militärischen Aktionen und der Arbeit in den Stadtteilen. Diese sehr spärlichen Andeutungen werden jedoch von den RAF-Theoretikern nicht weiter durchdacht. Das ist, ihrer Strategie entsprechend, Aufgabe der Genossen, die „legal" arbeiten. Diese Genossen haben auch die Aufgabe, die Aktivitäten der RAF dem Volk verständlich zu machen und auf den politischen Hintergrund hinzuweisen.

Wir sind der Ansicht, daß die mangelnde Bereitschaft der RAF, sich ausführlicher über Stadtteilarbeit, Betriebsarbeit usw. zu äußern, nicht nur eine Laune ist, sondern, entsprechend ihren politischen Vorstellungen, überhaupt nicht anders sein kann. Ohne auf das Problem Avantgarde – Masse einzugehen, läßt sich sagen, daß nach der RAF-Konzeption das Volk, die Masse, das Proletariat deshalb *geführt* werden muß, weil es nicht nur einem total repressiven „Kulturfaschismus" ausgeliefert ist, sondern auch, weil den Massen *exemplarische* Lehrstücke gezeigt werden müssen. Die Massen, das Volk sind *Objekte*, die, instrumentalisiert, auf den „proletarischen-internationalistischen" Weltrevolutionskurs gebracht werden sollen.

Wer nun *so* sein Verhältnis zum Volk bestimmt, wird kaum ins Volk gehen können, wird unfähig sein, anderen Aktivitäten als denen des illegalen, bewaffneten Kampfes Vorrang zu geben, reduziert die Aktivitäten auf: *Vernichten des* ..... (Zutreffendes einsetzen)

Die ausschließlich negativen, zerstörenden Handlungsvorstellungen sind natürlich blind gegenüber bereits praktizierten neuen Formen. Wer aus theoretischen Überlegungen die Chancen negiert, innerhalb des Kapitalismus *aktiv* antikapitalistische Praxis zu betreiben, entmündigt damit alle Adressaten seiner Politbotschaft. Da alle Vorbereitungen für die große Klassenschlacht getroffen werden, ist die RAF nicht in der Lage, die in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen begonnenen Kämpfe gegen das herrschende System zu reflektieren. Die Negation der bestehenden Gesellschaft führt zu nichts anderem als zu deren Fortbestand, wenn nicht wesentlich radikaler alle sich gegen die heutige normierende Zwangsgesellschaft ankämpfenden Gruppen und Individuen gesehen und unterstützt werden.

Unbekannt scheinen der RAF Bürgerinitiativen, Basiskomitees, Freie Schulen, Selbsthilfeaktionen in unzähligen Bereichen, Produktionsgenossenschaften, Kommunen – eine Vielzahl an Modellen und Formen der Gegengesellschaft. Als politische Marxisten werden sie hinter all diesen Ansätzen revisionistische, utopische, sozialdemokratische Gedanken erblicken, die es nicht wert sind, als revolutionär, als systemsprengend in ihren Ansätzen akzeptiert zu werden.

Diese Ignoranz gegenüber Versuchen einer Vorwegnahme des Sozialismus unter heutigen Bedingungen gehört zu einer der unzähligen Fehleinschätzungen des Marxismus. Gekoppelt mit dem Revolutionsverständnis ist diese Art der Ignoranz und der Bekämpfung aller Befreiungsversuche in der Geschichte des Marxismus tragisch (für einen Teil der alten Arbeiterbewegung) und heute auf keinen Fall systemsprengend.

In der Geschichte der Arbeiterbewegungen und hier insbesondere in der Geschichte der Genossenschaftsbewegungen läßt sich die ambivalente Haltung von Marx und Co gut illustrieren. Im *Kommunistischen Manifest* werden die Genossenschaften als „kleine, natürlich fehlgeschlagene Experimente" bezeichnet. Einige Jahre später, im *Achtzehnten Brumaire*, wirft

Marx dem französischen Proletariat vor, es habe sich auf „doktrinäre Experimente, Tauschbanken und Arbeiterassoziationen" versteift. Dann, 1864, kommt er in der *Inauguraladresse der internationalen Arbeiterassoziation* zu der gegensätzlichen Einschätzung: „Wir sprechen von der *Kooperativbewegung*, namentlich den Kooperativfabriken, diesem Werk weniger kühnen 'Hände'. ... Durch die Tat, statt durch Argumente, bewiesen sie, daß Produktion auf großer Stufenleiter und im Einklang mit dem Fortschritt moderner Wissenschaft vorgehen kann... (und) *Lohnarbeit* nur eine vorübergehende und untergeordnete gesellschaftliche Form ist, bestimmt zu verschwinden vor der *assoziierten Arbeit*..." Später wiederum schreibt Marx an Engels (1866) über die genossenschaftlichen Tendenzen: „Proudhonisierter Stirnerianismus. Alles aufzulösen, kleine 'communes', die wieder einen 'Verein' bilden, aber keinen Staat."

Zum Schluß wollen wir noch auf die Pariser Kommune und die Einschätzung von Marx eingehen. Er sah in der Kommune die „endlich entdeckte politische Form". Die Kommune wollte „das individuelle Eigentum zu einer Wahrheit machen, indem sie die Produktionsmittel, den Erdboden, das Kapital in bloße Werkzeuge der freien und assoziierten Arbeit verwandelt", d. h. nichts anderes als in Produktivgenossenschaften assoziierte Arbeit! Und unter dem Eindruck der tagespolitischen Begeisterung, angesteckt vom Jubel über die Kommune, schreibt Marx: „Wenn die genossenschaftliche Produktion nicht eitel Schein und Schwindel bleiben, wenn sie das kapitalistische System verdrängen, wenn die Gesamtheit der Genossenschaften die nationale Produktion nach einem gemeinsamen Plan regeln, ... was wäre das anderes, meine Herren, als der Kommunismus, der 'mögliche' Kommunismus?"

Wir haben hier einige Überlegungen von Marx deshalb ausführlicher zitiert, weil wir darlegen wollten, wie sehr der *Politiker* Marx sich in seinen tagespolitischen Polemiken und Einschätzungen von seinen theoretischen Grundsätzen löste; wie sehr sein Kampf gegen die „utopischen" Sozialisten, gegen Proudhon im besonderen, mehr als widersprüchlich war. Die Überlegungen von Proudhon zu einem dezentralisierten Gemeinwesen, zum Föderalismus und zur assoziierten Arbeit wurden von Marx angegriffen und als Phantastereien denunziert.

In dem Verhältnis der RAF-Genossen zu anderen politischen Aktivitäten sehen wir eine Fortsetzung dieser marxistischen Tradition überdeutlich bis in die heutige Zeit hinein.

Alle Macht dem Volk durch Eroberung der Gewalt

Dieser Satz der RAF spiegelt die ganze Verworrenheit, den theoretischen Wirrwarr und das Fehlen jeglichen Gespürs für eine den Zielen des Sozialismus adäquate Praxis wider. Die Schriften der RAF sind aufgeblähte ballistische, militärtechnische Denkkurzschlüsse, deren theoretischer Hintergrund und moralische Basis derart festgefahren sind in den *herrschenden* Denkkategorien, daß es einmal notwendig ist, auf die unglaubliche *Faszination der Gewalt* näher einzugehen.

Wir, die wir das hier schreiben, waren (oder sind) der festen Überzeugung, daß die These von Herbert Marcuse von dem *Naturrecht* auf Widerstand, auf Gegengewalt, eine der wichtigsten moralischen Rechtfertigungen für die Anwendung von Gegengewalt war. Die philosophische Rechtfertigung Marcuses erscheint uns heute mehr als banal, weil wie völlig übersehen hatten, daß sich auch *ohne* diese Rechtfertigung, ja in den meisten Fällen spontan aus den jeweiligen gesellschaftlichen Konflikten gemeinsam mit den revolutionären Kräften eine Widerstandsbewegung entwickelt, die – natürlich in der Anwendung von Gewalt – den Kampf gegen unterdrückende Zustände und Unterdrücker aufnimmt. Die RAF nun versucht – unserer Einschätzung nach –, so etwas wie eine „Theorie der Gewalt" zu entwickeln, ruft, quer durch die Geschichte, alle möglichen Beweise und Rechtfertigungen für die Gewaltanwendung zusammen und schießt los. Die RAF, in den Kategorien des orthodoxen *Klassenkampfes* verfangen, sieht im Klassengegner nichts anderes als das sich manifestierende Verbrechen: der Klassengegner ist ein *Schwein*, das man abschlachten kann und *muß*!

Die im marxistischen Klassenbegriff verwurzelte Rigidität und Brutalität geht mit ihrem Gegner – dem Kapitalisten – so um, wie der Kapitalist mit den Revolutionären umgeht. Da man den Kapitalisten alles zutrauen kann, von ihnen nichts zu erwarten hat, sind im Kampf gegen sie auch *alle Mittel* erlaubt. Der Klassenfeind steht außerhalb der eigenen moralischen, ethischen und humanen Kategorien, für ihn gibt es kein Pardon. Diese Moral – der Kapitalist ist abgrundtief schlecht, der Arbeiter absolut gut – führt natürlich zu der völlig wahnsinnigen, weil unreflektierten Glorifizierung der Gewalt.

Marcuse spricht aalglatt von einer notwendigen *Ökonomie der Gewalt*, die RAF verwandelt in ihren Kampfperspektiven den Globus in ein Schlachtfeld; Schützengräben sollen die Wohnungen der Revolutionäre sein, Gewalt ihr Futter. In der bisherigen Diskussion zum Problem Gewalt – Gegengewalt wurde nicht nur oberflächlich diskutiert, sondern auch völlig unberücksichtigt gelassen, daß sich Gewalt und Gegengewalt nicht voneinander lösen und daß in der Form der *Gewaltanwendung* ständig so etwas wie ein *moralischer* Kontakt mit dem Gegner bestehen bleibt. Was bringt es, wenn die RAF glaubt, sie würde *politisch, taktisch* und *propagandistisch* andere Mittel zur Bekämpfung anwenden, wenn sie aber in der Praxis nichts anderes leisten kann als eine billige Kopie der *herrschenden*, uns alle unterdrückenden Gewalt? Was die RAF aus den Augen verloren hat – vielleicht war es nicht in ihrem Blickfeld –, ist die sehr simple Tatsache, daß die angewandten Mittel entweder dem Ziel entsprechend sind oder aber die Zielvorstellung durch die Anwendung gegensätzlicher Mittel verraten. Wenn die RAF-Genossen annehmen, daß ihre propagierten Mittel nicht das Ziel verraten, sind sie blind gegenüber der Tatsache, daß zum Teil die herrschende Moral auch die Moral der Beherrschten ist. Der RAF müßte aus der Geschichte klar geworden sein, daß sich die unzähligen Widersprüche und Probleme innerhalb der Gesellschaft nicht im Sinne des Sozialismus lösen lassen, wenn unberücksichtigt bleibt, daß eine Revolution keine nur äußerliche gesellschaftliche Veränderung ist, daß mit dem Töten von Menschen noch lange nicht die in der Gesellschaft wirkenden Prinzipien vernichtet sind. Wer immer den Richter Drenkmann tötete, tötete zwar den *Menschen*, aber gegen das Prinzip, das er verkörperte, waren die Schüsse nichts als Platzpatronen. Und gerade an diesem Problem scheitern die meisten Revolutionen.

Avantgarde

Die RAF verkürzt diese Problematik darauf, daß der Kampf ausschließlich vom bewußten Willen der von den Massen isolierten Stadtguerilla abhängt. Die Vorstellung ist einfach falsch, daß in den kapitalistischen Gesellschaften irgendeine entschlossene militante Gruppe eine *Klassenbewegung* initiieren kann. Eine solche Auffassung überbetont die Rolle des Individuums und dessen *freien Willen* als hauptsächliche Triebkraft der Geschichte.

Natürlich machen nur die Menschen die Geschichte, aber sie machen sie unter vorgefundenen Bedingungen. Wer auf die gründliche Analyse der vorgefundenen Bedingungen verzichtet und sie durch einen Zitatenmischmasch ersetzt, drückt lediglich seine subjektive Ungeduld aus. Ein solcher *Voluntarismus* ist verständlich, besonders bei den Individuen, die faktisch nicht (mehr) im Produktionsprozeß stehen. Für sie ist der Haß, der Ekel auf die gegenwärtige Gesellschaft, der sie sich am liebsten verweigern wollen, der Hauptansporn, das Biest, die Schweine zu bekämpfen – oder sie sind verzweifelt. Haß und Verzweiflung sind unbegriffene Formen der Verweigerung einem brutalen System gegenüber, die sich im Gar-nichts-tun oder im Alles-auf-einmal-tun-wollen äußern.

Che sagt, wir sollen Haß in *Energie* umsetzen. Das bedeutet, daß wir eine Vorstellung davon haben, unter welchen Bedingungen, wofür und wogegen wir unsere Energie einsetzen. Außerdem wird klar, daß wir nur *organisiert* unsere Energie einsetzen sollen.

Was heißt für uns heute jedoch organisieren?

Hier muß uns klar sein, daß es nicht unsere Aufgabe sein kann, *die* Organisation des Klassenkampfes zu gründen. Organisationsspielereien, riesige Fahnen, die mit der wachsenden Einflußlosigkeit der Organisationen immer größer und röter werden, überlassen wir den Organisationsfetischisten. Das heißt nun aber nicht, daß die Genossen, die heute schon bereit sind, revolutionär zu kämpfen, abwarten sollen, bis irgendwann einmal die Kämpfe sich „entfalten". Die Kämpfe entfalten sich nur mit und durch die *praktische Tätigkeit* der Menschen. Wir sind keine Fatalisten, die alles dem „objektiven" Prozeß der Geschichte überlassen wollen. Es muß Aufgabe der schon bewußten Genossen sein, alle Konflikte, Auseinandersetzungen und Kämpfe zu unterstützen und aktiv voranzutreiben, wo unterdrückte und ausgebeutete Menschen begonnen haben, ihre eigenen Interessen kämpferisch durchzusetzen. Dabei ist es für uns heute klar, daß die schon jetzt bewußten Genossen in den künftigen Kämpfen automatisch *die* Avantgarde sein werden. Hier sehen wir das Problem, daß sich eine so verstandene Avantgarde verselbständigen kann und ein Hemmnis für die Revolution wird.

Allen diesen „Organisationstheorien" setzen wir eine Konfliktstrategie entgegen oder – anders ausgedrückt – das Prinzip der *Selbstorganisation* als radikale Negation jeglicher sozialdemokratischer und bolschewistischer Organisationsspielerei.

Selbstorganisation heißt für uns, daß wir das revolutionäre Moment des Klassenkampfes in *jeder wirklichen Aktion des Proletariats* von Anfang an und in *allen ihren Erscheinungsformen* eigentümlichen *Gegensätzlichkeit gegenüber der Bourgeoisie, ihrem Staat und allen bürgerlichen Verhältnissen* und in dem aus dieser Gegensätzlichkeit der Aktion entstehenden und durch sie bestimmten *selbständigen Klassenbewußtsein* und *Kampforganisationen* sehen.

Aber die Schadenfreude der Bürger in und außerhalb der Parteien ist fehl am Platz. Und wenn schon, sie kümmert uns und die RAF nicht. Wir haben die RAF nicht kritisiert unter dem Aspekt des Renegaten Homann, der nun plötzlich seine Liebe für Rosa Luxemburg entdeckte und der RAF im *Spiegel* vorwirft, sie *verheize* Genossen. (Wobei man Homann noch zugute halten sollte, daß er im eigenen Interesse versucht, sich optimale Verhandlungsbedingungen für seinen künftigen Prozeß zu sichern.)

Es geht uns in der Kritik auch nicht darum, der Ulrike nun klar zu machen, wie intelligent sie doch sei und in was für eine abenteuerliche Gesellschaft sie da geraten sei, wie es Renate Riemek in der letzten *Konkret* tut.

Beide Male wird so argumentiert, als sei die RAF-Konzeption ein Produkt von ausgeflippten Spinnern; eine solche Kritik drückt lediglich die Distanz von Homann und Riemek zur heutigen linken Bewegung aus.

Für uns heißt die Kritik an der RAF *notwendige Kritik an Genossen*. Wir kritisieren bewußt das *Konzept* der RAF und nicht ihre augenblickliche *Praxis*, die sich anhand des staatlichen Terrors lediglich noch auf Überlebensaktionen reduziert.

Wir halten die Diskussion über das RAF-Konzept für notwendig als Diskussion über die Strategie der heutigen Linken. Die Zersetzungsprodukte der antiautoritären Bewegung, sowohl die Studentenparteien als auch die Schwarzen Zellen, Fizz usw. haben die RAF lediglich dazu benutzt, entweder mit einer dogmatisch-bornierten Ablehnung oder mit verbalradikaler Zustimmung ihre eigenen Probleme zu vertuschen; beide, die leninistischen Studentenparteien und die leninistische RAF sind dogmatisch erstarrte Restprodukte der antiautoritären Bewegung, und ihre *Überwindung* wird eines der Momente sein, die die *neue antiautoritäre Bewegung* freisetzen wird.

Gegen den Leninismus

Wir bekämpfen politisch den Leninismus in allen seinen Spielarten, weil wir in ihm ein entscheidendes Hindernis für die Entfaltung einer *aktiven, phantasievollen Bewegung* sehen, die sich dadurch auszeichnet, daß in allen *gesellschaftlichen Bereichen* die unmittelbar Betroffenen beginnen, ihre eigenen Interessen und Bedürfnisse kämpferisch durchzusetzen.

Die Leninisten der RAF und die Leninisten der Studentenparteien ignorieren die Ansätze einer solchen Bewegung, oder sie nutzen sie in ihrem Parteiinteresse aus (Mieten, Schulen, Betriebe, Uni usw.). Ohne sich auf solche konkreten Praxisansätze einer selbständigen Bewegung zu stützen, diese zu verstärken oder eingreifend zu verändern, machen sie nach ihren eingefahrenen Denkrastern *Politik*. Die Parteistrategen rekurrieren auf das ganze Arsenal der traditionellen Arbeiterbewegung, auf die versteinerten Formen einer vergangenen Zeit, um sich mit möglichst großen roten Fahnen, mit zahlreichen Propagandatricks und vielen Bildern und Zitaten der alten Führer als die neue *revolutionäre Führung* zu präsentieren.

Die RAF greift ins Waffenarsenal, um mit ihren Aktionen den Anschein zu erwecken, die Massen würden sie begreifen, sich mit ihnen identifizieren und in diesen Aktionen den eigenen latenten Widerstand gegen ihre Unterdrücker und Ausbeuter erkennen. Sie ignoriert dabei völlig, daß in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern geheime militante Gruppen nur innerhalb einer aktiven Massenbewegung operieren können, die selbst schon als Massenbewegung den Unterdrückungs- und Ausbeutungsapparat zunehmend verunsichert und bedroht. In einer solchen Situation können Aktionen von Terrorgruppen durch die Massenbewegung gedeckt und propagandistisch benutzt werden, können sich die Massen damit identifizieren. Außerhalb eines solchen Zusammenhangs mit der tatsächlichen Massenbewegung können sich Terrorgruppen nur verselbständigen, sich isolieren und in ihren individuellen Problemen routieren.

ANTIFA-DISKUSSION

Aus einem Brief von Rolf Heissler Gefangener aus der RAF

...die reps sind ausdruck der glaubwürdigskeitskrise des staates wie der parteien. in den letzten jahren klaffte der widerspruch zwischen reden und handeln der regierungsparteien immer weiter auseinander, es gibt kaum einen punkt, wo sich das nicht belegen läßt. nach außen ist es zu sehen am verhältnis zur ddr – der milliardenkredit – wie auch zur aufrüstung – das sich wehren gegen die null-lösung bei den persings und crusise missiles –, es bleibt nur die mehr oder weniger fortsetzung der politik der sozialliberalen koalition, genscher steht dafür stellvertretend. die umstrukturierung nach innen – die diversen „reformen", einstellung des sozialen wohnungsbaues usw. – ging zu lasten der kleinen leute, arbeitslosigkeit, zunehmende verelendung usw... dazu kam das ganze hin und her um die ausländer, bei allen verschärfungen vermittelte sich handlungsunfähigkeit, weil das problem auf diese weise nicht lösbar ist. zu unterschätzen ist auch nicht die ausrichtung der universitäten auf das heranschaffen des für das kapital notwendigen nachwuchses, wichtig auch der sog. historikerstreit, der nazismus wurde zu rechtfertigen, zu legitimierten versucht, als verständliche reaktion auf stalin.

der zwiespalt, in dem sich csu/cdu und auch fdp befanden und befinden, drückte sich in den hickhack um geißlers these von der öffnung nach links aus, sie befinden sich in einem widersruch, aus dem sie nicht mehr herauskommen, öffnen sie sich nach rechts, gibt es dafür nicht nur keine mehrheiten, sondern gleichzeitig geraten sie in dissens mit staatstragenden organisationen wie kirche (bei den ausländern) oder auch gewerkschaften (bei der umstrukturierung) oder bauern, die – binnenmarkt 92 – zum aussterben verurteilt sind, industrialisierung der landwirtschaft wie auch ihre veränderung durch gentechnologien. der widerspruch war auch bei uns zu sehen, sie versprachen sich von der harten haltung mehr, doch perspektivisch war es auch nur ein nagel mehr für ihren sarg.

bei den europawahlen waren über 50% der reps.-wähler aus bayern und baden-württemberg, d.h. die dortige cdu/csu-politik schuf erst den boden, auf dem sie gedeihen konnten. ihre bekämpfung durch die anderen parteien hat auch weniger mit inhaltlichen differenzen zu tun als mit den unmöglichkeit des zusammengehens auf grund der befürchteten reaktionen in ausland. streibl sagte das ganz offen, deren pro-

gramm sei im wesentlichen von der csu abgeschrieben, oder auch nach den wahlen, die hätten einen die bevölkerung beschäftigenden punkt – die ausländer – richtig angesprochen, und als nächstes der vorwurf an die spd, wenn die nicht die veränderung des gg-artikels verhindern würden, dann – unausgesprochen – gäbe es keine reps. aber schönhuber kontert nicht schlecht, wenn lambsdorf von neonazis spricht, rät er ihm, als vorbestrafter krimineler besser zu schweigen, wenn rassismus kommt, verweist er auf stoibers wortfindung durchrasst, die beispielslos ist. wenn sie dann noch eine broschüre mit reps-sprüchen zusammenstellen, wirkt es nur noch lächerlich; so lange ist strauß auch noch nicht tot, als daß nicht die erinnerung an dessen sprüche wach wäre.
bei den bodengewinnen der reps ist nicht zu übersehen, daß der boden für sie vorbereitet wurde, und vor allem, daß es dafür keine mehrheiten gibt. die mehrheit für die spd/al in wbln, gleiche mehrheiten in frft bei den kommunalwahlen. so weit mitzukriegen, übernahm dort die cdu rassistische parolen der reps, plakate usw., aber das ergebnis war nicht das erhoffte schlucken der rechten wähler, sondern ganz im gegenteil, es folgte die nächste empfindliche niederlage. und auch eine erst in ansätzen erkennbare umorientierung, in ansätzen weil noch nichts entschieden ist, eine geschlossenheit bislang nicht erreichbar war. plötzlich wird die gemeinsamkeit der „demokraten" entdeckt, wollen sie bei der ausländergesetzgebung mit der sozialdemokratie kooperieren usw. usw..
das woher kommen finde ich gar nicht so schwierig, viel wichtiger ist die einschätzung von deren relvanz für die zukunft. die ist bislang insoweit gegeben, als ihre inhalte teils übernommen werden, als sich cdu/csu verstärkt um die rückgewinnung der rechten klientel kümmern wird, d.h. auch praktische zugeständnisse machen müßte. aber das würde wiederum andere abschrecken. situation ist offen, bislang sieht es mehr nach ausgrenzung aus. das gesellschaftliche potential ist so hoch nicht, auch ist es nichts neues, daß sich in den staatlichen repressionskräften vor allem rechte sammeln. es ist eine veränderte situation, deren auswirkung noch nicht abzusehen ist. die polarisierung kann zunehmen, aber es kann auch in richtung mitte gehen. ein vogel redet schon von möglicher koalition mit der csu.
dein erster brief brachte schön rüber, daß nicht – passiv – zugeschaut wird, sondern das gefühl da ist, etwas dagegen machen zu wollen.. sicher kann man das daran an bewegung gekommene nicht ignorieren, aber du sprichst selbst von den vielen fehlenden vorstellungen, von den jungen, die jetzt erstmals dazugekommen sind usw. usw.. doch wie sich das weiterentwickeln kann, wird, hängt vor allem auch von den eigenen vorstellungen ab, die sich nicht in bloßen reaktionen auf deren aktivitäten erschöpfen können. sonst rutscht man wirklich in die situation rein, direkte zusammenstöße mit den rechten und der staat stellt sich als neutrum, als notwendiger schlichter in der mitte dar. die eigene gesellschaftliche relevanz ist dann entwickelt, wenn sie zur reaktion gezwungen sind
...

→ANTIFA-KONFERENZ←

EIN SELBSTVERSTÄNDLICH NICHT OBJEKTIVER BERICHT AUS DER RASSISMUS-ARBEITSGRUPPE DER BAYERISCHEN ANTIFASCHISTISCHEN AKTIONSKONFERENZ IN NÜRNBERG

Im März diesen Jahres fand in Nürnberg die erste bayerische Aktionskonferenz gegen Rassismus, Faschismus und Sexismus statt, wobei letzteres leider etwas sehr kurz kam (doch das wäre ein eigener Artikel). Auf der Konferenz wurden verschiedene Arbeitsgruppen gebildet, meiner Erinnerung nach waren diese: "Jugend und Neofaschismus", "Rassismus", "Europawahlen", "Rechtsentwicklung und soziale Frage", "Republikaner", "Repression gegen die Linke", "Konzerne und Neofaschismus", "Rassismus und Sexismus" und "Verbot der Kindersexualität als Faschismusursache". Letztere löste sich jedoch in der Sexismus-Arbeitsgruppe auf (was wohl einigen Ärger mit sich brachte), da außer den AntragstellerInnen (Indianerkommune) niemand daran teilnehmen wollte.

Arbeitsgruppe Rassismus:

Zunächst zu einigen ärgerlichen Dingen:

Vor der Konferenz war die Vorbereitung der verschiedenen Arbeitsgruppen an diverse Gruppen und Inis delegiert worden. Sie sollten dafür sorgen, daß eine inhaltliche Vorbereitung stattfindet, so daß mensch einen Ansatzpunkt zur Diskussion findet. Ziemlich schnell stellte sich heraus, daß es ein fataler Fehler war, die Vorbereitung der Rassismus-Arbeitsgruppe in die Hände des Anti-Strauß-Komitees (ASK) zu legen. Selbstredend übernahm das ASK sofort und ohne jeglichen demokratischen Beschluß die Diskussionsleitung. Meinetwegen, das ist weniger ein Problem, das den Verlauf des Nachmittags nachhaltig gestört hätte, sondern mehr eine Frage demokratischer Umgangsformen, doch nichtsdestotrotz nervig.

Als für die AG verantwortliche Initative hatte das ASK selbstverständlich ein Thesenpapier zusammengestellt. Außer diesem gab es noch ein zweites von einem nürnberger Genossen. Das ASK stellte die Existenz dieses zweiten Papiers offensichtlich mit großem Unbehagen fest und es gelang ihm auch zunächst durchzusetzen, daß dieses nach allgemeinem Durchlesen für zweitrangig erklärt und zunächst in der Diskussion völlig außer Acht gelassen wurde.

Zur Diskussion selbst:

In der Diskussion ergaben sich zwei Schwerpunkte:

Der erste betraf die Bündnisfähigkeit der SPD (sie war übrigens nicht auf der Konferenz erschienen).

Die meisten der Anwesenden äußerten zumindest starke Zweifel an einer Zusammenarbeit mit SozialdemokratInnen. Ein Argument waren hierbei diverse Erfahrungen bei Bündnisversuchen mit der SPD bzw. dem DGB. Insbesondere wurde auf die Vorbereitung für Aktionen gegen die DVU-Großkundgebung in Ulm hingewiesen, von der sich diese Gruppen, nachdem sie einen Großteil ihrer Inhalte u.a. im Aufruf untergebracht hatten, wieder zurückzogen.
Das andere Argument bezog sich auf die Politik der SPD, die starke Zweifel an der Ernsthaftigkeit ihres Anti-Rassismus aufkommen läßt. Erinnert sei hierbei an die "große Rettungsaktion" des SPD-Kanzlerkandidaten Rau vor der "Asylantenflut" aus Tamil Eelam, die es ihm durch Gespräche mit der DDR-Regierung einzudämmen gelang. Hingewiesen sei aber auch auf die Hintergründe des sozialdemokratischen "Anti-Rassismus": "Ausländer" sollen nicht aus Gründen der Freizügigkeit in der BRD leben dürfen, nicht also aus grundsätzlichen, ein Menschenrecht betreffenden Überlegungen, sondern weil "ohne sie die Wirtschaft zusammenbrechen" würde, also aus rein ökonomischen Notwendigkeiten. Wer so redet, schiebt diese Menschen skrupellos ab, wenn sie überflüssig werden.

Die VertreterInnen der Gegenposition brachten vor, daß es völlig unmöglich sei, an so großen Organisationen wie der SPD bzw. dem DGB vorbeizugehen. In ihnen sei schließlich der größte Teil der ArbeiterInnenklasse organisiert, also die Menschen, die auch zu unserer Zielgruppe gehörten.

Eine Annäherung kam lediglich insofern zustande, als sich viele TeilnehmerInnen vorstellen können, mit Ortsgruppen oder Einzelpersonen zusammenzuarbeiten, die in der Frage des Rassismus bzw. ImmigrantInnenfeindlichkeit eine andere Haltung einnehmen als ihre Parteibonzen. Die Frage inwieweit sich diese offen von der Parteidoktrin zu distanzieren hätten, kam es wiederum zu keiner Lösung.

Die Diskussion über latenten Rassismus bei anderen Parteien (als Beispiele wurden genannt Grüne und DKP) wurde von den entsprechenden VertreterInnen und der Diskussionsleitung rechtzeitig abgewürgt.

Der zweite Schwerpunkt war die Frage nach den Ursachen des Rassismus. Die Diskussion darüber war eine einzige Katastrophe. Sie war geprägt von Anfeindungen und Mißverständnissen.

Das schwerwiegendste Mißverständnis lag darin, daß während der gesamten Diskussion von der Masse der TeilnehmerInnen nicht verstanden wurde, daß in der Runde nicht zwei, sondern drei Positionen zu dieser Frage existierten:

1.) Rassismus wird staatlich durch gesetzliche Maßnahmen und organisierte Hetze in die Bevölkerung hineingetragen. Andere Ursachen gibt es nicht.

2.) Rassismus hat andere soziale Ursachen (welche, wurde leider nur in Ansätzen gesagt, was wohl nicht zur Klärung des Mißverständnisses diente) und wird von staatlicher Seite gefördert.

3.) Rassismus ist angeboren. (Diese Position vertrat jedoch augenscheinlich nur ein Teilnehmer, der später noch dadurch auffiel, daß er bei der Diskussion der Schlußresolution des Kongresses den militanten Flügel der antifaschistischen Bewegung ausgegrenzt sehen wollte.)

Position 2.) wurde von den VertreterInnen der ersten Position während des gesamten Verlaufs der Diskussion immer wieder ignoriert und mit Position 3.) in einen Topf geworfen. Selbstverständlich ist mir klar, daß auch die VertreterInnen dieser Position untereinander keine Einigkeit erzielt hätten, deshalb will ich hier noch einmal versuchen, meine eigene Position dazu zu erläutern. Dabei wird sich hoffentlich klären, daß sie nicht so weit von der ersten abweicht, wie es auf den ersten Blick scheinen mag.

URSACHEN DES RASSISMUS

Auch mir ist vollkommen klar, daß Rassismus "an die Stelle des materiellen Gegensatzes zwischen Arbeit und Kapital einen willkürlichen Scheingegensatz zwischen Menschen unterschiedlicher Hautfarbe, Schädelform o.ä." (dieses und die folgenden Zitate sind aus dem Thesenpapier des ASK) setzt, der "immer wieder in die Bevölkerung getragen" wird "mit der Absicht, diese zu spalten und gegeneinander zu hetzen, damit sie sich nicht gegen die Verursacher ihrer sozialen Not wendet." (Zitate aus dem Thesenpapier des ASK) Der einzige Unterschied zwischen meiner und der Sichtweise des ASK liegt in der Auslegung des Wortes "hineingetragen".

Mir will einfach nicht in den Kopf, warum auch nur ein einziger Mensch der Behauptung, Menschen anderer Hautfarbe, Schädelform, etc. wäre Schuld an seinem Elend, glauben schenken sollte, wenn er nicht schon vorher gewisse Vorurteile gegen Menschen, die diese Merkmale aufweisen, gehabt hätte. Damit dieser eigentlich für jedeN offensichtliche Blödsinn geglaubt werden kann, muß er zu bereits gemachten "Erfahrungen" (mir fällt jetzt kein anderes Wort dafür ein) passen. An dieser Stelle wurde uns der rassistische Ansatz unterstellt, wir hielten den Boden, auf den diese reaktionäre Hetze fällt, für genetisch angelegt. Wie gesagt: Das war lediglich die Minderheitenposition des vorgenannten Teilnehmers.

Ich denke, alle anderen sahen diesen Nährboden, diese Vorurteile also, als von der Umwelt bereitet an. Die Schwierigkeit war lediglich, sich über die nähere Bestimmung dieser Ursachen einig zu werden. Ich will es hier kurz einen Ansatz aufzeigen:

Den Nährboden für Rassismus liefert kein angeborener Trieb, es handelt sich dabei vielmehr um indirekt erlerntes Verhalten. Er entsteht aus einer scheinbaren Bedrohung des eigenen Wertesystems durch ein fremdes. Der Anschein dieser Bedrohung wird schon durch die bloße Existenz eines anderen Wertesystems erweckt, es entsteht eine Verunsicherung über die bisher für richtig gehaltenen Werte, die (aus Angst vor Veränderung / Gefährdung des bisher "erreichten") jedoch nicht dazu führt, daß diese an den anderen gemessen werden, sondern daß diese Werte (und mit ihnen die Menschen, die sie vertreten) von vornherein als schlecht und schädlich abgelehnt werden. Es soll so verhindert werden, daß der eigene Wert - und damit der Selbstwert - in Zweifel gezogen werden kann. Ähnlich entstehen Vorurteile gegenüber Gruppen, die tradierte gesellschaftliche Werte und Normen ablehnen und sie durch eigene ersetzen.

Es versteht sich von selbst, daß daraus niemals folgern kann, daß Menschen, die verschiedene Wertesysteme repräsentieren, voneinander getrennt werden müssen, wie es der "ethnopluralistische" (schönes Wort, was?) Ansatz der sogenannten "Nationalrevolutionäre" vorsieht.

Wir müssen vielmehr überlegen, warum die meisten Menschen so leicht zu verunsichern sind, warum ihr Selbstwertgefühl so leicht zu erschüttern ist, und wie diesem Problem beizukommen ist. Meine Vermutung geht dahin, daß die Werte, die die meisten Menschen vertreten keine eigenen Werte sind, in dem Sinne, daß sie durch eigene Überlegung und Reflexion entstanden sind, sondern übernommene, über die sie nie tiefer nachgedacht haben. Es handelt sich also hierbei um eine Folge der Fremdbestimmung, der mangelnden Autonomie im Denken.

So wird es auch klar, daß Rassismus in einem System, das eigenes Denken und Handeln systematisch zu verhindern trachtet, in dem Kinder von klein auf in Anstalten gesteckt werden, in den ihnen selbstbestimmtes Denken und Handeln von vorn herein genommen wird, in dem Kinder in einer patriarchalen Familienstruktur aufwachsen, die ihnen lange Jahre ihres Lebens keine andere Wahl läßt, als sich anzupassen (dazu kommt die ökonomische Abhängigkeit), in dem jede Handlung staatlicher Kontrolle unterliegt, unmöglich auszurotten ist, es sei denn in der Ablehnung, im Kampf gegen dieses System.

Einmal mehr bewahrheitet sich der Satz, daß die beste antifaschistische Arbeit darin besteht, eigene Werte zu vermitteln - zu vermitteln, nicht anderen überzustülpen.

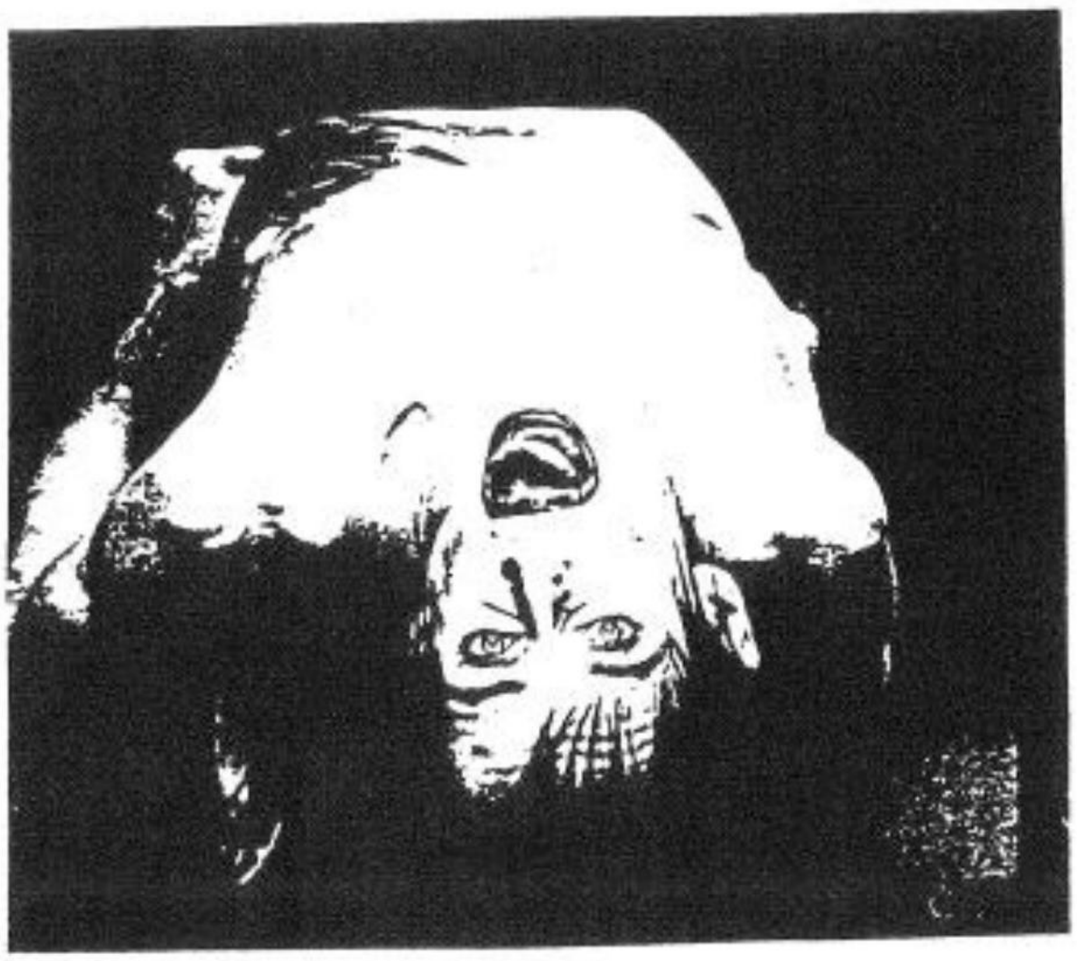
Ein weiterer Grund, warum die reaktionären Ammenmärchen so leicht geglaubt werden, ist schlicht und einfach latente Feigheit. Erfordert es nicht wesentlich weniger Mut, gegen Angehörige einer deklassierten Minderheit vorzugehen, als gegen einen gut organisierten Machtapparat? Schon der Hauch des Gedankens, sich mit einem übermächtigen Gegner anzulegen, erfüllt die meisten Menschen mit einem solch großem Schaudern, daß dieser Gedanke sofort in die hinterste Windung des Gehirns verbannt wird. In der Menge dagegen fühlt man(n) (tatsächlich wählen mehr Männer als Frauen rechtsextrem) sich stark. Dazu kommt das wohlbekannte Verhalten, die Agression jeweils am / an der nächst Schwächeren auszulassen.

Um diese "Denkblockade" auszuschalten, ist es nötig, Gegenmacht zu entwickeln, die Angreifbarkeit des Gegners aufzuzeigen, durch solidarische Aktionen den Menschen ihre eigene Stärke zu beweisen. Freilich darf das nicht so weit gehen, selbst eine herrschende (!) Meinung zu errichten, die zur Anpassung zwingt. Wie gesagt, es geht darum, ein Klima zu erzeugen, in dem Werte vermittelt - nicht aufgestülpt - werden können.

Selbstverständlich bedeutet das alles nicht,daß wir jetzt unsere bisherige Praxis, die Lügen der Herrschenden zu entlarven, sie nicht zuzulassen, ihnen die Möglichkeit, sie zu verbreiten, wo immer es geht zu nehmen, auf später vertagen sollen. Selbstverständlich müssen all diese Schritte Hand in Hand gehen. Ebenso selbstverständlich ist das, was ich geschrieben habe nicht der Weisheit letzter Schluß, und natürlich freue ich mich über jede sachliche Kritik.

Klar ist, daß wir bisher in unserer antirassistischen Arbeit völlig versagt haben und neue Wege, neue Ansätze finden müssen. So wie bisher geht es nicht weiter! Diskutiert in euren Gruppen, veröffentlicht eure Ergebnisse. Und vor allem: HANDELT!

GEGEN RASSISMUS, SEXISMUS UND FASCHISMUS!!!



STUDIENZENTRUM WEIKERSHEIM

Eine absolut sensationelle Nachricht hatte die Süddeutsche Zeitung kürzlich zu bieten. "Filbinger arbeitet angeblich mit Republikaner zusammen". Ein CDU-Mann "angeblich" in der Braunzone? Das hat die Welt noch nicht gesehen. Doch die "WELT" schon - so verwunderlich das ist (oder sieht sie's gern?) - nur bei der SZ sind die letzten Zweifel an dieser Wahrheit offensichtlich noch nicht ausgeräumt.

Für AntifaschistInnen gehört es zum Standartwissen: Es gibt keine klare Grenze zwischen Konservativismus und Faschismus, die Übergänge sind fließend. Tausende, wenn nicht Tausende, von CDU/CSU Mitgliedern sind nebenbei in Vereinen engagiert, die klar revanchistische und/oder rassistische Ziele vertreten. Auch in der FDP, in der SPD und sogar bei den Grünen gibt es solche braunen Schafe.

Doch kommen wir auf den Anlaß dieses Artikels zurück. "Der ehemalige baden-württembergische Ministerpräsident Hans Filbinger (CDU) arbeitet nach Angaben der Tageszeitung *Die Welt* mit einem 'führenden Funktionär' der rechtsradikalen Republikaner zusammen. Wie das Blatt berichtete, sei der Pressesprecher der Republikaner in Baden-Württemberg, Rolf Schlierer, kooptiertes (=nachträglich vom Präsidium selbst berufenes; d.V.) Präsidiumsmitglied des 'Studienzentrums Weikersheim'. Filbinger leitet diese konservative Einrichtung." (SZ, 14.7.89)

Wie konservativ diese "konservative Einrichtung" ist, mag jedeR LeserIn selbst beurteilen, wenn er/sie weiß, wer dort noch so alles mitmischt.

Da wäre zum einen der Stuttgarter Prof. für Sozialphilosopie Rohrmoser, (Mit-?) Begründer des Weikersheimer Studienzentrums. Er ist auch Teilnehmer am "Forum für geistige Führung", das zu einem großen Teil von dem rechtsextremen Sektenführer Mun (Mun-Sekte = Vereinigungskirche) finanziert wird.

Im Kuratorium des Studienzentrums sitzt Prof. Karl Steinbuch. Er schreibt nicht nur für die rechtskonservativen Blätter "criticon" und "Deutschland-Magazin", sondern auch für die Zeitschriften "Nation Europa" (Chefredakteur Dehoust ist NPD-Mitglied und maßgeblich engegiert im Hilfskomittee Südliches Afrika, das "Solidarität mit Weiß-Afrika" propagiert) und "Der Republikaner", Organ der gleichnamigen Partei. Darüberhinaus ist er Mitglied im "Gund Freiheit der Wissenschaft", dem auch obergeschichtsklitterer Ernst Nolte angehört, und im "Schutzbund für das deutsche Volk" (SDV). Der SDV ist ein Verein, dem hauptsächlich die Unterzeichner des "Heidelberger Manifest" ("Mit großer Sorge beobachten wir die Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug von vielen Millionen von Ausländern ... die Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur und unseres Volkstums...") angehören. Zweck des Vereins ist laut Satzung "die Erhaltung der ethnischen und kulturellen Eigenart des deutschen Volkes".

Dem gleichen Verein gehört auch der bochumer Politologie-Professor Bernhard Willms an. Dieser ist Bundesrichter a.D., Autor mehrerer Bücher und außerdem der Meinung die Konzentrationslager seinen nichts als eine Propagandalüge der Aliierten. Auch er schreibt für "criticon", "Nation Europa", den "Republikaner" und zusätzlich für das "erste und einzige Nachrichtenmagazin der Neuen Rechten" "Europa Vorn". Gründer und Chef des Blattes ist Manfred Rouhs, Mitglied der Republikaner und Generalsekretär des "Ring freiheitlicher Studenten" (rfs). Ein anderes Mitglied des rfs ist Markus Beisicht, vertreten auch im Bundesvorstand der REP. Bernhard Willms nun tritt als Referent nicht nur beim rfs auf, sondern auch bei der (selbst laut Verfassungsschutzbericht) rechtsextremen "Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP) und beim "Studienzentrum Weikersheim". So unterschiedlich dürften seine Reden bei den faschistischen und der "konservativen Einrichtung" nun auch nicht ausfallen.

Wo, bitte, steht die SZ selbst, wenn sie das Studienzentrum Weikersheim als "konservative Einrichtung" bezeichnet?

Bericht von einer Festnahme während der DVU Wahlpropagenda-Veranstaltung in Passau am 27.5.89

Während des Europawahlkampfes gab es in mehreren Städten eine breite Antifa-Mobilisierung gegen die Propagandashows der Rechtsradikalen (DVU, NPD, REP), auch hier in Bayern.
An diesem praktischen Auftreten gegen die ganze faschistische Mobilisierung, kamen einige Leute zusammen. Auch viele junge Menschen beteiligten sich daran, Schülergruppen, neue Antifa-Gruppen aus der Region usw. Und für Viele war ihre Teilnahme an diesen Demos, Kundgebungen das erste Mal, daß sie auf die Straße gingen.
Die wesentlichen Momente in der Mobilisierung, die teilweise sehr kurzfristig lief und ziemlich ausschließlich am praktischen orientiert war, waren die Kundgebungen gegen die DVU in Passau, die dort ihre Veranstaltung zum Europawahlkampf durchgeführt haben, die DVU-Kundgebung in München am Sendlinger Tor am 9.7. (die zuerst am Marienplatz stattfinden sollte, dann aber vom KVR nicht genehmigt wurde wegen befürchteter „Ausschreitungen", da zur selben Zeit die große Anti-WAA-Demo am Odeonsplatz lief.) und die Mobilisierung gegen die Abschlußveranstaltung der REPs in der Olympiahalle in München.

Über die Resultate der Mobilisierung, die Konzequenzen für uns und wo daran Anhaltspunkte für eine kontinuierliche, eigenständige politische weitere Arbeit liegen, will ich jetzt erstmal nichts sagen, weil das auch zusammenlaufen muß und entwickelt werden muß.
Soweit bekannt ist, sind seit den ersten Gegen-Aktionen gegen die faschistische Wahlpropagenda (Veranstaltung der REPs im Hasenbergl) über 150 Verfahren (bzw. Personalkontrollen) gegen Leute am laufen, allein 30 davon wegen Plakatabreissen/eintreten. Von viele Leuten die davon betroffen sind, wissen wir nichts, noch viel weniger wie sie für sich daran überlegen, welche Erfahrungen sie in der direkten Konfrontation mit Bulle, Festnahme und Knast gemacht haben.
Ich habe mir deshalb überlegt, daß ich meine Erfahrungen mit der Festnahme in Passau aufschreibe, weil es mir wichtig ist, daß wir auch daran was lernen können und aufarbeiten können.

Während die DVUler in der Nibelungenhalle ihre Hetztiraden abließen, gab es hauptsächlich vor dem Haupteingang eine Blockade. Unser Ziel war es, den Faschisten den Eingang zu versperren bzw. zu erschweren. Das war allerdings kaum möglich – wir waren zu wenige. Es gab kaum gemeinsame Diskussion vorher in größerem Rahmen um ein offensives und einheitliches Verhalten. Und das Kräfteverhältnis zu den Bullen – die mit USKlern massiv vertreten waren und die den Faschos den Zugang sicherten, war so, daß entschlossenes Handeln kaum durchzusetzen war. Nach mehreren Stunden Blockade, Rangeleien, einzelnes Abträngen von Faschos wollten wir, ein paar Leute, gehen um zu überlegen was wir jetzt weiter machen. In dem Moment, als jede/jeder von uns irgendwo zwischen den Leuten völlig frei, ohne Kette, stand, war ich plötzlich von USKlern umzingelt und ein paar Sekunden später wurde ich über die Absperrgitter in Richtug Halle gezerrt.

Das einzige was ich zu hören bekam, war „mit Eiern auf Polizeibeamte schmeissen, das läuft nicht" und „wenn sie jetzt nicht sofort freiwillig mitgehen, gibts ne Anzeige wegen Widerstand". Ich wurde an Händen und Füßen in die Nähe des Eingangs geschleppt, da lief erst mal Poleroid-Foto mit Haare hochreissen, weil ichs nicht freiwillig mit mir hab machen lassen. Danach gings zu dem Festnahme-Sammelplatz, vorbei an den Biertischen neben der Halle, der noch abgesperrtes Gelände war, wo sich die Bullen in der Pause ihre Schweinswürstel reinzogen – zwischen der ganzen Fascho-Brut. Den Jungfaschos und Neonazi-Gruppen die dort rumstanden und meine Festnahme kommentrierten („deat' se nur geschied durchrammeln") präsentiert, und nach nochmaliger Poleroid-Prozedur, gings dann zu der Sammelstelle.

Das Verhalten der USKler war „diplomatisch": Mehrere andere Festgenommene die ich dort getroffen habe, versuchten dort den Bullen menschlich ins Gewissen zu reden, was ich angesichts der Situation, was vorher die ganze Zeit so offensichtlich ablief reichlich schwierig fand. Nicht nur für mich selber damit in der Situation umzugehen, sondern auch, weil ich da von den anderen Leuten in der Situation – bist festgenommen, wirst gedemütigt, weißt nicht was passiert – kaum mitbekommen habe, wie sie versucht haben, sich dagegen selbstbewußt durchzusetzen. Klar wissen die Bullen wen sie da schützen – und für uns kann es doch nur darum gehen, politische Kraft und Perspektiven zu entwickeln, daß ihr Dreck, ihre reaktionäre Ideologie und ihre Gesinnung an der ganzen gesellschaftlichen Realität und Fremdbestimmung im System nicht an Boden gewinnt. Und das heißt für mich auch in so'ner Situation – Festnahme – auf uns selbst zu gucken, daß wir – die wir in der selben Konfrontation drinn sind – miteinander reden und überlegen, wie wir uns verhalten, aufeinander schau'n und uns nicht auf die Bullen fixieren. Und es ist auch noch mal ein Unterschied, ob es einfache Bepos sind, die zu dem Job abkommandiert werden oder USKler, die wissen wofür sie sich entschieden haben. Beispiele dafür gibts ja auch genug (Räumung Cafe Normal, Hungerstreikdemo usw.). Vorgeworfen wurde mir dann, ich hätte mit Eiern auf Bullen geworfen. Zum Festnahmezettel wurde auch gleich ne Videocasette dazugelegt. Das ist auch was Neues: Während sie praktisch die ganze Zeit vor der Halle wie die Blöden filmten, (nicht nur die Bullen, sondern auch die Faschos) werten sie in der Zwischenzeit bereits die Filme aus, und geben einzelne Leute, die ihnen irgendwie aufgefallen sind oder die sie haben wollen, als Streckbrief an die Bullen im Einsatz weiter und warten dann auf die Gelegenheit wo sie am leichtesten zugreifen können, zu einem Zeitpunkt wo du nicht mehr damit rechnest und auch nicht mal zusammen darauf vorbereitet bist, in ner Kette stehst usw.

Diese Festnahme- und Dokupraxis per Video ist genauso bei anderen Demos eingesetzt worden, wie z.B. am Sendlinger Tor zwei Wochen darauf.

Was das an Konzequenzen haben muß für unser Verhalten, ist ne Diskussion, die ich aus diesen Erfahrungen wichtig finde.

Aber nochmal zurück. Nach der ganzen Perso-Aufnahmescheiße – die bei Einzelnen anders lief, soweit ichs noch in Erinnerung habe, auch noch Zeigefinger-ED und Poleroid dort, wurde ich in die Nibelungenhalle gebracht. Das hat mich erstmal ziemlich verunsichert, weil ich keine Ahnung hatte, was jetzt abläuft und eher damit gerechnet habe, auf ne' PI gebracht zu werden

Vorbei wieder als „Repräsentationsobjekt" an den DVU-Saalwachteln gings dann in den ersten Stock. Dort hatten die Bullen noch extra Zimmer zwecks Aufenthalt und Koordinierung (nehm

ich mal an), und wurde dort 'ner Bullenfrau in Zivil übergeben.
Sie wollte dort 'nen Verhör machen; die Tante versuchte minutenlang mich zum Quatschen zu bringen (jetzt seien sie doch nicht so stur und unvernüftig, wieso wollen sie denn nicht mit mir reden, sie schneiden sich doch nur ins eigene Fleisch usw) – und wohl auch nicht zufällig daß sie dafür ne Frau abgestellt haben.
Die Tür war zu, sie glotzte mich die ganze Zeit an. Die Atmosphäre dabei machte auch noch ihren Teil dazu: Ein auf altdeutsch-bürgerlich eingerichtetes Zimmer, Wohnzimmertisch, auf dem ein Schild stand „Stabsbereich II" – und du bist da auch erstmal allein mit konfrontiert. Du weißt nicht was da abläuft, weißt nicht was weiter passiert, bist im wahrsten Sinne des Wortes umlagert von einer feindlichen Umgebeung – Faschos, Bullen usw.
Die Bullentante redete weiter, meinte „jetzt kommen sie dann evtl. noch vor den Ermittlungsrichter", wobei ich nicht einschätzen konnte, ob das nur ne Drohung bzw. Einschüchterung war oder obs tatsächlich relevant war (weil ich noch Bewährung habe, allerdings zu dem Zeitpunkt noch nicht rechtskräftig).
Und als ich dann immer noch nicht auf sie einging, meinte sie dann „so sie schalten also auf Durchzug", machte in diesem Moment die Tür sperrangelweit auf und sagte „jetzt können sie ja an dem geistigen Erguß des Herrn Dr.Frey teilhaben.

Die Tür war offen und von dem Versammlungssaal, der vielleicht 10m entfernt war, drang in voller Lautstärke die faschistische Propaganda von Frey durch. Vor allem die Atmosphäre dabei: Hetze, Geschrei, Gegröhle „DVU, DVU ...", Parolen wie „wir kämpfen gegen den Terror auf der Straße " – tosender Beifall – „wir kämpfen gegen den dt. Terrorismus und die RAF-Bande" – Applaus – „wir solidarisiern uns mit unseren Polizisten, die sich für Recht und Ordnung auf unseren Straßen einsetzen" – Applaus – „wir stehen zu unserer Vergangenheit" – peitschender Applaus, Parolen „DVUI, DVU" usw.
Der psychische Terror den sie da beabsichtigen indem sie die Tür aufreissen, nachdem sie gesagt hatte, daß ich nicht mit Ihr/ihnen kooperiere, war mir auch sofort klar, mußte es mir aber trotdem nochmal bewußt machen, weil es nur so geht – du kannst in so 'ner unmittelbaren Konfrontation nur stark bleiben,

wenn du jedes einzelne Manöver, das sie bringen erkennst und dich dagegen durchzusetzen versuchst.
Indem du alles ganz bewußt regiestriert, was und wies sie bringen weil sie dich treffen wollen, demütigen wollen usw. – und dann immer wieder neu für dich überlegst was du machst, an was du dich orientierst, um die Situation für dich im Griff zu behalten.
Mir hat es z.B. in dem Moment, als ich das Geschrei aus der Halle über mich ergehen lassen sollte, gut getan an viele GenossInnen zu denken, an starke Momente, wo wir was für uns raus gekriegt haben, Momente von wirklicher Selbstbestimmung und von Identität. Mir sind Erfahrungen eingefallen von GenossInnen während des 3. Reiches, die ich in Büchern gelesen habe, und hab an die politische Situation insgesamt gedacht und was wir tun müssen überlegt.
Das wichtigste war für mich dabei, mir **Raum** zu schafffen, daß mich diese Situation nicht bestimmt, daß ich von **mir** ausgehe, daß **Sie** mich nicht bestimmen. – ihr Kooperationsangebot, ihr Geschwätz, ihre Psychomanöver, daß sie mich in diesem Moment in ihren Krallen haben, klar – aber meinen Kopf, meine Gefühle **nicht**.

Es ging dannn weiter, die Tante wollte, daß ich mit ihr in ein anders Zimmer gehe, ich bin sitzen geblieben und hab 'ne Zigarette gedreht. Dann ging sie raus, wollte Bullen zu meiner weiteren Überwachung holen, die kamen dann auch kurz rein, eine andere Festgenommene kam an meiner Tür vorbei, kurze Begrüßung, die Bullen hatten aber keine Zeit. Dann holten sie nen Zivilen bzw. nen DVU-Wachtel mit rein. Der fixierte mich dann die ganze Zeit, ich fixierte ihn zurück. Er glotzte immer wieder weg, sprach keinen Ton. Ich dachte mir mein Teil.
So läuft also die Zusammenarbeit.

Kurz darauf kam die Tante wieder rein, „sie können gehen, einen schönen Aufenthalt noch in Passau!" Das hat mich erstmal überrascht, weil ich absolut nicht damit gerechnet habe. Raus aus der Halle und zu den Leuten, die hinter der Absperrung standen und erstmal tief durchatmen.
Ich hatte schon während der Festnahme überlegt, diese Gedanken aufzuschreiben, weil viele Momente die dabei abliefen, mir neu waren und ich sie so noch nicht erlebt habe. Die Zusammenarbeit zwischen Faschos und Bullen in so'ner Situation. Und ich find auch, daß solche Erfahrungen, wie geht es der/den Einzelnen bei der Festnahme, auf dem Revier, beim Verhör, einer ED usw. nicht individualisiert werden sollen. In Situationen, wenn sie dich z.B. Zusammenschlagen, wenn du davon ausgehen mußt, du bleibst drin (egal für kurz oder länger), können solche Erfahrungen existenzell werden, das weiss jede/r. Aber wir können nur offensiv damit umgehen, wenn wir darüber reden und auch die Schwachstellen, bei uns selbst, in unseren Zusammenhängen und unser Umgehen mit einbeziehen, nicht wegpacken, sondern angehen.

Und das Andere ist: Es ist immer irgendwann mal für Jede/n das „erste Mal" und es reicht nicht aus – kann ich von mir selber auch sagen – nur zu wissen, „keine Aussagen", „Rechtsanwalt anrufen, verlangen" usw.. Wie du dich da durchkämpfen kannst, ist der andere viel wichtigere Teil der Auseinandersetzung.

:s ist jedesmal 'ne neue Erfahrung, wie
u dich drin mitbekommst und es ist
alsch zu denken, „ich weiß wie und was
ibläuft und ich pack das schon".
Veil dirs nie „gleich" geht, Widerstand
ntwickeln, Kampf um deine eigenen
dentität, ist ein permanenter Prozess
ie dauerende Anstrengung, Entschei-
lungs- und Lernprozess. Da kannste
ichts konservieren.
Das andere ist, daß du selten woanders
chärfer mit der Frage konfrontiert
ist, wieweit du deine eigenene Ent-
cheidung für den Kampf klar hast, für
die Konfrontation wie du selbst deine
Praxis drin bestimmst, und wieweit sie
richtig ist oder nicht. Und wie du jeweils für dich selber überlegst oder dich
bestimmen läßt.

Da könnt ich jetzt noch viel sagen. Das wesentliche find ich aber, daß die einzelnen Schritte, Momente dabei, wo du was für dich tickst oder ticken kannst, nicht untergehen – vor allem für dich selbst und auch für uns alle.

Was ich bei dem was bei mir ablief – von anderen kann ich kaum was sagen (was auch ein Ausdruck davon ist, wie vereinzelt das alles ist) – daß ich relativ schnell rausgekommen bin, obwohl ich bei der Prozedur nicht mitgemacht habe, wichtig fand, daß es nicht stimmt zu denken: wenn ich alles mache was sie sagen, hab ichs schnell hinter mir. Von Anderen haben wir mitbekommen, daß sie aufs PI danach geschleppt wurden, über Nacht drinn behalten wurden, Frauen sich nackt ausziehen mußten.
Das ist keine **Regel**, aber oft ist es so, daß wenn sie mitkriegen, daß sie einigen Stress haben mit uns (von wegen: „Wir haben Zeit", was sie oft Argument bringen), wollen sie einen auch manchmal schnell wieder loswerden. Das noch zum Schluß.

Eine der Festgenommenen

Auch in Kanada kein Recht für Leonard Peltier - politischer Gefangener der USA

Leonard Peltier, ein Führer des American Indian Movement (AIM), befindet sich nun bereits seit 13 Jahren in US-Haft, um eine zweifache lebenslängliche Strafe (50 Jahre) abzusitzen. 1976 war Peltier auf Grund vom FBI gefälschter Beweise von Kanada allzu bereitwillig an die USA ausgeliefert worden und für den angeblichen Mord an zwei FBI-Agenten in South-Dakota 1975 dann in einem dubiosen Prozeß mit gekauften Zeugen verurteilt worden. Durch den "Freedom of Information Act" wurden die Machenschaften des FBI aufgedeckt, die mit Hilfe ihres Geheimdienstprogramms (COINTELPRO) den wachsenden Widerstand der Indianer gegen die Unterdrückung und Genozidpolitik der US-Behörden zerschlagen wollten. Das FBI konzentrierte sich dabei besonders auf Mitglieder von AIM, speziell Leonard Peltier als Sündenbock für den Tod der zwei FBI-Leute, um so den Protesten ein Ende zu setzen. In den Jahren 1972 bis 1976 erfolgten auf der Pine Ridge Reservation in South Dakota durch das FBI u.a. 200 gewalttätige Angriffe, bei den 70 Indianer getötet wurden. Die Verfolgung Peltiers durch die US-Regierung ist direkt verknüpft mit den Bemühungen traditioneller Indianer, die Ausbeutung ihres Landes sowie den Verlust dessen an US-Behörden zu verhindern. Kernstück dieses Kampfes ist damals wie heute die Souveränität der Eingeborenen Nordamerikas und die Auflehnung gegen die Vertragsbrüche, mittels derer Regierung und Konzerne die reichen Bodenschätze der Reservate ausbeuten wollen. 1986 erhielt Peltier von Spanien den International Human Rights Award, da er die historischen und kulturellen Rechte seines Volkes gegen den Genozid an seiner Rasse verteidigte.

Seit seiner Verurteilung durch die US-Gerichte wurde immer wieder der Antrag gestellt, das Verfah-

ren neu zu eröffnen, um einen gerechten Prozess herbeizuführen. Die US-Gerichte lehnten dies stets ab, obwohl mittlerweile offensichtlich war, daß es sich hier um einen Justizirrtum handelt. Selbst Millionen von Petitionen (allein 17 Mio. Unterschriften aus der UdSSR) und die breite Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf diese Rechtsbeugung und das Justizverbrechen ließen die Gerichte kalt.

Nachdem am 27. Oktober 1976 das Bundesanhörungsgericht die Auslieferung des politischen Gefangenen an die USA als rechtsgültig bestätigt hatte, versuchten verschiedene Peltier-Unterstützungskomitees, die Gerichte zu weitreichenden Untersuchungen zu bewegen, und das Leonard Peltier Canadian Defense Committee konnte schließlich einen Anhörungstermin für den 12. Juni 1989 erwirken. Doch der Supreme Court of Canada weigerte sich plötzlich und ohne Angabe von Gründen, Leonard Peltier das Recht zu gewähren, vor Gericht die vom FBI gefälschten und damals Ausschlag gebenden Beweise zu widerlegen, und die Rücknahme der Auslieferung an die USA zu erreichen. Kanada weigert sich somit trotz des Wissens um den Meineid von Myrtle Poor Bear und die rechtswidrige Verfahrensweise des damaligen Prozesses Peltier das Recht zu geben seine Unschuld zu beweisen. Damit beteiligt sich Kanada wiederholt an der rassistischen Rechtspolitik der USA mittels derer Washington die klare Völkermordstrategie der vergangenen Jahrhunderte gegenüber den Eingeborenen Amerikas fortführt.

Keine Koyote-Geschichte

Bei seinem Besuch in München baten wir Milo Yellow Hair, uns eine Koyote-Geschichte zu erzählen. Es ist keine Koyote-Geschichte
daraus geworden:

"Wir nennen diese Geschichten "Iktomi"- Geschichten, Geschichten von der Spinne.

Diese Geschichte hat mit der Entstehung des Reservats zu tun.
Es ist eine Geschichte, die deutlich macht, wie iktomi seine Spinnweben über die ganze Welt breitet, und die Leute dazu bringt, in kleinen viereckigen Schachteln zu leben. Diese Geschichten bringen die Menschen dazu, sich selbst zu betrachten, wie sie in eine bestimmte Situation gerieten, weil irgendwer sie darum bat, etwas für sie zu tun.

Die Mentalität der Lakota kommt darin gut zum Ausdruck. Sie sind bereit etwas zu tun, wenn sie von jemand darum gebeten werden. Weil sie offen sind, schnell vergeben und vergessen, ein Volk voll Vertrauen, war es immer leicht für jemanden seinen Vorteil auszunutzen, ein ganzes System zu errichten, das ganz bewußt die Lebensweise der Lakota vernichtet.

Am Anfang kam iktomi vorbei und sagte dem indianischen Volk, daß es sich versammeln sollte, damit die NAMEN registriert werden könnten. Er sagte: "Wenn ihr dies tut, dann seid ihr zu diesem berechtigt und ihr seid zu jenem berechtigt, ihr könnt an der REGIERUNG teilhaben und an anderen Angelegenheiten."
Also gingen sie hin.
Und nachdem sie ihre NAMEN "gegeben" hatten (so drückte man sich in jener Zeit aus), sagte iktomi zu ihnen: "Sehr gut, jetzt da ich eure NAMEN habe, kann ich auch eure STIMMEN bekommen ? Dadurch, daß ihr eure NAMEN gegeben habt, besteht für euch die Möglichkeit, für eine REGIERUNG zu STIMMEN."
"Was ist denn das, eine REGIERUNG ?"
"Wir werden für alle von euch viele gute Dinge bewerkstelligen. Wir denken da an jeden, an Schulen, an Lehrer ... Wir können Straßen bauen ..."
Sie sagten: "Na gut", und so gaben sie ihre NAMEN auch dafür. Natürlich wurde iktomis Cousin, noch so ein iktomi zum PRÄSIDENTEN gewählt. Gleich zu Anfang begannen sie alle guten Dinge des lebens aufzufressen, ohne davon an die Indianer abzugeben.
"Gut, wenn euch Leuten nicht gefällt, was wir tun, mußt ihr zu dem anderen Ort gehen. Er wird GERICHT genannt, ein ORT DER RECHTSPRECHUNG, und ihr könnt dort eine BESCHWERDE einbringen. Wir wollen sicher gehen, daß ihr wißt, ihr habt das RECHT dazu."
So gingen sie zu diesem Ort, dem GERICHTSHOF.
Die Indianer gingen dort hin. Und wer saß dort, beim GERICHTSHOF ? Es war iktomis anderer Cousin. Diesmal wollte er 50 $. "Tja, wenn ihr also BESCHWERDE einlegen wollt, dann mußt ihr bezahlen", sagte er.
Der Indianer meinte dazu: "Ich habe die 50$ aber nicht."
"Dann gehst du einfach hinüber zum REGIERUNGSGEBÄUDE und fragst meinen Cousin, er wird dir das Geld geben."
So ging der Indianer dorthin.
"Großartig, du mußt nur dieses PAPIER unterschreiben", sagte iktomi.
"Was ist das für ein Papier?"
"Nun, du hast LAND und was immer wir für dein LAND bekommen, davon werden wir dir das GELD abziehen."
"In Ordnung", entgegnete der Indianer.
"Bitte hier sind 50$."
Er lieh sich also GELD auf das LAND, das er besaß. Er ging hinüber zum GERICHTSGEBÄUDE. iktomis Cousin saß dort und er bezahlte seine 50$ und sie arbeiteten eine BESCHWERDE aus:
"Uns gefällt das nicht, es gibt einfach zu viele REGELN."
Darauf sagte iktomi:"Prächtig, komm in zwei Wochen wieder, wir werden eine ANHÖRUNG zu diesem Zweck vornehmen, aber du bringst besser einen ANWALT mit."
"Was ist ein ANWALT ?"
"Jemand, der für dich sprechen wird, du kannst in diesem GERICHTSSYSTEM nicht einfach für dich selbst sprechen."
"Wo kriegen wir denn einen ANWALT her ?"
"Nimm dieses Stück PAPIER und geh' dorthin."
Sie gingen also dorthin zu dem anderen Ort. Und wer saß dort ? Wieder ein iktomi. Er saß dort, der andere Cousin und er sagte:
"Ich werde für euch vor GERICHT sprechen." Und er redete und redete, weiter und weiter. Dann sagte er: "Ihr schuldet mir 50$."
Jedesmal hatten die Indianer ein wenig weniger: Weniger GELD UND weniger LAND. Ziemlich bald waren sie hoch verschuldet und die Leute begannen, ihre ZINSEN einzufordern. Doch das größte Problem entstand, als die REGIERUNG ein GESETZ über das HEIRATEN machte. Früher, vor dieser Zeit, lebten Indianer wenn sie sich gern hatten einfach so zusammen. Ihre Kinder wurden liebevoll aufgezogen, nicht unbedingt nach einem festen Schema.
Der iktomi vom GERICHT schrieb dem Mann und sagte: "Ihr könnt nicht einfach so zusammenleben, das ist GEGEN DAS GESETZ. Also müßt ihr vorbeikommen und euch verheiraten. Auf diese Weise ist es dann GESETZLICH."

INDIAN NEWS

Nun seht mal, der Indianer und die Indianerin dachten eine Weile darüber nach, dann sagten sie: "Vielleicht sollten wir hingehen."
Und sie gingen hin. Dort sagte iktomi: "Wenn ihr euch verheiraten wollt, müßt ihr den Bluttest machen und darüberhinaus müßt ihr ein PAPIER machen, ja, und dann mußt ihr mir noch 50$ bezahlen."
Der Mann meinte: "In Ordnung."
Und so machten der Mann und die Frau sich daran, besorgten die 50$ und brachten die Prozedur hinter sich. Alles war gut, bis sie begannen, sich zu streiten. Dann wollten sie sich trennen. Sie gingen zu diesem iktomi und sagten: "Wir wollen die Sache beenden. Wir waren vorher glücklicher, als meine Frau ihre eigenen Freunde hatte, und ich meine. Damals gingen wir auch allein aus, lebten auf diese Weise zusammen und respektierten uns gegenseitig."
iktomi sagte: "Nein, so geht das nicht. Um dieses PAPIER UNGÜLTIG zu machen, mußt ihr wieder 50$ an mich bezahlen ..."

Deshalb werden die iktomi-Geschichten erzählt. Die Verhältnisse über die wir sprechen, herrschen auch heute noch. Die Stammesregierungen sind verordnet, die Art der Rechtsprechung aufgepfropft, das Scheidungsrecht einfach vorgesetzt, die Namensgebung, die Wahlen, alle diese Dinge wurden einfach verfügt.
Wir änderten unsere Sichtweise dahingehend, daß wir iktomi diese Dinge zuschieben, iktomi ist ein Schlitzohr. Durch die Geschichte hindurch wurde iktomi dazu verwendet, Kindern Verhaltensweisen auf lustige Art zu erklären. Er lehrt die Menschen über sich zu lachen.

Wir sagen, daß Koyote für uns eine Verkörperung des Todes ist. Vor langer Zeit fingen die Menschen den Tod und steckten ihn in ein Gebäude, so ähnlich wie ein Gefängnis. Niemand durfte sich ihm nähern. Aber Koyote war der Einzige der dieses Gesetz brach und so brachte er den Tod ins Leben zurück. Deshalb mag heute keiner den Koyoten. Wenn er über die Prärie läuft, wendet er sich immer um, schaut hinter sich, ob ihm auch niemand folgt. Er hat Angst vor der Strafe dafür, daß er den Tod wieder auf die Erde zurückbrachte. Früher war das anders. Er war einfach zu neugierig, ein ziemlicher Geheimniskrämer obendrein.

Deshalb mag heute niemand den Koyoten.
Er ist überall.

QUELLE: «COYOTE» FRANZISKANERSTR. 36 / MÜ 80

DER LIEDMACHER

Auf der Hauptstrasse, von der Union
Gospel Mission,
sitzt ein Betrunkener, ganz in sich
zusammengesunken.
Er träumt von scheckigen Pintos in
den Farben von Wein
und Eis, und von Trommeln, die den
Namen des Windes
rufen. Das Haar verbirgt sein Gesicht,
doch ich glaube, ich weiß, wer er ist.

Machte er nicht Lieder, die die Menschen
noch immer nachts im Schlaf singen?
Baten ihn nicht die Kojoten um neue
Gesänge, die sie dem Mond schenken
wollten?
Tanzte er einst nicht die ganze Nacht
und lachte, als in der Morgendämmerung
die Frauen sich plötzlich scheu ab-
wandten?
Machte er nicht ein Lied nur für mich,
geheiligt dadurch, daß er es nur einmal
sang?

Wenn er den Kopf heben würde,

könnte ich seine Augen sehen,
könnte sehen, ob er auch jetzt singt-
ein Lied, das an die Seele greift.
Aber er ist ganz zusammengekrümmt,
und alle gehen an ihm vorbei.
Er muß noch immer einen starken Zauber
besitzen, um so unsichtbar zu sein.

Ich erinnere mich, wie er sagte:
Auch das Gras hat ein Lied,
wenn auch nur der Wind es hört.

Anita Endrezze-Danielson

UNTER EINEM ABGESTORBENEM BAUM

draußen in den Wäldern
wo der Blitz einschlug
fand ich ein Holzstück
schwarzverkohlt
und aus dem toten
schwarzen Holz
sprossen drei Grashalme
leuchtendgrün

Robert J.Conley
(Cherokee)

HISTORISCHE GEDENKTAFELN ENTLANG DER STRASSE NR. 90

Kleine amtliche Schilder,
verblichenes blaues Metall,
erteilen Geschichtsunterricht
vom Straßenrand her.

Erstes Schulhaus
Erste Zeitung
Erste Siedlerhütte

und im Zentrum
der kleinen Collegestadt
zeigt ein anderes Schild
den Ort an,
wo die Pfirsichbäume
des Cayuga-Volkes standen,
bevor Sullivans Soldaten
sie zerstörten.

Die Schilder sind kleiner
als die Hügel,
kleiner als der Grabhügel
von Goi-o-gouen.

Während ich fahre,
stäubt Schnee in mein Auto herein,
so fein, daß die Flocken
unsichtbar sind;
und obwohl vor mir alles
im Dunst verschwimmt,
spüre ich zu meiner Rechten etwas,
das stark ist und atmet und lebt.

Es ist der Cayuga-See,
schieferblau, mehr Nebel als Wasser,
unergründlicher als ein Traum.

Mein Blick verliert sich
in diesem uferlosen Gewässer -
einer Vergangenheit,
die immer lebendig sein wird.

Joseph Bruchac
(Cayuga-Irokese)

CRAZY HORSE

die dämmerung

erhob sich wie eine Hand
an der grenze des dunkels

im hellen dunst stand
der krieger als
lauschte er
dem klang einer
glocke

im
hohlen
wind

Lance Henson (Cheyenne)

Es mag sein, daß wir mit dem Land zufrieden waren, das uns ursprünglich zugewiesen wurde. Aber im Lauf der Jahre haben uns die Regierungen Kanadas und der USA nach und nach immer mehr davon gestohlen. Im 19.Jahrhundert stahl man uns das Land aus wirtschaftlichen Gründen, denn es war reich und fruchtbar und gab Nahrung im Überfluß. Man ließ uns nur jene Gebiete, die in den Augen der Weißen keinen Wert besaßen. Heute ist das einst als wertlos bezeichnete Land durch die fortschreitende Technologie der weißen Zivilisation mit einemmal nützlich und kostbar geworden. Die Weißen würden uns nun am liebsten aus den Reservationen verdrängen, denn dieses unfruchtbare Land birgt wertvolle Mineralien und Ölvorkommen. Es ist nicht das erstemal, daß die weiße Zivilisation nicht-weiße Völker bestiehlt. Gelingt dies den Weißen, nennen sie es Kolonialisierung. Leistet ein Volk den Kolonialisierungsversuchen Widerstand, sprechen sie von Krieg. Doch wenn wir, die bereits kolonialisierten Indianer Nordamerikas, gemeinsam aufstehen und uns wehren, nennt man uns Kriminelle. Was könnte deutlicher zeigen, welch eine Farce es ist, uns als Verbrecher zu behandeln? Wir sind eine inianische Nation; die Regierungen Kanadas und der Vereinigten Staaten und die herrschende weiße Zivilisation die sie vertreten, führen seit über vierhundert Jahren Krieg gegen unser Volk, unsere Kultur und Religion und gegen die heilige Mutter Erde.

Leonart Peltier (Sioux/Tschippewa)
seit 1977 in Haft
zweimal lebenslänglich
politischer Gefangener

Die weißen Amerikaner sind bestenfalls Gäste auf diesem Kontinent; man könnte aber auch sagen, daß die Vereinigten staaten von Amerika auf gestohlenem Land errichtet sind.

Leslie Silko

LAGUNA-FRAUEN BEIM MITTAGESSEN

Großmutter sagt, es ist deprimierend -
all diese Indianerfrauen,
die niemals Kinder haben werden,
und sie wußten nicht einmal,
daß man sie sterilisiert hatte.
Ach ja, die Ärzte wollten ihnen Kummer
ersparen, diesen Frauen,
arm wie sie sind und überhaupt -
so wird es immer begründet.
Trauer erfüllt uns bis zum Rippenbogen, macht uns das Atmen schwer.
Wir, drei Indianerinnen,
die ihre Herkunft verschweigen,
meine Mutter, meine Großmutter
und ich - uns hat niemand sterilisiert.
Unsere Kinder sind erwachsen.
Wir wagen es nicht zu weinen, hier
beim Kaffee in diesem feinen Lokal,
wir sind ruhig, schwanger
mit dem ungeborenen Schmerz der anderen
Meine Mutter sagt, es ist genauso
wie in Deutschland unter den Nazis.
Medizinische Massenvernichtung.
Ich gelte nun offiziell als alte
Frau, meint sie,
jetzt sage ich es ihnen ins Gesicht.

Paula Gunn Allen

In den letzten Jahren gibt es immer mehr Beweise dafür, daß viele junge Frauen sterilisiert werden, oft mit Hilfe des von der Regierung eingesetzten Gesundheitsdienstes IHS (Indian Health Services). Fehlinformationen über die Folgen des Eingriffes und Einschüchterungstaktiken sollen die Frauen dazu bringen, ihre Zustimmung zu geben; in vielen Fällen werden sie jedoch gar nicht informiert, die Sterilisation wird einfach mit einer anderen Operation (z.B. Blinddarm) verbunden. Laut Dr.Connie Uri (Los Angeles) haben Untersuchungen ergeben, daß bereits ein Viertel der indianischen Frauen "im gebärfähigen Alter" sterilisiert wurde. Keine der betreffenden Kliniken, keiner der Ärzte wurde dafür zur Rechenschaft gezogen.

INDIANER

WAS HIER BLÜHT, SIND KEINE ROSEN

ein strang stacheldraht
a n den rote Bänder geknüpft sind
umschließt das bia-gelände
in concho oklahoma
rotfinken und schwalben fliegen
über das sperrgebiet
nisten in den gefangenen bäumen

das echo von kinderstimmen
cheyenne und arapho
singt in den stillen räumen wo sie
schliefen
es ist bereits gesagt worden

der weiße mann gab uns viele versprechen
er hielt nur eines
er sagte er würde uns das land nehmen
und tat es

lance Henson

Eind in der indianischen Zeitschrift "Akwekon" abgedruckte Fassung dieses Gedichts ist mit der sarkastischen Widmung versehen: "Für Reagan und das BIA"(Bureau of Indian Affaires). Das dem Innenministerium unterstellte "Büro für indianische Angelegenheiten" hat sich vielfach nicht als Interessenvertreter der Indianer, sondern als Handlanger der Regierung erwiesen. Unter Präsident Reagan wurden zahlreiche indianische BIA-Schulen geschlossen, so auch die in Concho,Oklahoma. Dadurch wird die Entwurzelung der indianischen Schüler verstärkt, die nun "weiße" Schulen besuchen müssen, in denen sie Außenseiter sind.

Eine der Auswirkungen der technologischen Revolution besteht darin, daß wir der Erde entfremdet worden sind. Wir haben die Orientierung verloren, glaube ich; wir unterliegen einer Art psychischer Verwirrun, was Zeit und Raum betrifft. Mögen wir uns auch problemlos zurechtfinden, wenn es um den Weg zum Supermarkt geht oder darum, die Zeit bis zur nächsten Kaffepause abzuschätzen, so zweifle ich doch daran, ob jemand von uns seinen Standort bestimmen kann, was die Sterne angeht oder die Zeiten der Sonnenwende. Unser Sinn für die Ordnung der Natur ist stumpf und unverläßlich geworden. Wie die unberührte Natur selbst ist auch der instinktive Bereich in uns im gleichen Ausmaß zusammengeschrumpft, denn wir haben verlernt, eine wahre Vorstellung von ihr zu entwickeln.

N.Scott Momaday
(Kiowa/Cherokee)

VOM STERBEN

Ich trage ihn hinaus ins Freie
unter die Bäume,
ich stelle ihn auf die Erde.
Wir hören den Grillen zu,
dem Lied der Zikaden, jahrmillionenalt.
Ameisen laufen vorbei.
Ich sage zu ihnen:
"Das ist er, mein Sohn.
Er schaut euch zu, dieser Junge.
Ich spreche für ihn."

Die Grillen, Zikaden,
die Ameisen, die Jahrmillionen
beobachten uns,
hören, was wir sagen.
Mein Sohn murmelt Babyworte,
er redet, helles Lachen
sprudelt aus ihm.
Baumblätter zittern.
Sie hören diesem Jungen zu,
der für mich spricht.

Simon J. Ortiz

Die politische Struktur indianischer Völker ist demokratisch und geht von der Gleichheit aller aus. Jeder Mensch, ob jung oder alt, Mann oder Frau, hat das gleiche Mitbestimmungsrecht. Entscheidungen werden von allen gemeinsam getroffen. Jeder nimmt gleichberechtigt am Leben der Stammesgemeinschaft teil; so ist ein friedliches Miteinander gewährleistet. Autorität geht von den Ältesten auf die jungen über, und selbst das Weinen der Babys bleibt nicht unbeachtet.
Das Wirtschaftssystem der indianischen Völker beruhte ursprünglich auf einem Leben in der Gemeinschaft. Indianer lehnten persönlichen Grundbesitz ab und brauchten auch kein Geld, da jeder ein Anrecht auf die notwendigen Lebensgüter hatte; der Reichtum der Natur kostete nichts und war für alle da. Niemand mußte sich die Existenzberechtigung erst verdienen, aber es war die Aufgabe aller, für Unterkünfte und Nahrung zu sorgen, für die Gemeinschaft zu jagen, zu fischen, die Felder zu bestellen. Arbeit, Nahrung und Unterkünfte wurden gerecht verteilt. Es gab kein Klassensystem mit einer Kluft zwischen Arm und Reich. Erwarb eine Familie durch ihren Fleiß mehr als sie zum Leben brauchte, dann nur deshalb, um den Überfluß in einer zeremoniellen Verteilung von Geschenken wieder herzugeben. Der Reichtum wurde auf das Konto des Volkes gelegt; und die Zinsen waren Wohlwollen.

Janet McCloud

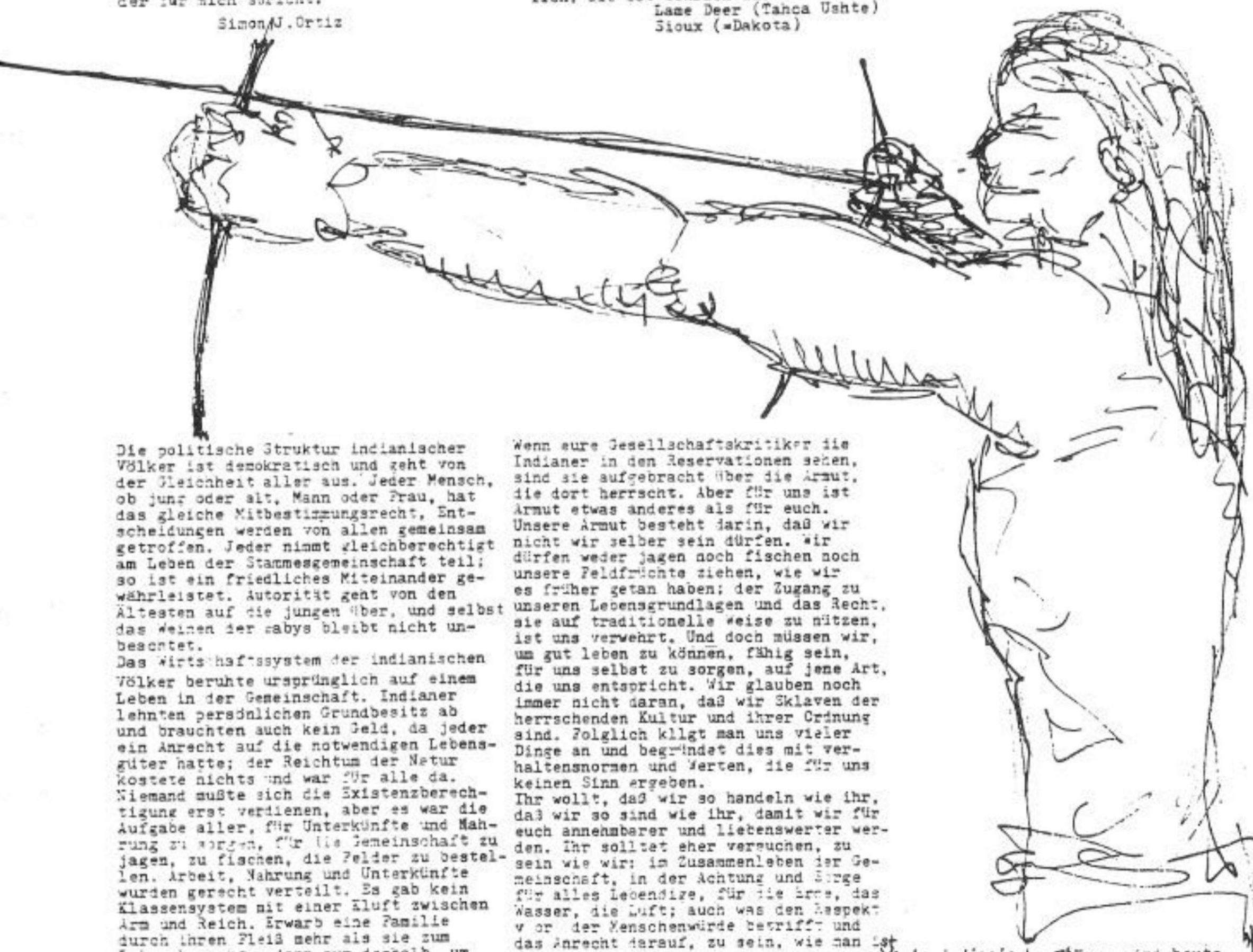
Die Ureinwohner Amerikas waren freundlich und sanft im Umgang mit ihren Kindern. Wenn ein Kind etwas anstellte, wurde es nicht geschlagen, sondern Eltern oder Großeltern erzählten ihm eine der alten Geschichten, die immer eine Lehre enthielten. Körperliche Bestrafung mag in Erinnerung bleiben, meist mit Groll verbunden, lang nachdem der Anlaß für die Strafe vergessen ist. Eine gute Geschichte jedoch kann einen Menschen das ganze Leben lang begleiten und weiterwirken - davon sind zumindest Indianer überzeugt.

Manche der ersten Geschichten, die Kindern erzählt werden, handeln von Tieren, besonders von kleinen Tieren wie Waschbär oder Fuchs, Schildkröte und Kaninchen - Tiere, die klug sein müssen, wenn sie überleben wollen. Um Erfolg zu haben, braucht man nicht unbedingt der Größte und Stärkste zu sein.

Joseph Bruchac

Wir Sioux sind kein einfaches Volk; wir sind sehr kompliziert. Wir schauen alles immer aus verschiedenen Blickwinkeln an. Für uns ist in der Freude Schmerz und im Schmerz Freude, genauso wie wir einen Clown gleichzeitig als lustige und Tragische Figur empfinden. Alles ist Teil desselben Ganzen - der Natur, die weder traurig ist noch glücklich; sie ist einfach da.

Lame Deer (Tahca Ushte)
Sioux (=Dakota)



Wenn eure Gesellschaftskritiker die Indianer in den Reservationen sehen, sind sie aufgebracht über die Armut, die dort herrscht. Aber für uns ist Armut etwas anderes als für euch. Unsere Armut besteht darin, daß wir nicht wir selber sein dürfen. Wir dürfen weder jagen noch fischen noch unsere Feldfrüchte ziehen, wie wir es früher getan haben; der Zugang zu unseren Lebensgrundlagen und das Recht, sie auf traditionelle Weise zu nützen, ist uns verwehrt. Und doch müssen wir, um gut leben zu können, fähig sein, für uns selbst zu sorgen, auf jene Art, die uns entspricht. Wir glauben noch immer nicht daran, daß wir Sklaven der herrschenden Kultur und ihrer Ordnung sind. Folglich klagt man uns vieler Dinge an und begründet dies mit verhaltensnormen und Werten, die für uns keinen Sinn ergeben.
Ihr wollt, daß wir so handeln wie ihr, daß wir so sind wie ihr, damit wir für euch annehmbarer und liebenswerter werden. Ihr solltet eher versuchen, zu sein wie wir: im Zusammenleben der Gemeinschaft, in der Achtung und Sorge für alles Lebendige, für die Erde, das Wasser, die Luft; auch was den Respekt vor der Menschenwürde betrifft und das Anrecht darauf, zu sein, wie man ist.

Carol Lee Sanchez
(Laguna-Pueblo-Indianer/Sioux)

Ich ging an den Ort wo
meine Seele erstarkt

Ich sah den Berg:
seine Seele war fort
Der Wind schrie durch Bäume
die es nicht mehr gab

Ich rief nach dem Bären, dem Wolf,
nach dem Kojoten und dem Puma

Sie sind nicht mehr da
sagte
ein alter Mann dessen
alte graue Zöpfe
der sterbenden Erde
entgegenwuchsen.

S.Roberto Sandoval
(Genizaro)

Viele indianische Stämme sind heute in ihrer Existenz bedroht. Hohe Arbeitslosenrate und Kindersterblichkeit, Alkoholismus aus Hoffnungslosigkeit, viele Selbstmorde, besonders bei Jugendlichen, kennzeichnen die elende Lage eines einst so stolzen Volkes.

Viele Indianer lehnen allerdings heute die Kultur der Weißen, die ihnen so viel Unglück gebracht hat, ab. Sie bekennen sich wieder zur Kultur ihrer Vorfahren und bekommen daraus ein neues Selbstbewußtsein und die Kraft, sich aufzulehnen.
Inzwischen gibt es auch eine wachsende Zahl von Frauen und Männern, die zur Waffe greifen, um ihre Rechte zu erkämpfen.

Ich werde nicht da sein . Ich werde
mich erheben und untergehen. Begrabt
mein Herz am Wounded Knee.

Stephen Vincent Benet

Wenn
Militant sein heißt
Daß ich alle
Möglichkeiten nutze
Daß ich jeden nur möglichen
Schritt tue
Und alle
Nur möglichen und
Unmöglichen aktionen

Wenn
Das militanz ist
Daß ich auf dem weg
Mein ziel vergesse und
Verleugne
Dann bitte ich
Meinen vater Sonne und
Meine mutter Erde
Daß sie mir
Leben
Und Stärke geben ,um einen
Anderen Weg zu gehen

(kein medizinmann)

KURDISTAN

Prozeß-Info

Herausgegeben vom Hamburger Solidaritäts-Komitee
für die inhaftierten Kurden in der BRD

Nr. 3
16. Juni 1989

Der Hungerstreik gegen die menschenunwürdigen Haftbedingungen ist beendet

Von Anfang April bis Anfang Juni haben 9 der 14 der in BRD inhaftierten kurdischen Freiheitskämpferinnen und Kämpfer Hungerstreiks gegen ihre menschenunwürdigen Haftbedingungen durchgeführt. Im Rahmen dieses Hungerstreiks wurde ihnen sowohl vom Oberlandesgericht als auch von der Bundesanwaltschaft mündliche Zugeständnisse zur Erleichterung ihrer Haftbedingungen gemacht. So unter anderen die Erlaubnis zur Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen, schnellere Beförderung der Buriefkorrespondez, mehr Hofgang. Selahattin Erdem, der in Hamburg inhaftiert ist, wurde zugesagt, daß seine Artikel und Briefe für die kurdischen Zeitungen Serxwebun und Berxwedan nicht mehr beschlagnahmt werden. Auch die faschistischen Junta in der Türkischen Republik mußte dort den politischen und den kurdischen Kriegsgefangenen auf Grund ihres Widerstandes und der zunehmenden Unterstützung der Angehörigen und Freunde immer wieder Zugeständnisse machen. Oft genug hat die türkische Junta versucht diese Zugeständnisse nach Beendigung der Hungerstreiks wieder rückgängig zu machen.

Deshalb bedarf es unserer Wachsamkeit und zunehmenden Mobilisierung, um die Umsetzung dieser erkämpften Zugeständnisse zu erreichen. Gleichzeitig fordern wir die Freilassung unserer inhaftierten kurdischen Freunde und Freundinnen und die Einstellung des geplanten Schauprozesses gegen einen legitimen nationalen Befreiungskampf.

AUSZÜGE AUS DER ERKLÄRUNG DES INHAFTIERTEN KURDISCHEN POLITIKERS Selman Arslan AN DIE ÖFFENTLICHKEIT

Seit über einem Jahr werden wir als Folge eines heute noch durchgeführten Angriffs gegen den nationalen Befreiungskampf Kurdistans von der Außenwelt total ausgeschlossen und isoliert in Isolationszellen gesperrt. Dieser Angriff stützt sich auf Willkür, entbehrt jeglicher rechtlicher Grundlage und mißachtet die Menschenrechte aufs Schärfste. Durch diesen Prozeß ist es allzudeutlich geworden, was für eine Lüge, die allzu oft genannte „Unabhängigkeit und Neutralität der Gerichte" ist. Die bundesdeutschen Gerichtsorgane zeigen im Falle dieses Prozeßes en tales Durcheinander. Während zum Beispiel das Oberlandesgericht Düsseldorf für die gewöhnlich alle 3 Monate durchgeführten Haftprüfungen zuständig ist, untersucht außerdem auch der Bundesgerichtshof die Lage und entscheidet darüber. Diese Situation ist Ausdruck für die bestehenden Machtwidersprüche zwischen den genannten Gremien. Auch die folgenden Zeilen aus einem Schreiben des Oberlandesgerichts Düsseldorf vom 6. März 1989, in dem der Antrag der Verteidiger auf einen zweiten Pflichtverteidiger verweigert wird, zeigt mit welcher Urteilslogik wir konfrontiert werden. Darin heißt es, daß an diesem Verfahren nichts außergewöhnliches sei... die von der Generalbundesanwaltschaft vorgelegten Beweise für die jeweiligen Straftaten inhaltlich und zahlenmäßig überhaupt keine Schwierigkeiten bereiten würden, auch für die Beschuldigung wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung würden reichliche Beweise genereil vorliegen. Die Generalbundesanwaltschaft sei zugleich damit beauftragt, alle zu Gunsten und zu Ungunsten sprechenden Faktoren festzustellen... Somit würden beide Seiten mit denselben Waffen ausgestattet und ihre Rechte würden keine Beeinträchtigung erfahren...

Unterstützt den kurdischen Befreiungskampf!

Schluß mit der Türkeihilfe der BRD und der Verfolgung kurdischer Organisationen in der BRD!

Einstellung der §129a-Verfahren gegen Kurdinnen und Kurden in der BRD,

Freilassung der inhaftierten Kurdinnen und Kurden!

Wenn man sich vor Augen führt, daß die Ermittlungen noch andauern, mit aller Anstrengung nach neuen Scheinzeugen gesucht, für das Belegen" der Behauptungen mal nach dem Mittleren Osten, mal nach Skandinavien geriffen und der Prozeß vermutlich über ein ahr andauern, hierfür ein neues bombensicheres Gebäude mit einem Kostenaufwand von 7 Millionen DM gebaut wird und der Prozeß den rößten Massenprozeß seit der Gründung der RD darstellt, muß man doch blind sein, um zu ehaupten, daß es sich hier um einen gewöhnichen Prozeß handelt....

Dieses Gericht ist aufgrund dieser Position nicht in der Lage, einen derartig ernsten Prozeß zu führen. Es scheint, als bestehe dieses Mißtrauen nicht nur in uns, auch der BGH hält es für notwendig, selbst eine äußerst gewöhnliche Prozedur wie die Haftprüfung zu kontrollieren. Es ist ausreichend, sich die Praxis dieses Gerichts anzuschauen, um die Situation zu verstehen. Die Forderung der nicht deutschsprechenden Gefangenen, ihnen die Gerichtsbeschlüsse und Prozeßunterlagen in türkischer Sprache zukommen zu lassen, wurde mit einem Beschluß des OLG vom 1. Februar 1989 abgelehnt. Die Gefangenen erhalten schließlich Beschlußunterlagen, die sie überhaupt nicht verstehen.

Neben der Tatsache, daß das Gericht antiemokratische und gesetzeswidrige Haltungen innimmt, werden auch internationale Vereinarungen übergangen. Darüberhinaus werden .B. Briefe, in denen von der Bestrafung eines aschistischen Oberleutnants mit dem Tode erichtet wurde, der 64 Gefangene in dem Gefängnis von Diyarbakir durch unmenschlihe Folterungen ermordete, durch den Willen er Generalbundesanwaltschaft und auf Beschluß des Oberlandesgerichts Düsseldorf beschlagnahmt. Dieser Beschluß zeigt, daß die Bundesregierung das kolonial-faschistische Regime nicht nur auf wirtschaftlichem und militärischem Bereich unterstützt, sondern aß auch die bundesdeutschen justiziellen Orane die türkischen Folterer in Schutz nehmen nd mit dieser Haltung die Folter in der Türkei nd in Kurdistan befürworten.

Doch die Praktiken dieses Gerichts nehmen hiermit kein Ende, sondern es wurden auch die „Resolution der Wirtschafts- und Sozialkommissionen der Vereinten Nationen vom 31. Juli 1957 und vom 13. Mai 1977 über die Mindeststandartregeln der Behandlung von Gefangenen" und die „Deklaration der Generalversammlung vom 14. Dezember 1960 über die Erteilung der Unabhängigkeit an Ländern und Völkern, die kolonialisiert sind" beschlagnahmt. Wir glauben nicht, daß es irgendjemanden gibt, der diese Haltung in irgendeiner Weise erklären könnte.

Der Arm von Hasan Hayri Güler, der bei einem Unfall während seiner Haft kompliziert gebrochen war, kann heute seine Funktion nur noch eilweise erfüllen und ist arbeitsunfähig geworden, weil ihm eine freie Behandlung verweigert wurde. Obwohl alle drei Monate eine Untersuchung notwendig ist, hat das Gericht mit der Begründung, daß er „Terrorist" sei, ihm obwohl die Untersuchung als auch die notwenige Operation verweigert. Kann man diese Haltung anders erklären als, daß schon im Vorerfahren Urteile gefällt werden, wenn man edenkt, daß der Prozeß noch nicht einmal egonnen hat?...

Yasemin Gedik wurde jahrelang in den Kerkern der Türkei eingesperrt und unmenschlichen Folterungen ausgesetzt; die schmerzvollen Folgen der Folterungen dauern heute noch an. Sie wurde nur einige Wochen nach ihrer Einreise in die BRD verhaftet. Die Haftbedingungen hier haben dazu geführt, daß die Krankheit unserer Genossin vorangeschritten ist. Ihr wurde lange Zeit nicht die Erlaubnis erteilt, sich einer grundlegenden freien Behandlung zu unterziehen und es wurden auch in der JVA nicht die Möglichkeiten dafür geschaffen. Erst, nachdem sie damit drohte, einen Hungerstreik zu beginnen, konnte sie ein Spezialist von draußen behandeln.

In der internationalen Menschenrechtskonvention der UNO vom 10. Dezember 1948 steht in dem 5. Abschnitt: „Kein Mensch... darf unmenschlichen, den Willen antastenden Behandlungen oder Bestrafungen unterworfen werden." Aber wenn wir vor und nach jedem Hofgang und nach dem Duschen jedesmal nackt ausgezogen und auf erniedrigende Weise durchsucht werden, ist dies nicht ein deutlicher Verstoß dagegen? Im 7. Abschnitt derselben Konvention heißt es: „Jeder ist vor dem Gesetz gleichberechtigt...". Uns wird jedoch im Gegensatz zu anderen Häftlingen, die aufgrund des § 129 a angeklagt oder verurteilt sind, scheinbar als Notwendigkeit unserer ausländischen Nationalität, das Recht auf Erhalten von Paketen verweigert. Der 19.Abschnitt derselben Konvention beinhaltet:„Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit. Um seine Meinung zu bilden, hat er das Recht auf Analyse von allen Quellen, und seine Ansichten kann er frei vertreten und verbreiten." Aber wenn die geschriebenen oder zugesandten Briefe, Zeitungen, Zeitschriften und Informationsmaterialien beschlagnahmt werden und uns das Recht auf den Bezug von erwünschten Zeitschriften und Schriftstücken entzogen wird, verstößt das denn nicht gegen das Abkommen? Auf diese Frage wird es bestimmt keine Antwort geben. Außerdem stützen sich die Beschlagnahmung und die Behinderung auf keine rechtlichen Grundlagen, sondern auf totale Willkür und es ist ein politisches Verhalten....
Der Generalbundesanwalt behauptet in seiner Presseerklärung am 6.4.88, daß die Ermittlungen in der BRD stattfinden würden und daß dieser Prozeß nicht gegen den kurdischen nationalen Befreiungskampf gerichtet wäre. Doch mit der Zeit hat er schließlich selbst die Unrichtigkeit seiner Aussage preisgegeben, indem er den Mittleren Osten und Skandinavien zur BRD bezog, so konnte seine wahre Absicht an das Tageslicht treten. Seit wann sind denn diese Gebiete innerhalb der deutschen Grenzen. Oder glaubt der Herr Generalbundesanwalt, daß er sich in der Hitlerzeit befände?
Obwohl wir das Recht auf eine Stunde Besuchszeit haben und ich seit fast mehr als zwei Monaten keinen Besuch erhielt, wurde den Besuchern nur eine halbe Stunde Besuchszeit gestattet, die eine Strecke von 500km gefahren waren. Das Maß ist im ganzen der Willkür von Richtern überlassen.

Die ständige Aufsicht, die Beraubung aller menschlichen Rechte und die Beobachtung durch Kameras am Tag und in der Nacht, kann nur mit den Versuchstieren in Laboratorien verglichen werden, aber nicht mit rechtlichem und menschlichem Vorgehen. ... Damit das BKA und die Bundesanwaltschaft aus der Sackgasse herauskommen, wird versucht, die Gefangenen zu Geständnissen zu zwingen, ansonsten erpresst man sie mit lebenslänglicher Haft, indem neue angebliche Straftaten zu der Anklageschrift hinzugefügt werden. Aufgrund dieses psychologischen Drucks, der Erpressung, der Sanktion und der Isolation gibt es kaum noch einen Gefangenen, der seelisch und körperlich nicht krank geworden ist. Allein dies zeigt, in welche Anspannungen die Menschen getrieben werden.

Die Unterredung mit Besuchern und Anwalten ist nur durch eine Trennscheibe möglich. Den Besuchern wird zugehört und von den Gesprächen werden Notizen gemacht, womit man die Besucher einschüchtern will. Diese gesamten Maßnahmen und Haltungen, die weitentfernt und nicht mit den Menschenrechten und Freiheiten übereinstimmen, sind auch menschenunwürdig.

... Die Aushändigung von Publikationen, in denen wir die Nachrichten aus Kurdistan ausführlich und durch ihre Richtigkeit verfolgen können, ist nicht erlaubt. Dies wird damit begründet, daß diese Publikationen (Serxwebun und Berxwedan) über die Aktionen des nationalen Befreiungskampfes berichten und für die PKK agieren. Im Original der Anklageschrift wird der nationale Befreiungskampf als terroristisch abgestempelt und die offiziellen Ansichten der TR vertreten. Dies könnte als Ansicht eines Staates annehmbar sein, aber für die Verantwortlichen dieses Prozeßes stellt dies eine Vorverurteilung dar. ... Durch das Abstempeln des nationalen Befreiungskampfes als „terroristisch", wird die Resolution von der UNO vom 19.11.87, die besagt, daß der bewaffnete Kampf der Völker von kolonialisierten Ländern gerecht und legitim ist, nicht anerkannt.

AN DIE DEMOKRATISCHE DEUTSCHE ÖFFENTLICHKEIT! ... Für die deutschen demokratischen Kräfte ist das Problem anders. Da die BRD ihr eigenes Land ist, ist es undenkbar, daß sie den Entwicklungen gegenüber tatenlos bleiben. Die Gefahr wird, wenn nicht heute, morgen gegen sie gerichtet sein. Es kann behauptet werden, daß dieser Prozeß für Sie eine Probe darstellt. Die Sensibilität und die Annäherung der deutschen demokratischen Kräfte in Bezug auf den Prozeß wird auch gleichzeitig ihre Zukunft betreffen. Es kann nicht angenommen werden, daß sie gegenüber ihrer Zukunft gleichgültig sind. ... Jeder, der für die Freiheit und Menschlichkeit, die mit diesem Prozeß verurteilt werden sollen, eintreten. Was man hier verlieren wird ist die Zukunft. Wir rufen alle, die für die Demokratie, Frieden und Freiheit sind auf, ihre Stimmen zu erheben und sich in der Person des kurdischen Volkes für eine humanitäre Sache einzusetzen und dafür einzutreten. Es darf nicht zugelassen werden, daß die Reaktion und der Faschismus erneut die Welt bedrohen. Revolutionäre demokratische Kräfte anderer Länder! Das Resultat dieses Verfahrens wird auch eine Gefahr für Euch darstellen. Dieses Verfahren ist nicht nur auf den Unabhängigkeitskampf des kurdischen Volkes gerichtet, sondern es ist vielmehr eine Generalprobe und ein Pulsmessen. Jedes Hinnehmen dieser Situation würde eine unbewußte Unterstützung für die Reaktion sein. Als Folge werden alle revolutionären und demokratischen Kräfte Angriffen ausgesetzt sein. Ihr könnt gegenüber einer Haltung, die Euch, die gesamte Menschheit und die Unabhängigkeitskämpfe bedroht, nicht schweigsam und mit gebundenen Händen dastehen. Setzt mit Solidarität und erhobener Stimme diesen reaktionären Angriffen ein Ende! Zeigt, daß Ihr für Eure Rechte eintretet und ihrer nicht beraubt werdet!

- Es lebe der Unabhängigkeits- und Freiheitskampf des kurdischen Volkes!
- Nieder mit dem Imperialismus, Faschismus und Kolonialismus!
- Keine Unterdrückung, kein Angriff, kein Komplott kann unseren nationalen Befreiungskampf verhindern!
- Es lebe die PKK,ERNK und ARGK!

Selman Arslan, in der JVA Köln-Ossendorf, 12.April 1989
(Die vollständige Erklärung ist im letzten KURDISTAN-REPORT vom Mai 1989 zu lesen)

KURDISTAN-KOMITEE

AN DIE OFFENTLICHKEIT

MASSAKER IN DEM E-TYP GEFANGNISS VON ESKISEHIR * ZWANGSDEPORTATIONEN IN KURDISTAN * VORBEREITUNG FÜR EINEN NEUEN HALEBJE-MASSAKER IN DEN CUDI-BERGEN?

CK'ler Mehmet Yalcinkaya und Hüseyin Hüsnü Eroglu, die sich im 35. Tag ires Hungerstreiks befanden, sind während des Transports aus dem E-Typ fängniss von Eskisehir in den Gefängnissen nach Aydin und Nazili ermordet rden.

ie politischen Gefangenen aus dem E-Typ Gefängiss in Eskisehir ind seit ca. 40 Tagen in den unbefristeten Hungerstreik einge-reten um gegen das 1. August-Dekret und die anti-demokratischen aßnahmen, die, die Menschenrechte und Menschenwürde verletzen, u protestieren. Um die Forderungen dieser politischen Gefangenen u unterstützen, traten hunderte von politische Inhaftiereten us den anderen Gefängnissen wie Ceyhan, Amasya, Canakkale, iyarbakir, Antep u.a. in einen Solidaritätshungerstreik ein. ur Zeit befinden sich ca. 1500 politische Gefangene im Hunger-treik.

ie Forderungen der politischen Gefangen sind:

- Abschaffung des 1. August Dekrets.
- Abschaffung der Einheitskleidung.
- Abschaffung der Deportationspolitik.
- Freier Briefkontakt.
- Verlängerung des Hofganges.
- Verlängerung der Besuchszeiten; bessere Besuchsmöglichkeiten mit angehörigen.
- Zulassung von Bücher, Zeitschriften, Radio, TV usw.
- Höhere Kalorien im Nahrung.
- Mehr Verpflegungsration.
- Abschaffung von Disiplinarstrafe.
- Keine Beschlagnahmigung von Essen und Kleidung die von Angehörigen gebracht werden.
- Die hohen Preise in den Kantinen sollen verringert werden.
- Kriegsgefangenstatus für PKK'ler.
- Wiedereinführung der Ermäßigung gemäß dem Vollstreckungs-gesetz.

der Macht vom 31. juli, am 35. Tag des Hungerstreiks wurden 9 politische Gefangene aus dem Gefängniss vom Eskisehir den Gefängnissen nach Aydin und 52 nach Nazili deportiert. Es t eindeutlich ein Massaker, die politische Gefangenen, die it nunmehr als 37 Tagen einen Hungerstreik durchführen, d von dem Gefängnissarzt für Transportunfähig erkärt worden nd, in der Hitze und langen Transportweg nach Aydin und zili auszusetzen. Nachdem sich die Gefangenen geweigert tten, sich dem Deportationspolitik des Regimes auf andere fängisse und dem damit verbundenen Zerstreung der Widerstand-istenden zu fügen, wurden sie von Spezialeinheiten, Gendarmerie d Polizei angegriffen und auf bestialische Weise verletzt. ei Stunden nach ihrer Ankunft in dem Gefängniss in Aydin arben die PKK'ler Hüseyin Hüsnü Eroglu und Mehmet Yalcinkaya Verletzungen. Fuat Kav, Sükrü Cöktas, Ali Druc und Metin lan liegen zur Zeit im Koma. Über 23 Inhaftierte sind schwer rletzt. Kurz nach diesen Angriffen treten hunderte von poli-schen Gefangenen in den Hungerstreik z.B. 300 Gefangene dem Gefängniss in Diyarbakir, 237 in dem Gefängniss in ziantepe, 216 in den Gefängniss in Canakkale usw.

allel zu dem Massakerversuch in dem Gefängniss von Eskisehir c die kurdische Zivilbevölkerung in dem türkisch besetzten l Kurdistans zwangsdeportiert und ihre Dörfer zerstört.

n dem Beginn des bewaffneten nationalen Befreiungskampf 15 August 1984 in Eruh und Semdinli, hat sich der Befreiungs-of insbesonders in Botan am stärksten fortentwickelt. tz des spezielen Krieges wie Dorfschützerntum, territoriale teidigung, Vermehrung von Assimilationszentren, Aufstellung Spezieltruppen usw. konnte die Unterstützung des kurdischen kes an dem Befreiungskampf nicht verhindert werden. Im enteil, der nationaler Befreiungskampf hat allen voran Gebiet von Botan am stärksten Wurzel gefasst. Zahlreiche lärungen von hochrangigen Offizieren und Vertretern der kischen Regierung wie z.B. Kolonialgouverneurs, Hayri Kozak-glu, bestätigen, daß der Guerilla-Kampf in Botan den türki-en Armee große Schläge versetzt und sie zurückdrängt. Die -strategische Lage hat den Guerilla-kampf eine günstige tze und der patriotische Eigenschaft der kurdischen Bevölker- eine starke Unterstützung gewährt. In dem Gebiet Botan sich auch der Cudi-Berg befindet sind unter dem Motto 'Alles ein befreites Stück Land in Kurdistan' in den fünfjährigen pfdauer Erfolge und Siege erlangt worden.

Seit der Aufnahme des nationalen Befreiungskampfes erlitt die türkische Armee große Niederlagen, Verluste, moralische Zersetzung und Orientierungslosigkeit. Diese Situation spiegelte sich in der Berichterstattung durch die türkischen Presse in Nachrichten, denen zufolge ganze Gendarmerie-Einheiten in diesem Gebiet wortwörtlich 'verloren gegangen' seien.

Da die türksiche Regierung aus eigener Kraft mit ihre ca. 1 Million türkische Armee den nationalen Befreiungskampf nicht zerschlagen kann, versucht sie durch die Massendeportationen der Zivilbevölkerung die Dörfern zu entleeren um so den Unter-stützung an Guerillas zur unterbinden. Tausende von Menschen werden von ihren Dörfern zwangsweise deportiert, und man bedroht sie im Falle des Widerstandes zu bombardieren. Nach einem Beschluss des Generalstab der türkischen Armee nach einer außer-ordentlichen Sitzung, sollen die Cudi-Berge und ihre Umgebung bombardiert und auf diese Weise die Unterstützung der Guerillas durch die Bevölkerung verhindert werden. Daraufhin sind zehn-tausende von Menschen auf die Strassen gegangen und haben tagelang gegen die offen geführten Massakerdrohungen protestiert. Auch die Vorbereitungen der Militärs in dem Gebiet Botan deuten daraufhin, daß dabei Giftgas eingesetzt werden soll.

Wir appelieren an alle Fortschrittlichen, Demokraten, Menschen-rechte achtende Institutionen und Organisationen nicht schweigsam diesen Massakerversuch des türkischen Staates geschehen zu lassen. Durch unsere Invention, und Einsetung für Demokratie und ein humanitäres Leben, können Massakern in den Gefängnissen und an der Zivilbevölkerung in Kurdistan verhindert werden.

07.08.1989

GÜNTER MUß RAUS !

Bericht zu den Haftbedingungen von Günter Sonnenberg

Am 3. mai 1977 — zusammen mit verena becker — nach einer schießerei in singen (hohentwiel) festgenommen. dabei lebensgefährlich am kopf verletzt. die folge war sofortige bewußtlosigkeit. noch am selben tag eine notoperation in singen — und wenige tage später eine neurochirurgische operation in der universitätsklinik tübingen. ende mai 77 verlegung nach stuttgart-stammheim.

dort kam langsam und phasenweise das bewußtsein zurück. die folge der verletzung war, in den stand eines kleinkindes zurückgeworfen zu sein: das elementarste, wie lesen und schreiben, mußte wiedererlernt werden. auch das sehvermögen war sehr gestört — und teilweise sehzellen zerstört. durch die verletzung (hirntrauma) bestand die gefahr von epileptischen anfällen — und deshalb mußte ein antiepileptisches medikament eingenommen werden. in stuttgart-stammheim war die unterbringung im revier mit tag-und-nacht-dauerüberwachung vom revierpersonal. alle anderen räume und zellen waren leer oder von überwachungspersonal belegt. die isolation war vollständig. mitte juni 77 verlegung in das psychiatrische landeskrankenhaus weisenau (ortsteil ravensburg) — und dort unterbringung in einem leergeräumten haus, das von einer hundertschaft der polizeischule tübingen rundum abgeriegelt wurde. täglich infusionen. außer meinen eltern und meinem rechtsanwalt konnte mich niemand besuchen.

mitte juli 77 verlegung in das vollzugskrankenhaus hohenasperg. dort völlig isoliert: panzerglas vor dem fenster, was einer sichtblende gleich kam: zwei zellentüren, also auch keine geräusche vom gang. bis zur verlegung nach stuttgart-stammheim im februar 78 weder einen anderen gefangenen gesehen noch gehört. von anfang september bis ende oktober 77 kontaktsperre. während der ganzen monate in hohenasperg täglich einzelhofgang.

im februar 78 verlegung nach stuttgart-stammheim; anfang märz 78 begann der prozeß. der prozeß war gegen verena bekker und mich — in bezug auf die bewaffnete auseinandersetzung bei der festnahme — in 2 prozesse aufgeteilt worden. als anlaß wurde dazu die klärung der frage meiner verhandlungsfähigkeit benutzt. dazu wurden 6 sachverständige gutachter benannt, die diese frage überprüfen sollten. 3 verneinten die verhandlungsfähigkeit, und 3 — von denen ich mich nicht untersuchen ließ — bejahten meine verhandlungsfähigkeit. damit konnte der prozeß durchgezogen werden. urteil: lebenslänglich. während der tage, wo ich im prozeß war, wurde deutlich, daß ich aufgrund der verletzung und nach 11 monaten total-isolation nicht verhandlungsfähig war. um ein scheitern des prozesses zu verhindern, wurden roland mayer und siegfried haag ende märz 78 ebenfalls nach stuttgart-stammheim verlegt: ab dann täglicher hofgang zu dritt. der prozeß dauerte bis ende april 78. ende november 78 wurde das urteil rechtskräftig. danach strafhaft — und überhaft, weil weitere ermittlungsverfahren liefen (im laufe der jahre wurden sie eingestellt, das letzte im winter 81).

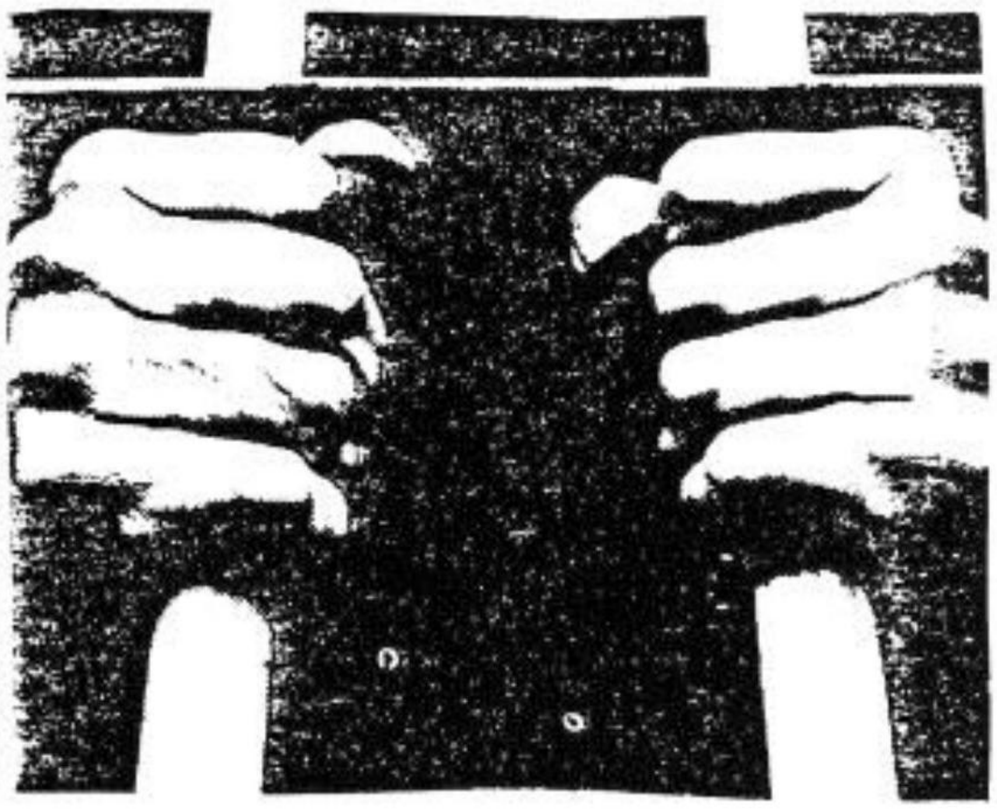
januar 79 verlegung nach bruchsal. dort total-isolation: wegen hungerstreik verlegung ins vollzugskrankenhaus hohenasperg. im herbst 79 wurde die dritte operation im zusammenhang mit der verletzung bei der festnahme durchgeführt. danach rückverlegung nach hohenasperg. märz 80 wieder verlegung nach bruchsal. dort weiterhin total-isolation: den hofgang mit von der anstalt ausgesuchten gefangenen lehne ich ab — und deshalb 24 stunden in der zelle.

nach dem kollektiven hungerstreik im frühjahr 81 wird auch roland mayer nach bruchsal verlegt. weiterhin isolation. der kontakt zwischen ihm und mir ist lediglich beim hofgang möglich. es heißt „normalvollzug" — und bedeutet: in der regel 23 stunden am tag in der zelle: jeder kontakt mit anderen gefangenen wird beobachtet und registriert: jeder gefangene, der kontakt zu uns aufnimmt, bekommt ärger, was bis zu verlegungen in andere knäste führt: durchsuchungen vor und nach jedem hofgang: in unregelmäßigen abständen verlegungen in die jeweilige leerzelle nebenan. 2 jahre lang — vom november 83 bis dezember 85 — gehen wir nicht mehr zum hofgang raus, weil das als letztes feigenblatt zur verschleierung unserer isolation benutzt wird. seit dem hungerstreik vom winter 84/85 gehen wir beide wieder zum hofgang.

seit der verlegung vom mai 77 muß ich ein antiepileptisches medikament einnehmen, das denselben wirkstoff wie die berüchtigten beruhigungspillen „librium" und „valium" beinhaltet. die einnahme über einen längeren zeitraum macht abhängig. bereis im sommer 78 versuchte ich, dieses medikament loszuwerden. eine fachärztliche untersuchung, die notwendig ist, um dieses medikament ohne risiko absetzen zu können, wurde vom zuständigen oberlandesgericht stuttgart abgelehnt. als ich das medikament von mir aus absetzte, bekam ich einen epileptischen anfall, verbunden mit bewußtlosigkeit („grand mal"-anfall). erst danach wurde eine fachärztliche untersuchung zugelassen. das ergebnis war, daß der anfall nur durch das zu schnelle absetzen des medikaments bewirkt wurde — und nicht durch erhöhte reizbereitschaft für anfälle. bei der dritten operation im oktober 79 war ebenfalls festgestellt worden, daß keine erhöhte reizbereitschaft für epileptische anfälle mehr bestand: ein absetzen sollte 1 bis 2 jahre danach möglich sein. bei der nachuntersuchung im herbst 80 wurde das absetzen für das nächste jahr angekündigt. danach wurden keine untersuchungen durch einen arzt meines vertrauens mehr zugelassen.

während des hungersteiks im winter 84/85 wurden — während meiner bewußtlosigkeit — untersuchungen an mir durchgeführt, deren ergebnisse weder mir noch meinem anwalt mitgeteilt wurden. als folge dieser untersuchungen wurde das medikament im frühjahr 85 — unüberwacht, also ohne kontrolluntersuchungen — abgesetzt. die folge war ein epileptischer anfall im mai 85 — als entzugsanfall, weil dieses medikament abhängigkeit bewirkt und deshalb nicht unkontrolliert abgesetzt werden kann. eine nachuntersuchung im november 85 hat dies ebenfalls bestätigt. im sommer 87 sollte deshalb eine untersuchung durch einen arzt meines vertrauens durchgeführt werden, um danach das medikament unter überwachung von regelmäßigen kontrolluntersuchungen abzusetzen. diese untersuchung und die hinzuziehung des von mir benannten arztes wurde vom knast bis heute abgelehnt.

daraus wird deutlich, daß sie ein interesse daran haben, mich auch weiterhin in dieser medikamentenabhängigkeit zu halten. und so wird dieses medikament bewußt und gezielt als droge gegen mich eingesetzt.



Chronologie

September 1987: Rechtsanwalt stellt Antrag auf Untersuchung durch Arzt des Vertrauens für Absetzung des Antiepileptikums „Rivotril".

November 1987: Justiz (Knast und Justizministerium) lehnt die Untersuchung eines Arztes des Vertrauens ab.

März 1988: Aufruf der Angehörigen der politischen Gefangenen zur sofortigen vertrauensärztlichen Untersuchung von Günter. Untersuchung zur Kontrolle bzw. Absetzen des Antepileptikums.

August 1988: Antrag des Rechtsanwaltes, Bedingungen für das Absetzen des Medikamentes zu schaffen (Zusammenlegung mit Vertrauensperson in einer Zelle).

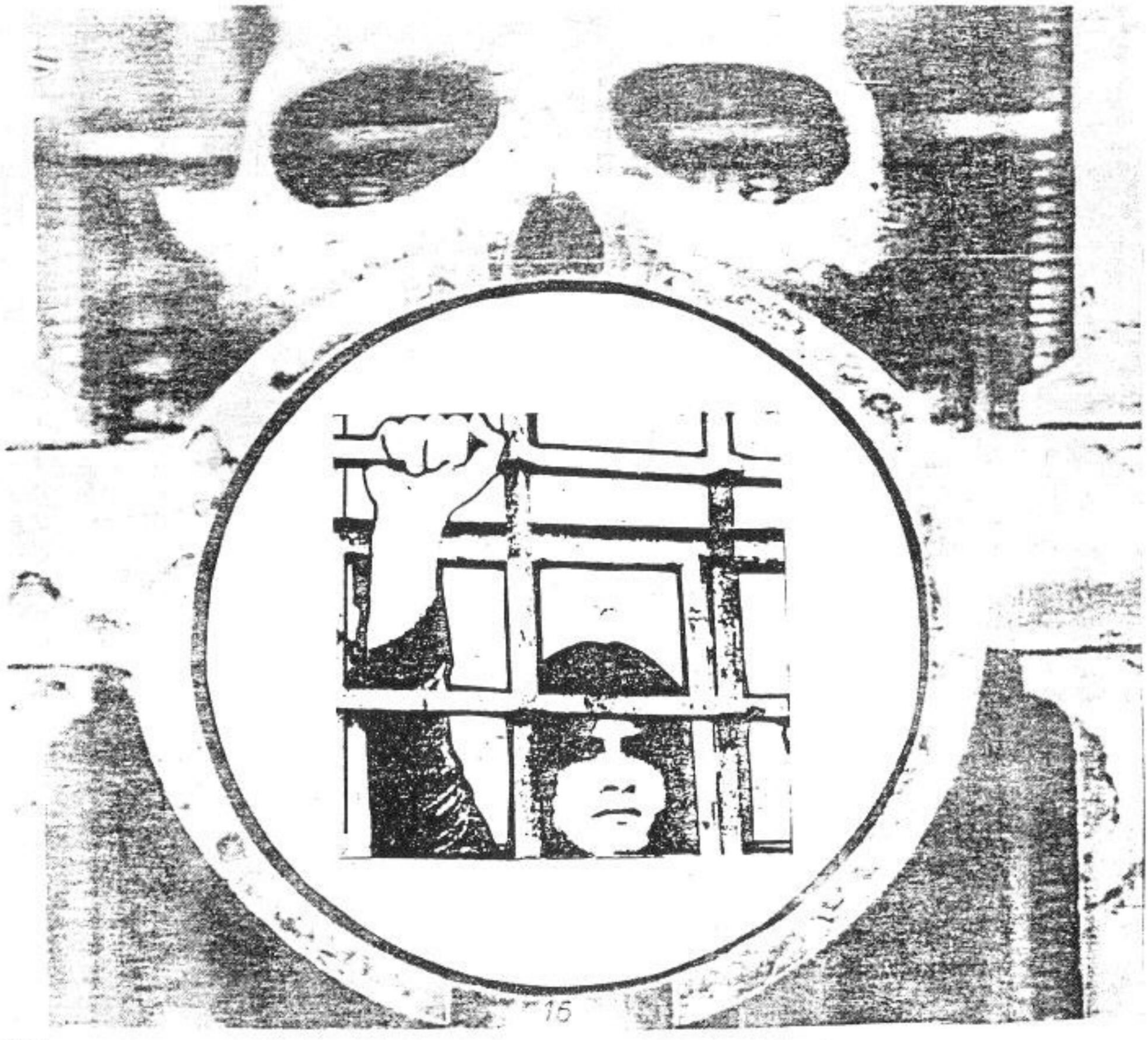
November 1988: Ablehnung des Antrages durch die Justiz (Knast und Justizministerium). Günter entschließt sich, auch ohne notwendige Bedingungen das Antiepileptikum (Rivotril) nach fast 12jähriger Einnahme, wegen schwerwiegender Nebenwirkung bei Dauereinnahme, abzusetzen (in einem medizinischen Fachbuch steht, daß dieses Medikament möglichst nicht länger als 6 Monate eingenommen werden soll).

28.12.1988: Günter bekommt beim Hofgang einen epileptischen Anfall, bei dem er sich verletzte. Grundsätzlich besteht wegen der Verletzung von Günter bei jedem epileptischen Anfall Lebensgefahr. Verantwortlich für diesen Anfall sind Knast und Justizministerium Baden-Württemberg, die die notwendigen Bedingungen für das Absetzen verweigerten.

Januar 1989: Besetzung des Justizministeriums in Stuttgart von den Angehörigen der politischen Gefangenen mit den Forderungen: daß Günter Sonnenberg, Gefangener aus der RAF, freigelassen wird; daß er bis zu seiner Freilassung mit Gefangenen, die sein Vertrauen haben, also mit Gefangenen aus der RAF, zusammengelegt wird; daß er von einem Arzt seines Vertrauens regelmäßig untersucht und behandelt wird.
Carlos Grosser wird nach Bruchsal verlegt, eine Stunde Hofgang täglich zusammen mit Günter. Verlegung von Carlos ist Kosmetik, mit der der Haftunfähigkeit von Günter retuschiert wird.
1.2.-12.5.1989: Teilnahme von Günter am kollektiven Hungerstreik.
Mai 1989: Kurz vor Abbruch des Hungerstreiks erläßt der Knast auf Anweisung des Justizministeriums Baden-Württemberg ein genereiles Besuchsverbot, das nach einer Woche wieder aufgehoben wurde.
Besuchsverbot für eine von zwei Besucherinnen, außer seiner Mutter (während des Hungerstreiks hatte auch der Schriftsteller Christian Geißler, der Günter besuchen wollte, ein Besuchsverbot erhalten).
Juni 1989: Günter bekommt in der Folge des Hungerstreiks (und vermutlich wegen der Nebenwirkungen des fast 12 Jahre eingenommenen Antiepileptikums, das innere Organe schädigt) eine Eryspiel (Wundrose). Behandlung mit den üblichen Antibiotika spricht nicht an. Günter wird in das Vollzugskrankenhaus Hohenasperg verlegt und dort total isoliert. Er bekommt keinen anderen Gefangenen zu Gesicht und ist 24 Stunden alleine in seiner Zelle. Nach zehn Tagen wird Günter nach Bruchsal zurückverlegt. Die nach einer derartigen Erkrankung notwendigen Kontrolluntersuchungen werden nicht durchgeführt.
Verlegung von Dieter Glatz, sozialer Gefangener aus Bruchsal, der sich am Hungerstreik beteiligt hat, weil er Kontakt zu Günter und Carlos gehabt und sich in diesem Kontakt politisiert habe.
Ende Juni 1989: Bei einer Zellenverlegung (Verlegung in eine andere Zelle, bei der alles durchsucht wird, findet unregelmäßig und nur bei politischen Gefangenen statt) werden Günter Briefmarken, Umschläge, Schreibmaschinenpapier, Durchschlagpapier, Tee, Kaffee usw. usf. abgenommen. Günter soll nur für 20 DM Porto pro Monat Briefe versenden dürfen.
Juli/August 1989: Günter beantragt, („Privat"-)Besuche ohne Trennscheibe durchzuführen (er ist nicht nach § 129a StGB verurteilt) und alte Besuchsverbote aufzuheben. Die Anträge werden ohne weitere Begründung abgelehnt mit der Feststellung, die Maßnahmen seien weiter erforderlich. Ein schon im Mai gestellter Antrag auf Teilnahme an einer Sportgruppe (Leichtathletik) im Knast (die nur im Sommer stattfindet), wird bei Carlos Grosser genehmigt, bei Günter aber abgelehnt.

Sieht man sich die Bedingungen und Schikanen an, denen Günter seit über 12 Jahren ausgesetzt ist, stellt man fest, daß es bei ihm immer noch etwas mehr ist — die Beschränkung auf 20 DM Porto pro Monat gibt es nur bei ihm, die Teilnahme am Sport wird nur ihm verboten, nur Günter war in einer Zelle, deren Fenster sich nur einen kleinen Spalt öffnen ließ —, die Liste ließe sich fast beliebig verlängern.

Das nur als besondere Perfidie zu sehen, greift zu kurz. Es ist auch nicht der Punkt, daß es trotz seiner schweren Verletzung gemacht wird. Im Gegenteil läuft das Zusätzliche gegen ihn gerade wegen seiner schweren Verletzung und ihren Folgen. Was hier sichtbar wird, ist ihr Haß. Für sie ist Günter eine Art negative Symbolfigur, weil sie es trotz der schweren Schußverletzung auch in 12 Jahren nicht geschafft haben, ihn zu brechen, seine Identität zu zerstören, weil er dafür steht, daß jemand, der nicht aufhört zu kämpfen, auch unter härtesten Bedingungen nicht gebrochen werden kann. Deshalb diese nochmal speziellen Bedingungen und Schikanen bei ihm. Deshalb jetzt aber auch — als Anfang — eine neue Initiative für die Freilassung von Günter.



Kraft — Liebe — Wut und Scham!

Über Günter Sonnenberg ist schon viel geschrieben worden — von seinen Ärzten, seinen Anwälten, seinen Freunden. Eigentlich ist alles gesagt.

Günter ist haftunfähig nach 12 Jahren Isolation. Er war es von Anfang an.

Am Tag seiner Verhaftung in den Hinterkopf geschossen, gezielt getroffen von einem Geschoß, das nicht kampfunfähig machen, sondern verletzen sollte. Schwer verletzen. Mutmaßlich sogar töten. Er bekam, was zunächst alle in solchen Fällen bekommen würden: eine medizinische Erstversorgung. Und schon da gab es Ärzte, die nicht ihrem hippokratischen Eid folgten, sondern sich nach eigenen Angaben in erster Linie als Landesbeamte sahen und daher ganz offensichtlich auf „Weisung von oben" handelten. So wurde dem Patienten Günter Sonnenberg verweigert, was jedes derart Schwerverletzten Recht gewesen wäre: Pflege und Behandlung auf der Intensivstation einer Spezialabteilung für Schädel-Hirntraumen. Ihn brachte man auf die Krankenstation nach Stuttgart-Stammheim. Die Berichte seiner Anwälte vermitteln heute noch immer klar und unmißverständlich den Vernichtungswillen hinter jeder der damaligen Handlungen bzw. Unterlassungen.

Die Hoffnung der Verantwortlichen, der Gefangene würde die als tödlich geplanten Schüsse nicht überleben, erfüllte sich nicht. Auch der Versuch, ihn durch Unterlassen jeglicher Rehabilitationsmaßnahmen zu kretinisieren, schlug fehl. Außerdem gab Günter selbst dann nicht auf, als man den Unterlassungen noch die knastüblichen Aktionen hinzufügte: Isolation und zerstörerische, menschenverachtende Sonderhaftbedingungen. Günter setzte jeder der perfiden Maßnahmen seine ganze Kraft entgegen und kämpfte um sich und um sein Leben. Ein Leben, das für ihn immer schon mehr gewesen war als nicht tot zu sein.

Seine Ankläger und Richter beobachteten seinen Kampf mit tausend Augen. Jeden kleinen Fortschritt beantworteten sie mit einer neuen Schikane. Jeder kleine Erfolg vertiefte ihre persönliche Feindschaft zu dem Kämpfenden. Aus der eigenen Entfremdung heraus zu einer solchen übermenschlichen Leistung unfähig und ebenso unfähig, sie zu begreifen, lieferte sie ihnen die Einzelteile für das Puzzle vom unbelehrbaren, gefährlichen RAF-Mitglied Günter Sonnenberg, das nicht abschwören und sich nicht resozialisieren lassen will.

Prozeßfähig erklärt vom Gericht, das sich gegen 4 medizinische Gutachter zu dieser Diagnose berufen fühlte, verurteilte man Günter Sonnenberg zu lebenslänglich dafür, daß er sich seiner Verhaftung zu entziehen versucht hatte. Irgendwann. Lange bevor sie ihn dann wirklich verhafteten und dabei so schwer verletzten. Der Tag, an dem sie ihn von hinten zu erschießen versuchten, kam im Prozeß gar nicht mehr vor. Und auch sonst nichts, mit dem das Urteil zu begründen gewesen wäre.

Also: Lebenslänglich. Und sie jagen ihn noch immer! Im Knast. Tag für Tag mit Haftbedingungen, die ihn endlich geistig-seelisch und körperlich zerbrechen sollen. Nach ihrer Moral ist er selbst schuld, wenn er noch nicht draußen ist. Denn wie ihre Lebenserfahrung sie lehrt, müßte er längst kaputt sein, wenn er am Vollzugsziel mitarbeiten würde, statt zu kämpfen.

Gegen ihre Menschenverachtung hat Günter als einziges Mittel sich selbst und seine Kraft eingesetzt. Das allein macht ihn in ihren Augen „haftfähig". Für ihren Justizvollzug, den sie „als Dienst am Menschen" bezeichnen.

Nach ihrer zynischen Vorstellung ist dieser Dienst noch nicht abgeschlossen. Sie müssen unbedingt beweisen, daß deutscher Justizvollzug immer das Ziel erreicht, das er sich setzt. Auch bei Günter.

Darum können sie ihn nicht entlassen! Sie sind noch nicht fertig mit ihm.

Kraft und Liebe für Günter und alle kämpfenden Gefangenen. Wut und Scham für die, die schweigend zusehen und nichts tun.

(HP)

Solidarität ist eine Waffe

Aufruf für eine Kundgebung vor dem Justizministerium in Stuttgart für die Freilassung von Günter Sonnenberg!

Wir wollen vor dem Justizministerium in Stuttgart — dem Amtssitz von Justizminister Eyrich, der für die Situation von Günter Sonnenberg verantwortlich ist —, am 08.09.89 um 11 Uhr eine erste Kundgebung machen, der dann jeweils einmal im Monat weitere folgen sollen. Wir wollen das mit den Gruppen, Initiativen, Einzelpersonen machen, die während des Hungerstreiks solidarisch waren und/oder sich praktisch verhalten haben. Wir haben uns überlegt, mit all denen diese große Auftaktkundgebung zu machen, mit eigenen Transparenten und eigenen Erklärungen aus jeweils dem Bereich, wo sie herkommen (Gesundheitswesen, kirchliche Gruppen, Gewerkschafter usw.usf.). So können wir uns vorstellen, Druck auf die harte Haltung Baden-Württembergs auszuüben und so Günters Freilassung durchzusetzen. Wir wollen nicht eine weitere Kampagne zu Günter, die nach kurzer Zeit im Sande verläuft, sondern anfangen, eine kontinuierliche Kampagne so lange zu führen, bis Günter draußen ist. Die Situation hat sich für Günter nach dem Streik noch mehr verschlechtert; deswegen haben wir uns jetzt zu diesen Kundgebungen entschlossen, denn 12 Jahre sind genug.

Alle diejenigen, die Interesse daran haben, zusammen mit uns die Freilassung von Günter durchzusetzen, können uns über den GNN-Verlag Hamburg (Adresse siehe Impressum) anschreiben oder telefonisch einfach die Adresse hinterlassen.

Die Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD.

CHRISTOPH MUß AUCH RAUS

Bericht von Christoph von Hören

nochmal die wichtigsten fakten — die krankheiten, was wir hinsichtlich vertrauensärzten und meiner haftunfähigkeit bislang unternommen haben, und wie der apparat darauf reagiert hat, das soll jetzt grundlage sein zum weiterüberlegen, weil in den ganzen sachen, die dazu geschrieben wurden — redebeiträge, flugis, die taz-artikel — einfach zuviel falsch war, verdreht oder übertrieben, sinnlose details, ein wahrhaftiges chaos, wo niemand am ende mehr weiß, was nun stimmt und was nicht, da kann man nichts drauf aufbauen, geschweige denn initiativen, die das braucht, die forderungen durchzusetzen, die sind allerdings gerade jetzt nötig, wo ansteht, daß sich die generalstaatsanwaltschaft düsseldorf grundsätzlich zu meiner haftunfähigkeit äußert, wenn man also z.b. auf ärztegruppen zugeht, um mit ihnen zu reden und stellungnahmen zu meiner situation zu bekommen — und die voraussetzungen sind dafür doch günstig, so viele von ihnen während des hungerstreiks offen und solidarisch mit uns waren — dann ist eben bedingung, daß die tatsachen genau stimmen, ohnehin sprechen die für sich, beharrlich und guten mutes, anda!

die erste krankheit, der morbus bechterew, wurde bei mir anfang märz von einem orthopäden festgestellt, zu einem zeitpunkt also, wo ich schon 4 monate im knast war und die beschwerden inzwischen so zugenommen hatten, daß ich kaum noch richtig gehen, geschweige denn laufen konnte, beim stehen, sitzen und bewegen im hof schnell rückenschmerzen bekam, was bis heute so ist. bechterew ist eine krankheit, die bislang — zumindest in der „schulmedizin" — unheilbar und deren ursache unbekannt bzw. umstritten ist. im verlauf kommt es zur versteifung der wirbelsäule, es können aber auch praktisch alle gelenke betroffen werden. bei sinnvoller behandlung kann sie (zeitweilig) zum stoppen gebracht werden oder wenigstens erreicht werden, daß die wirbelsäule sich nicht krumm versteift. die krankheit ist bei mir schon in fortgeschrittenem stadium, auf röntgenbildern ist zu sehen, daß zwei wirbel schon zusammengewachsen sind; andauernde schmerzen im kreuz, becken, schultern; der kopf leicht nach vorn gebeugt, läßt sich wegen der versteifung im nacken kaum drehen; bücken kann ich mich nur wenig (um das mal klarzumachen: fußnagelschneiden z.b. ist ein kaum noch zu bewältigendes problem geworden). klar ist, daß es ein ausgedehntes feld von behandlungsmöglichkeiten gibt, ganz wichtig sind bestimmte krankengymnastikübungen, wärmebehandlungen, bewegungsbäder (schwimmen). nur: hier im knast ist das im grunde nichts weiter als ein tropfen gegen den strom, die wirkung der lebensfeindlichen bedingungen. schließlich hatte ich schon in den ersten monaten krankengymnastische übungen gemacht, dann bäder und massagen bekommen, und trotzdem wurd's halt immer schlimmer, und das programm, das die knastärzte hier in fröndenberg nun inzwischen für mich geschaffen haben (bewegungsbad, fango, krankengymnastik, größere zelle und 3 stunden hof), ändert daran kaum etwas. ärzte, die etwas davon verstehen, empfehlen viel und abwechslungsreiche bewegung, spazierengehen, wandern, möglichst gesunde ernährung, wenig streß ... eben das gegenteil von dem, was hier der fall ist.

dazu kommt die andere krankheit, das auftreten dieser spontanpneus (pneumothoraces). unmittelbare ursache ist das zerplatzen von sogenannten emphysemblasen, aber auch hier ist die ursache, warum sich diese blasen im pleuraspalt, dem raum zwischen lungen- und rippenfell, bilden und was sie zum platzen bringt, in der schulmedizin ungeklärt. durch das platzen dringt in den ansonsten mit vakuum gefüllten raum luft ein und bringt den lungenflügel zum kollabieren. folge: atemnot und starke schmerzen in der region, und bei jedem auftreten so eines pneus — lebensgefahr! bislang ist es dreimal zu solchen spontanpneus gekommen, und völlig ausgeschlossen ist eine wiederholung auch heute nicht. mitte märz klappte der rechte lungenflügel zum ersten mal zusammen; dabei hatte ich auch einen kreislaufzusammenbruch, war für ein paar minuten ganz weggetreten, glücklicherweise war das unmittelbar vor „einschluß" vom hofgang, also wo andere gefangene in der nähe waren, die das mitbekamen, schließer und sanis alarmierten, nach fröndenberg ins knastkrankenhaus verlegt, wurde der pneumothorax per saugdrainage behandelt, doch nach einer woche intensivstation — der lungenflügel hatte sich gerade wieder ganz aufgerichtet und der schlauch war gezogen — brach dann der andere lungenflügel zusammen; weitere drainagen und weitere zwei wochen intensivstation.

wieder in bielefeld, kam es mitte mai zum erneuten zusammenbruch der rechten lungenseite. fröndenberg, intensivstation, drainage, daraufhin rieten die knastärzte und vom jvk (Justizvollzugskrankenhaus — die Red.) gestellte spezialisten aus der lungenklinik hemer zur operation der wiederholt betroffenen seite, auf den röntgenbildern hatten sie eben diese „weintraubengroßen" emphysemblasen entdeckt. bei wiederholtem spontanpneu eines lungenflügels raten ärzte ohnehin schon zu einer operation; die größe dieser blasen mache eine solche indikation aber zwingend, da ansonsten der nächste spontanpneu mit annähernder sicherheit vorherzusehen sei. zu der operation riet mir dann auch anhand meiner beschreibungen mein vertrauensarzt (der allerdings bis heute immer noch nicht reinkommen konnte), warum allerdings diese indikation nicht schon früher gestellt und so ein erneuter kollaps der lunge verhindert (bzw. unwahrscheinlicher) wurde, bleibt offen, zumal diese blasen — wie ich dann erfuhr — schon auf früheren röntgenbildern sichtbar waren. ich hab mich also dann zu der operation entschlossen, eben als notlösung, um das risiko immer wieder neuer lebensgefährlicher situationen einzudämmen; zumal — das kann sich jeder vorstellen — der streß aus der unsicherheit und ungewißheit, jederzeit, von einem auf den anderen moment, kann es einen erneut erwischen, ganz und gar unerträglich ist. aber — damit kein irrtum aufkommt — auch jetzt ist eine wiederholung wie auch das entstehen neuer emphysemblasen nicht völlig ausgeschlossen, ebenso auf der nicht-operierten seite möglich (wenngleich den lungenspezialisten aus hemer, die mich hier operiert haben, „nicht wahrscheinlich"), ein generelles lungenemphysem — wie vielseits geschrieben wurde — von dem also die ganze lunge betroffen wäre, ist bei mir nicht festgestellt worden.

aber natürlich ist vieles weiterhin unklar, viele offene fragen, vor allem eben zu den ursachen, und deshalb ist es weiterhin unbedingt notwendig, daß ich endlich mal mit ärzten meines vertrauens reden kann. zum beispiel gehen inzwischen die mich hier behandelnden ärzte von einem zusammenhang beider krankheiten aus, bislang wurde das von den knastärzten immer achselzuckend bis vehement bestritten, dabei drängt sich das doch geradezu auf, allein schon, wenn man sieht, daß mir durch den auch schon stark versteiften brustkorb eine gesunde tiefenatmung kaum möglich ist, der obere lungenteil also viel weniger belastet wird. in fachliteratur hab ich gefunden, daß bechterew zu solchen emphysemblasen führen kann, nachgegangen wurde dem konkret bei mir nun allerdings nicht weiter. in der wirkung bleibt es sich gleich: durch den bechterew und wohl auch noch durch die operation bedingt ist mein lungenvolumen gerade mal wieder bei ca. 3 liter angelangt; nicht einmal die hälfte dessen, was für mich normal wäre, das bei in diesen bedingungen praktisch „chronischem" mangel an frischer luft, einem fenster, das sich kaum 15 cm öffnen läßt. ich merk's auch daran, daß mir jede größere oder längere anstrengung, wenn ich z.b. eine stunde im hof rumgehe, gleich auf den kreislauf schlägt, oder ich mich jetzt in den heißen tagen, wo sich die zellen in kleine „backöfen" verwandeln, weil kein durchzug herrscht, auch bei kleinigkeiten schnell benommen fühle.

in der letzten woche haben die rückenschmerzen weiter zugenommen, ohnehin war es bislang schon so, daß ich nicht mehr in der lage bin, längere briefe zu schreiben, an diesen paar zeilen hier sitze ich mittlerweile schon mehrere tage! und die schreibmaschine ist für uns eben immer noch das kommunikationsmittel, im kollektiv, mit den menschen draußen, für die diskussion, einfach für alles, anträge auf telefonate mit zwei gefangenen aus der raf wurden bis heute nicht entschieden bzw. abgelehnt, zynisch: ich könnte schreiben wie jeder an-

dere gefangene auch. immerhin habe ich nun die zusage, mit leuten draußen telefonieren zu können, nicht nur verwandten, wie es bei anderen von uns ist; wie oft, ist noch unklar und „selbstverständlich" nur auf antrag und abgehört.

nun zu den vertrauensärzten: der erste antrag vom anwalt auf untersuchung durch einen bielefelder rheumatologen lief ende april; entsprechend ein weiterer auf herausgabe meiner krankenakte (mit den röntgenbildern von der lunge) zur stellung einer diagnose durch einen lungenfacharzt (dr. querfort, bochum), anfang mai, beide antrage wurden zunächst einfach nicht entschieden und nach meiner erneuten verlegung nach fröndenberg vom bielefelder knastdirektor anfang juni mit der begründung abgelehnt, „daß sich die frage der hinzuziehung externer fachärzte akut nicht" stelle, da ich mich hier „in der behandlung kundiger fachärzte" befinden würde.
die allerdings existieren hier gar nicht; bestenfalls noch ein orthopade, der einmal die woche hier reinkommt und — für die knaste der ganzen region zuständig — immer völlig überlaufen ist, daraufhin wurden vom knast eben die spezialisten aus hemer hinzugezogen und nun für mitte august eine untersuchung durch einen rheumatologen — prof. dr. hartl — in aachen klargemacht, der erneute antrag des anwaltes an die generalstaatsanwaltschaft düsseldorf — verbunden mit dem antrag auf „haftunterbrechung" —, innerhalb des prüfungsverfahrens meiner haftunfähigkeit die vertrauensärzte (dr. querfort und die rheumatologin dr. herborn, evang. fachkrankenhaus rathingen) zuzulassen, wurde daraufhin von der gsta abgelehnt. zu dem antrag auf haftunterbrechung gibt es von der gsta auch schon eine entscheidung, die zwar ungewöhnlich schnell kam (4 tage nach stellung des antrages), jedoch im grunde völlig unsinnig ist: mich nämlich für die paar tage bis zu der untersuchung für „haftfähig" erklärt, mit den teilweise schwammigen zusätzlichen bedingungen: „möglichst großer hofraum", „möglichst oft im freien bewegen" und fachkrankengymnastische behandlung (weil es auch die hier nicht gibt, kommt nun für den zeitraum extra ein typ aus unna viermal die woche), es ist aber klar, daß es nach der untersuchung durch den rheumathologen von der gsta eine neue entscheidung geben wird.

also mal sicher, daß ich mich auf die untersuchung gut vorbereiten werde, um alles — soweit es eben geht — mit dem arzt gut zu reden; schließlich hängt dann nun zunächst einmal von ihm ab — welche notwendigkeiten er zur behandlung sieht — woran sich die gsta orientieren muß, danach sehen wir weiter. abgesehen davon läuft noch ein antrag auf zulassung der vertrauensärzte hier an den leiter des knastkrankenhauses (im grunde ist der zuständig); der ist aber noch nicht entschieden, soweit nun, und bei allen wichtigen neuigkeiten werde ich dann weitere berichte schreiben.
Fröndenberg, 7. August 89

Der „Aktionskreis für die Freilassung von Christoph von Hören" hat ein Spendenkonto eingerichtet: Sparkasse Bielefeld, F. Bandusch, BLZ: 48050161, Konto-Nr.: 7500 4903.

Berichtigung:

In der letzten Ausgabe haben wir eine von uns lavoutete Anzeige von der Zeitung "armes deutschland" abgedruckt. Dabei ist uns ein peinlicher Fehler unterlaufen, der auch prompt von unseren "Kollegas" zu recht reklamiert wurde. Wir haben mißverständlicherweise unter ihr Logo "armes deutschland" auch die Umrisse der DDR gelegt, die dort nicht hingehören. Wir entschuldigen uns für diesen Vorfall mit dieser berichtigten Anzeige.

Die Red.

P.S.: Wir wissen trotzdem nicht, was uns das Wort "territorialklerikal" sagen soll.

REVOLTE IN CHINA !

Nieder mit dem blutgetränkten Regime in China !

Kommunique des Komitees der Revolutionären Internationalistischen Bewegung

Herausgegeben am 12. Juni 1989 durch das Informationsbüro der Revolutionären Internationalistischen Bewegung

Kaum ein Jahrzehnt nach ihrem verräterischen Putsch 1976, wurde die neue chinesische Bourgoisie, geführt von dem revisionistischen König Deng Hsiaoping und dem Schlächter Li Peng, endlich vollständig entlarvt. Hinter der trügerischen Vortäuschung von "Sozialismus"und "Volksdemokratie" zeigte sich klar und grotesk das wahre Gesicht der Kapitalisten an der Macht in China. Auf grausame Art und Weise entfesselten sie praktisch einen Krieg gegen mehr als eine Million Studenten, Jugendliche, Arbeiter und andere Einwohner Pekings, die politische Rechte forderten und es gewagt hatten, das aus den letzten 13 Jahren kapitalistischer Herrschaft resultierende erstickende Klima der Korruption und die ökonomische Krise zu entlarven und dagegen zu rebellieren. Diese Herrschaft zeigte eine beispielslos Brutalität und Barberei, die dem chinesischen Volk und den Völkern der Welt während fast drei Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft und Volksmacht unter Mao Tsetung und den Revolutionären zwischen 1949 und 1976, unbekannt war.

Ihre imperialistischen Förderer nachahmend, besonders die USA und Japan, benutzten die revisionistischen Herrscher Chinas schamlos deren gesamte importierte moderne Technologie und ihr Know-How von Unterdrückung und Manipulation, um die rebellischen Massen niederzuschlagen. Mit schweren Waffen, wie Panzern, gepanzerte LKWs und Maschinengewehren schoßen sie ihre im Westen gekauften tödlichen Kugeln direkt in die Menge. Sie schoßen sehr viele aus nächster Entfernung nieder und ließen ihre Panzer über Zelte voller Demonstranten rollen. Mitten in diesem Massaker hielten viele Studenten und Arbeiter,welche diese unterstützten, heldenhaft stand und versuchten die Volksarmee zu überzeugen, das Volk nicht anzugreifen.

Nach dem Tode des Vorsitzenden Mao Tsetungs verlor unsere Klasse die Macht in China. Das revolutionäre Proletariat, geführt von heroischen Führern wie den Genossel:nnen Djiang Tjing und Dschang Tschun-tjiao, verlor das letzte große Gefecht gegen die Revisionisten und Machthaber, die Maos Weg bekämpften und den kapitalistischen Weg gingen. Die Volksherrschaft in China wurde besiegt. Damit verschwand die letzte sozialistische Festung des internationalen Proletariats. Die Revisionisten und Machthaber innerhalb der kommunistischen Partei die auf dem kapitalistischen Weg gingen, geführt von dem Renegat Deng Hsiaoping, der zweimal von Mao Tsetung selbst gestürzt worden war, und solche wie Hua-Guofeng, Hu Yaobang und Zhao Ziang, rissen die Staatsmacht in China an sich. Sie begannen die sozialistische Wirtschaft und sozialistischen Produktionsverhältnisse zu zerstören und ein System des Privateigentums zu errichten, wo der Profit das Kommando führt. Ihr Motto war "reich werden ist ruhmreich" ; ihr höchstes Ziel war das Verfolgen ihres Eigeninteresses. Sie führten eine rapide, allumfassende Restauration des Kapitalismus durch, sowie eine Unterjochung der Ökonomie unter das imperialistische Finanzkapital und sein Marktsystem, besonders unter das von den USA geführten westlichen Imperialisten.

Im Gegensatz zu den frommen und trügerischen Leitartikeln der westlichen Propagandamühlen, welche große Freude daran haben, den Staatskapitalismus und den "Kommunismus" durcheinanderzuwerfen, während sie gleichzeitig versuchen, sich von den "Übergriffen" der letzten Wochen zu distanzieren, haben die gegenwärtigen Herrscher Chinas alles getan, um das sozialistische System zu zerstören und alles Westliche und Kapitalistische nachzuäffen. Bis zu ihrer kürzlichen häßlichen militärischen Aufführung, hatten sie reichlich verdientes Lob von imperialistischen Führern aus Ost und West, einschließlich von Dengs persönlichem Freund George Bush, geerntet.

All die sozialen Ungerechtigkeiten, gegen die die Massen protestieren, wie den dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit, die drastischen Preiserhöhungen, den Wohnungsmangel und die massive Korruption der Deng-Regierung, sind die zwangsläufigen Folgen der Restauration des Kapitalismus in China. Und das kriminelle Gemetzel durch die herrschende Klasse dort, ist lediglich eine Ausdehnung der Schrecken, der Gewalt und des Leidens, die das imperialistische System der Mehrheit der Weltbevölkerung bringt. Der plötzliche Waffenlieferungsstop und die Krokodilstränen der Entrüstung, die die östlichen und westlichen Führer vergießen, haben nur den Zweck, diese Tatsache zu verschleiern. Auf einmal distanzieren sie sich von Deng Hsiaoping, den sie noch gestern als den großen Reformer hochgelobt haben.

Das Ende der Volksherrschaft bedeutete auch unumgänglich, daß den Massen der Arbeiter, Bauern und revolutionären Intellektuellen die wirkliche Demokratie verweigert werden würde und, daß die Demokratie in den Besitz der Handvoll Ausbeuter übergehen würde, welche sich jetzt an der Spitze der Partei

befinden und eine Diktatur über das Volk ausüben. Sogar einige Kräfte aus den mittleren Klassen , die sich unter dem Anreiz in die "moderne" Ära einzutreten und weil sie aus der neuen Förderung der höheren gesellschaftlichen Schicht Vorteile ziehen würden, dazu verleiten ließen, die Restauration des Kapitalismus durch Deng & Co. zu unterstützen, rebellieren jetzt auch gegen die faulen Früchte des Kapitalismus. Darunter sind auch einige Studenten, die darauf getrimmt worden sind, die Spitzenposten des Landes zu übernehmen. Ein Arbeiter auf dem Tienanmenplatz, der eine Maoanstecknadel trug, traf den Kern der Sache, als er den Reportern erzählte: "Das Problem ist, daß die Massen nicht mehr die Herrscher der Gesellschaft in China sind."

Drei Jahrzehnte lang übten die chinesischen Massen das Recht aus, sich an der Herrschaft der Gesellschaft zu beteiligen,das Recht, wie Mao es ausdrückte, sich in Staatsangelegenheiten einzumischen und die Richtung zu bestimmen, in die die Gesellschaft gehen wird. Dies ist die Demokratie, die Bonzen wie Deng und seinesgleichen, welche Macht für sich selber anstrebten, vorenthalten wurde. Sie hatten nicht das von der kapitalistischen Welt so geschätzte "demokratische Recht",die Arbeiter und Bauern auszubeuten. Die Große Proletarische Kulturrevolution war darauf gerichtet, die Fähigkeit des Proletariats und der Bauernmassen zu verstärken, damit diese den notwendigen politischen Kampf führen könnten, die Pläne der Machthaber, die auf dem kapitalistischen Weg waren, zu durchkreuzen und China auf dem sozialistischen Weg in Richtung einer Welt ohne Klassen und Ausbeuter erfolgreich voranzutreiben.

Trotz der extremen Gewalt, die von den krisengeschüttelten revisionistischen Herrschern ausgeht, stehen die Aussichten auf eine Wiedererrichtung der "Ordnung" schlecht. Dies ist der eigentliche Alptraum, der die westlichen Imperialisten und die sowjetischen Sozialimperialisten plagt. Die prosowjetischen Regime Kubas, der DDR und Vietnams haben alle das Massaker begrüßt, während Gorbatschow sich auffällig in Schweigen hüllt.

Maos Vorraussage, die er in einem Brief 1966 an seine Kampfgenossin und Ehefrau Djiang Tjing machte, hat sich in der Tat verwirklicht: "Sollten in China die Rechten einen antikommunistischen

Staatsstreich inszenieren, so bin ich fest davon überzeugt, daß sie keine Ruhe finden werden und ihre Herrschaft sehr wahrscheinlich kurzlebig sein wird, denn die Revolutionäre, die die Interessen von mehr als neunzig Prozent der Bevölkerung vertreten, werden das nicht zulassen."

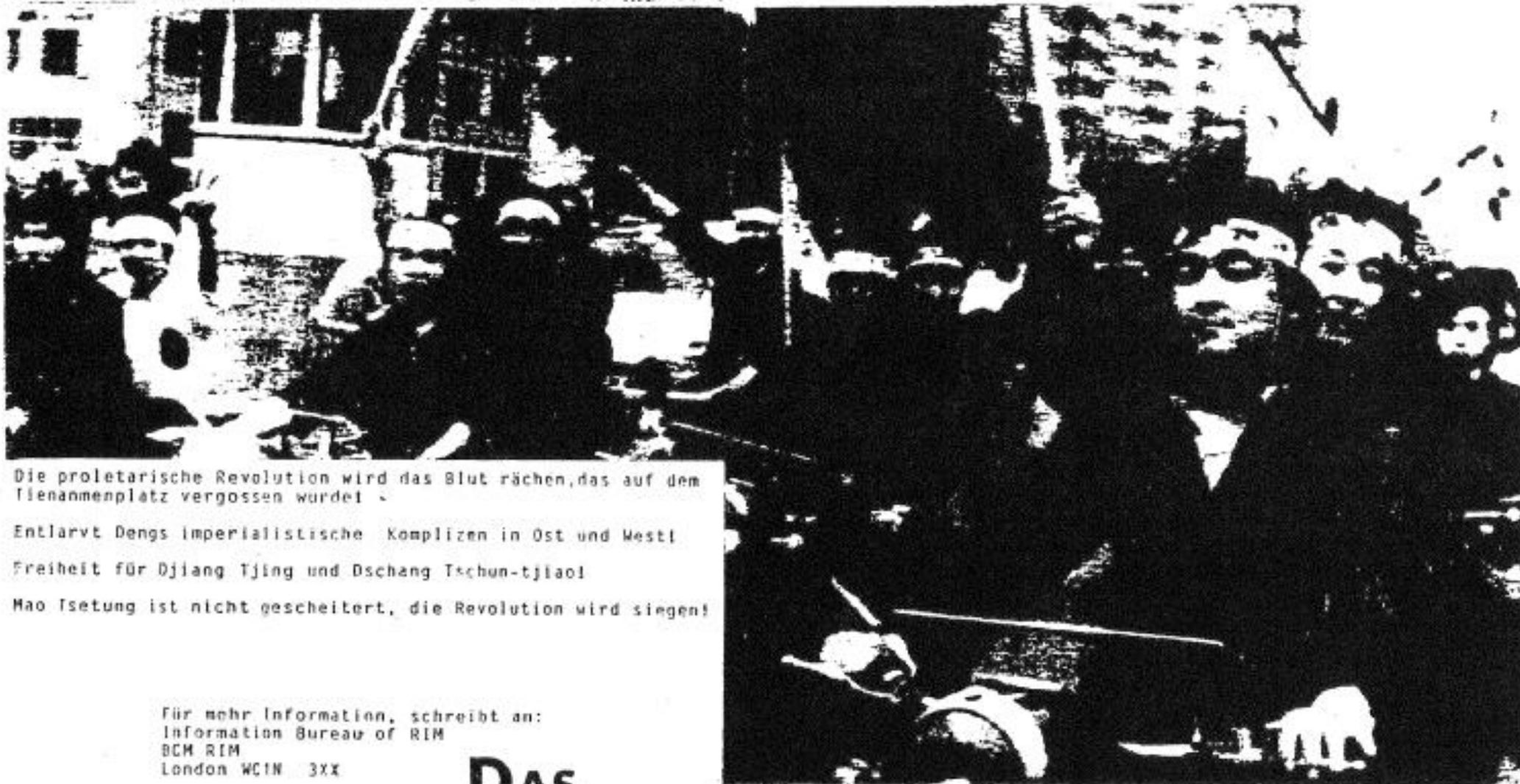
Wie auch immer der gegenwärtige Aufruhr von Millionen Chinesen unmittelbar ausgehen mag, so sind doch neue Öffnungen aufgetreten um erneut eine sozialistische Revolution zu machen, durch den Sturz des gegenwärtigen Regimes und der Widererrichtung der Diktatur des Proletariats. Dies wird ein schwieriger und wendungsreicher Weg sein, aber die chinesischen Massen haben ein reiches Vermächtnis aus den Jahrzehnten des von Mao angeführten Volkskrieges gegen die Kuomintang-Reaktionäre und die US- und japanischen Imperialisten, sowie aus dem Kampf gegen den sowjetischen Revisionismus, doch, was am wichtigsten ist, sie besitzen das Vermächtnis aus der Großen Proletarischen Kulturrevolution. Alleine Maos Weg wird zu wirklicher Befreiung für die chinesischen Massen führen, eine Tat, die einen noch nie dagewesenen Sprung in Richtung auf die Befreiung der ganzen Menschheit darstellen würde.

Dennoch, soll China befreit werden, muß eine neue maoistische Partei gegründet werden, die das Volk voranführen kann und eine klare Trennungslinie ziehen kann, zwischen sich und den trügerischen Wegen, die auf einer Fraktion von Spitzenparteifunktionären beruhen. Eine solche Verantwortung wird auf die Schultern einer Kerngruppe von Revolutionären fallen, die mit den Marxismus-Leninismus-Maotsetung Ideen bewaffnet ist, und dies ist etwas, was die Reaktionäre in China und alle imperialistische Mächte unbedingt verhindern wollen. Die gegenwärtig herrschende Partei in China ist eine bourgoise Partei, die trotz ihres Namens nichts mehr mit Kommunismus zu tun hat. Die Volksbefreiungsarmee ist nicht mehr eine Armee des Volkes, seit sie dazu benutzt wurde Anhänger Maos 1976 zu unterdrücken. Weder Spitzenparteifunktionär die mit Deng im Streit liegen, noch abweichende Armeebefehlshaber können das Volk führen, um seine Herrschaft zu etablieren.

Es ist dennoch bedeutsam und lobenswert, daß eine große Anzahl von Soldaten sich geweigert hat, auf die Massen zu schießen. Insofern sie die politischen Herrscher, die die rektionäre Militärmaschinerie befehligen, weiterhin bekämpfen, ist das ein begrußenswertes Ereignis.

Die echten chinesischen Kommunisten und Massen von Arbeiter, Bauern und revolutionären Studenten, die sich daran machen, diesen wendungsreichen Weg einzuschlagen, stehen nicht alleine. Mao belehrte die echten Kommunisten der Welt auch darüber, was sie tun sollen, sollten die Rechten die Macht in China ergreifen. Er sagte: "Sollten sich die Revisionisten in Zukunft der Führung in China bemächtigen, sollten die Marxisten-Leninisten aller Länder sie schonungslos entlarven und sie bekämpfen und die chinesischen Massen bei ihrem Kampf gegen die Revisionisten unterstützen."

Seit dem Putsch 1976 haben die echten Marxisten-Leninisten der Welt genau dies getan. Die Neugruppierung der Maoisten auf internationaler Ebene in der Revolutionären Internationalistischen Bewegung, die entweder den revolutionären Krieg führen, wie heute in Peru, oder sich in verschiedenen Ländern darauf vorbereiten, schreiten auf dem von Mao Tsetung gesteuerten Weg voran.
Wir sind zuversichtlich, daß die echten Revolutionäre in China große Schritte machen werden bei ihrem Kampf, die kapitalistische Herrschaft zu stürzen und China wieder auf Maos Weg zu setzen. Wir versprechen, unser Möglichstes zu tun, um ihnen zu helfen. Auf das die proletarische Weltrevolution noch einmal chinesisch spreche!



Die proletarische Revolution wird das Blut rächen, das auf dem Tienanmenplatz vergossen wurde!

Entlarvt Dengs imperialistische Komplizen in Ost und West!

Freiheit für Djiang Tjing und Dschang Tschun-tjiao!

Mao Tsetung ist nicht gescheitert, die Revolution wird siegen!

Für mehr Information, schreibt an:
Information Bureau of RIM
BCM RIM
London WC1N 3XX

Einheiten der 127. Armee, komman diert von einem Sohn Yang Baibings, Politkommissar der Volksbefreiungsarmee und selbst jüngerer Bruder Yang Shangkuns, rückten in der Nacht vom 3. auf den 4. Juni auf den Tian'anmen Platz vor. Die Truppen, die bei dem Überfall auf Vietnam schon 'Verdienste' und Erfahrungen erworben hatten, waren, wie aus höchsten Militärkreisen bekannt wurde, mit Aufputschmitteln auf ihren Einsatz 'vorbereitet' worden. Außerdem hatte Li Peng sie besucht und in einer Rede erklärt, 70% der Pekinger Bevölkerung seien Konterrevolutionäre. Ich erspare mir die Beschreibung der Ereignisse, die bekannt sein dürften. Inzwischen liegen - auch im Ausland - zahlreiche Augenzeugenberichte von überlebenden ChinesInnen vor. Die Zahl der Toten liegt zwischen 3.600 und 20.000; die Zahlen beruhen auf Schätzungen der Krankenhäuser, des Roten Kreuzes (inoffiziell), eines ausländischen Arztes, der in dieser Nacht verschiedene Krankenhäuser besuchte. Das Terrorregime konsolidiert sich inzwischen mit einer Welle von Massenverhaftungen, denen Tausende im ganzen Land zum Opfer fallen. Telefonnummern werden bekanntgegeben, unter denen man Menschen denunzieren kann. Der Massenmord wird - obwohl der ganzen Welt unzählige Beweise vorliegen - schlicht geleugnet. ■

Das Massaker auf dem Tian'anmen-Platz

Anklage eines Studenten, der mit dem Leben davon gekommen ist.

Von Martin Friedrich

Ich bin ein 20jähriger Student an der Qing-Hua Universität. Gestern abend saß ich die ganze Zeit auf dem „Denkmal für die Helden der Revolution". Ich war Zeuge des ganzen Vorganges, als die Truppen sowohl die friedlich versammelten Studenten wie auch andere Menschen auf diesem Platz niedergeschossen haben. Viele meiner Kommilitonen sind erschossen worden, und meine Kleidung ist von ihrem Blut befleckt. Als Augenzeuge möchte ich diese Vorgänge des Massakers an alle freiheitsliebenden Menschen auf dieser Welt weitergeben.

Eigentlich haben wir gestern nachmittag schon erfahren, daß das Militär tatsächlich angreifen würde. Der Grund war ein Telefonanruf gegen 16.00 Uhr. (Dieser Anruf ist in einer Telefonstation in einer Gasse in der Nähe des Tian'anmen-Platzes angekommen. Ein Student nahm diesen Anruf entgegen.) In diesem Gespräch wurde dem Studenten von einer unbekannten Person mitgeteilt, daß das Militär den Tian'anmen-Platz mit Waffengewalt räumen wird. Diese Nachricht von der bevorstehenden Räumung des Platzes durch das Militär [illegible] Auseinandersetzung zu vermeiden.

Wir besaßen 23 Gewehre und einige Flammenwerfer, die wir während einer Auseinandersetzung vor zwei Tagen erbeutet hatten. „Der autonome Hochschulverband" blieb bei dem Be-

schluß, auf dem Weg zur Demokratie gegen das Militär keine Gewalt anzuwenden. Daher wollten wir diese Waffen den Truppen übergeben. Nach Gesprächen mit den Soldaten und nach Rückmeldung von höheren Militärkreisen wurden die Waffen zurückgewiesen. Nach diesen vergeblichen Versuchen wurden gegen 1.00 Uhr nachts an dem Denkmal die Gewehre zerstört und die Flammenwerfer unschädlich gemacht, weil sich die Situation immer mehr zuspitzte. Die Waffen sollten nicht von schlechten Elementen benutzt werden. Außerdem wollten wir vermeiden, daß die Behörden dadurch evtl. Beweise gegen uns in die Hände bekommen.

Vergebliche Hoffung der StudentInnen

„Der autonome Hochschulverband" machte alle Menschen auf diesem Platz auf die augenblicklich gefährliche Situation aufmerksam. Um blutige Auseinandersetzung zu vermeiden, sollten alle Menschen den Platz räumen. Aber trotzdem blieben insgesamt ca. 40.000 bis 50.000 Studentinnen und 100.000 BürgerInnen auf diesem Platz versammelt. Auch ich blieb an diesem Ort.

Im Rückblick muß ich sagen, daß die Stimmung von diesem Zeitpunkt an sehr gereizt war. Alle Studenten standen in ihrem Leben bisher nicht vor einer solch gefährlichen Situation. Wer behauptet, keine Angst zu haben, sagt in meinen Augen nicht die Wahrheit. Aber wir hatten uns auf diese Situation vorbereitet und waren von der Annahme ausgegangen, daß die Soldaten nicht auf uns schiessen würden. Auf jeden Fall hatten wir das Gefühl, daß wir uns für die Demokratie und den Fortschritt Chinas opfern wollen, und das ist wertvoll.

Nach Mitternacht fuhren zwei Panzerwagen aus der Richtung des Qianmen-Tors von zwei Seiten mit hoher Geschwindigkeit auf den Platz vor. Die Situation spitzte sich weiter zu. Das Militär ließ wiederholt eine Räumungsansage verbreiten. Gleichzeitig rückten die Soldaten mit Stahlhelmen in mehreren Reihen von allen vier Seiten auf den Tian'anmen-Platz. In der Dunkelheit konnte man aber erkennen, daß beim „Museum für chinesische Geschichte und Revolution" Maschinengewehre postiert waren. Wir Studenten zogen uns zum Denkmal zurück. Von den anwesenden Studenten waren nach meiner Schätzung etwa 2/3 Männer und 1/3 Frauen.

Um Punkt 4.00 Uhr gingen die Lichter auf dem Platz aus, und es erging der erneute Befehl, den Platz zu verlassen. Plötzlich wurde ich sehr ängstlich und dachte mir, daß nun unsere Zeit gekommen wäre.

Maschinengewehre: Feuer frei!

Zu der Zeit hatten Hou Dejian, der auch an dem Hungerstreik teilgenommen hatte, und andere Studenten mit dem Militär über einen friedlichen Rückzug verhandelt. Als die Studentinnen den Platz verlassen wollten, um 4.40, wurden rote Signalraketen in den Himmel geschossen. Darauf gingen alle Lichter auf dem Platz wieder an. Ich sah, daß vor dem Platz viele Soldaten standen. In diesem Augenblick kam von der Ostseite der „Großen Halle des Volkes" eine Truppe Soldaten in Kampfanzügen und Gewehren mit aufgesteckten Bajonetten. Sie trugen Helme und Gasmasken.

Nachdem die Truppe vorgestürmt war, wurden etwa ein Dutzend Maschinengewehre aufgestellt. Die Maschinengewehrschützen legten sich auf den Boden, im Rücken das Tian'anmen-Tor, die Gewehrmündungen zeigten in Richtung des Denkmals. Nachdem die Maschinengewehre postiert waren, tauchten plötzlich wieder viele Soldaten und bewaffnete Polizisten mit elektrischen Schlagstöcken und mit Plastik überzogenen Stöcken auf. Ich sah außerdem Bewaffnung, die ich noch nie zuvor gesehen hatte. Die Bewaffneten rannten direkt auf uns, eine friedlich demonstrierende Gruppe, zu. Sie schlugen uns mit aller Kraft und trieben uns nach zwei Seiten auseinander. So haben sie einen Keil gebildet und uns bis zur dritten Stufe des Denkmals getrieben, immerzu auf uns einschlagend. Ich habe gesehen, daß bis 40 bis 50 Studenten die Köpfe so stark verletzt wurden, daß alles voller Blut war. In diesem Moment kamen die Panzerwagen und die Soldaten, die auf dem Platz standen, langsam auf uns zu. Die Panzerwagen kreisten uns eng ein und ließen nur einen Ausgang in Richtung Museum.

Erst niedergeschlagen, dann niedergeschossen

Die Soldaten, die uns bis zur dritten Stufe des Denkmals hinuntergeprügelt hatten, zerstörten zuerst Megaphone, Druckwerkzeuge und Getränkevorräte. Danach wurden die Studentinnen unter Schlägen nach unten getrieben. Wir blieben sitzen und sangen Hand in Hand die „Internationale".

Außerdem riefen wir „Volksbefreiungsarmee, schlag nicht das Volk!". Aber viele Soldaten schlugen uns von oben mit ihren Stöcken, und die Studenten, die auf der dritten Stufe saßen, wurden dadurch gezwungen, herunterzukommen.

Als die StudentInnen von der dritten Stufe bis zum Boden heruntergeschlagen worden waren, fingen die Maschinengewehre an zu feuern. Manche Soldaten knieten nieder und schossen. Gewehrkugeln flogen über die Köpfe hinweg. Die Soldaten, die auf dem Boden lagen, trafen mit den Kugeln die Menschen in Brust und Kopf. Als wir das sahen, flohen wir wieder hoch auf das Denkmal. Aber sobald wir auf dem Denkmal angelangt waren, hörten alle Maschinengewehre auf. Gleichzeitig prügelten uns die Soldaten wieder vom Denkmal herunter. Als wir unten waren, schossen die Maschinengewehre wieder. Ohne Rücksicht auf das eigene Leben haben umstehende Bürger Flaschen und Holzsäcke genommen und mit den Soldaten gekämpft. In diesem Augenblick forderte „der autonome Hochschulverband" die Studenten und Bürger dazu auf, den Platz zu verlassen. Es war kurz vor 5.00 Uhr am Morgen.

Vermerk der Übersetzer

Das berühmte „Denkmal für die Helden der Revolution" besteht aus einer großen Säule mit einer 3-stufigen Plattform. Die Oberfläche der Säule ist mit Reliefs versehen, welche sowohl die wichtigsten Angelegenheiten als auch die Volkshelden der vergangenen 100 Jahre chinesischer Geschichte zeigen. Die 'Erst niederschlagen, dann niederschießen'-Taktik des Militärs diente dem Zweck, Schäden des Denkmals zu vermeiden und keine Spuren des Massakers zu hinterlassen.

Fluchtweg über die Leichen

Die Panzerwagen hatten den Platz eingekreist und nur einen Ausgang offengelassen. Als die StudentInnen in Richtung dieses Ausganges zu fliehen versuchten, wurde dieser Ausgang von gewissenlosen Panzerfahrern blockiert. Mehr als dreißig Panzerwagen überrollten einige Menschen auch unsere Flaggen vor dem Denkmal. Auf dem Platz herrschte ein Chaos. Ich war überrascht, daß die Studenten so mutig sind. Denn wir gingen zu den Panzerwagen hin und versuchten, sie mit den Händen zurückzuschieben. Einige von uns wurden dabei erschossen. Andere rannten über die Leichen hinweg zu den Panzerwagen und versuchten ebenfalls, diese mit den Händen zurückzuschieben. Endlich gelang es uns, einen Panzerwagen wegzuschieben und dadurch einen Ausgang zu schaffen. Ich lief in einer Menge von über dreitausend StudentInnen durch den Ausgang hinaus. Gleichzeitig wurde von hinten auf uns geschossen. Nur etwa tausend von uns erreichten das „Museum für chinesische Geschichte und Revolution". Vor dem Museum standen noch viele Bürgerinnen. Mit diesen liefen wir aus Angst sofort nach Norden, Richtung Tian'anmen-Tor. Kaum waren wir einige Schritte gerannt, sahen wir Mündungsfeuer aus Richtung Norden hinter den Bäumen. Da drehten wir uns um, zurück nach Süden, in Richtung Qianmen-Tor.

Wir rannten, weinten und sahen auf dem Weg viele Tote. Als wir bis zum Qianmen-Tor gerannt waren, kamen uns Soldaten entgegen. Sie kamen aus Richtung Schmuckmarktstraße. Sie schossen nicht auf uns, aber schlugen mit langen Stöcken auf uns ein. Viele Bürger versuchten, die Soldaten aufzuhalten, um die Studenten zu schützen, sodaß wir in Richtung Pekinger Bahnhof fliehen konnten. Die Soldaten verfolgten uns weiter. Inzwischen war es 5.00 Uhr morgens. Der Lärm der Schießerei wurde langsam schwächer. Ich traf einen Kommilitonen in der Rot-Kreuz-Station. Dieser erzählte mir, daß nur die Studenten, die bis 5.00 Uhr den Platz verlassen hatten, fliehen konnten. Ungefähr zwanzig Minuten dauerte das Schießen der Maschinengewehre.

Was mir unvergeßlich ist: einer meiner Kommilitonen aus der Jiangsu-Provinz von der Qing-Hua Universität war von den Schüssen schwer verletzt worden und flüchtete mit uns. Unterwegs konnte er nicht mehr weiter und sagte zu mir: „Trag mich!" Ich hatte schon zwei schwache Kommilitoninnen eingehakt. Ich habe ihn nicht halten können. Er fiel hinunter. Andere traten auf ihn. Er muß gestorben sein. Auf meinem Hemd ist noch eine Blutlache von ihm. Sein Körper war voller Blut gewesen.

Beistand für Tote und Verletzte ohne Rücksicht auf das eigene Leben.

Ich werde nie vergessen, wie die Menschen ohne Rücksicht auf ihr eigenes Leben versuchten, Verletzten Hilfe zu leisten und die Toten zu bergen. Einige Kommilitoninnen gaben ihre Kleider her, um die Wunden der Verletzten zu verbinden. Nachdem wir bis zum Pekinger Bahnhof gekommen waren, ging ich mit zwei anderen Kommilitonen wieder zurück auf den Platz. Es war 6.30 morgens. Um das Qianmen-Tor waren viele BürgerInnen versammelt. Ich folgte den Leuten bis zum „Mausoleum Mao Zedongs". Dort konnten wir nicht mehr weiter. Mehrere Reihen von Panzerwagen und Soldaten bildeten dort eine Blockade. Deswegen ging ich in einen Seitenweg und kletterte auf einen Baum. Von dort sah ich, daß die Soldaten auf dem Platz riesige Plastiksäcke nahmen und die Leichen von StudentInnen und BürgerInnen nacheinander in diese Säcke packten. Mit großen Segeltüchern überdeckten sie diese Säcke.

Wie viele Tote es insgesamt gab, weiß ich nicht. Aber ich glaube fest daran, daß eines Tages das Volk die genaue Zahl ermitteln und die Rechnung begleichen wird!

Pessimistisch? Nein, ich bin nicht pessimistisch, weil ich den Willen des Volkes und die Hoffnung Chinas gesehen habe. Einige meiner Kommilitonen sind gestorben und die Wunden vieler Menschen bluten noch. Ich habe glücklicherweise überlebt und weiß, wie ich mein Leben weiterführen werde. Ich werde meine gestorbenen Kommilitonen nicht vergessen und bin auch zutiefst davon überzeugt, daß alle aufrechten Menschen auf der Welt uns verstehen und unterstützen werden. ■

(editiert von Zhao Hanqing)

(Peking, 4.6.1989)

Dieser Artikel erschien am 5.6.1989 in der Wen Hui Zeitung Hongkongs. Diese Zeitung wird von der Chinesischen Kommunistischen Partei zu 100% finanziert.

SEIN UND SCHEIN

ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT K

Ein Grund für viele AnarchistInnen, sich von linksradikalen "Szenen" abzusetzen: Die Kluft bei vielen Revoluzzern zwischen ihrem großen Maul und dem Nichts, das dahinter steht. Mal ganz abgesehen davon, daß sich die wenigsten als AnarchistInnen begreifen, aber das allein wäre für uns nicht der Grund, unsere Agitation anderswo zu betreiben.

Fangen wir bei den Inhalten an: größtenteils nicht vorhanden. Ob sie sich nun AntiimperialistInnen, Autonome oder KommunistInnen *(oder AnarchistInnen; d.S.)* oder was weiß ich was nennen, der theoretische Hintergrund ist erschreckend gering. Mensch beteiligt sich zwar an dem, was gerade "in" ist (Prozesse, Hungerstreik...), aber nicht aus einem Bewußtsein, aus einer Identität heraus, sondern aus einer diffusen "Anti-Haltung": Gegen den Staat, gegen die Bullen, gegen die Knäste usw. So weit, so gut. Nur das allein definiert keinen Revolutionär, genausowenig wie die Revolution unser heißersehntes Ziel ist.

Viele Leute können zwar theoretisch ausgezeichnete *(ich würde ja das "e" in Klammern setzen; d.S.)* Analysen des Staates an Hand der laufenden Repression etc. machen sie zeigen seine Mechanismen auf und setzen dem Widerstand entgegen. Warum? "Herrschaftsfreie Gesellschaft", "Seibstbestimmtes Leben".

Wenn wir dem Volk aber nichts mehr zu bieten haben, als ein paar leere Seifenblasen, müssen wir uns nicht wundern, wenn es rechte Propaganda annimmt.

Allein der Wortlaut dieser Parolen erweckt den Verdacht, daß einige Leute noch den größten reaktionären Schwachsinn mitgrölen würden. Hauptsache, es hört sich irgendwie hart an.

Dann zur Praxis: Warum erstaunt es Euch, daß in Wackersdorf jetzt nicht mehr viel los ist? Daß die ach so glorifizierten "Oberpfälzer" teilweise wieder erzkonservativ-reaktionär geworden sind? Nun, im streetfighter-Enthusiasmus haben die Autonomen die Leute dort praktisch kurzfristig und ziemlich schnell radikalisiert, aber auch nicht mehr. Nach Wackersdorf fahren, Randale machen, ein paar Flugis dort lassen und wieder heimfahren. Und dann noch jubeln, wie toll mensch aufgenommen wurde. Oder nach Hamburg fahren. Oder nach Berlin. Was eben gerade "in" ist.

Gegen den Staat schreien, aber jahrelang zu Hause sitzen und Sozialhilfe beanspruchen. "Damit beuten wir ja nur den Staat aus" werden jetzt viele sagen. Nein, ihr seid von derselben Sorte wie die, die ihr zu bekämpfen vorgebt: Kapitalisten. Wer jahrelang lebt, ohne zu arbeiten, ist Kapitalist, denn er/sie beutet damit die Arbeitskraft anderer Menschen aus. Oder glaubt ihr, daß eure Semmeln, euer Kaffee, eure Zigaretten, Möbel, Kleidung, was weiß ich vom lieben Gott kommen?

Gegen Umweltverschmutzung schreien, aber selber machen: Was braucht mensch ein Auto, wenn es Fahrräder und öffentliche Verkehrsmittel gibt? Wozu Dosen-Fraß kaufen, wenn es Gläser gibt? Die Reihe läßt sich wohl noch endlos fortsetzen.

Drogen: Von Zigaretten (die den Staat in nicht geringer Weise unterstützen) über Alkohol, Hasch, Marihuana, aber auch Speed, Koks (vor allem!) bis hin zum Heroin ist in der "Szene" alles vorhanden. Hauptsache es törnt an. Wer dann noch mit revolutionärem Anspruch auftritt, macht sich lächerlich. Im Ernstfall würdet Ihr reihenweise umkippen.

Gewalt: Ist schon toll, als "schwarzer Block" randalierend durch die Straßen zu ziehen und die alljährlichen Rituale mitzumachen. Und dann im "Stern" Interviews zu geben, vor der Fahne posieren (ist übrigens die Fahne des Anarchismus!). Daß damit keine Massenbasis erreicht werden dürfte, scheint eigentlich klar zu sein. Einigen aber doch wohl nicht. Nein, ich bin kein "Gewaltfreier" - so einfach mache ich es Euch nicht. Nur - was ich leider schon öfter erleben mußte - wenn die Bullen wirklich angreifen, und selbst wenn wir ihnen hundertmal überlegen sind, rennen die meisten wie die Hasen. Über Guerilla diskutieren, rein theoretisch natürlich. Daß unsere Anwendung von Gewalt von sich aus unser Ziel verdeutlichen und weiterbringen soll, haben viele anscheinend vergessen.

Feierabendrevoluzzer: Unter tags bei "Mannesmann" arbeiten und Abends ein revolutionäres Blättchen lesen. Oder die ganze Woche nichts tun und dann einmal in Lederkluft zum autonomen Stammtisch gehen und das Maul aufreißen. Oder sich in "revolutionäre" Büros verkriechen und einen Artikel nach dem anderen schreiben. Nur daß die ohne jeden praktischen background sind und meistens einfach nur blöde. Oder Revolutions-Karneval spielen. Die Bullen ein bißchen ärgern, Punk hören, kiffen, saufen, Bürgerschreck spielen, ein bißchen rumtanzen.

"Mit solchen Leuten kann unser Staat leben, das verträgt unsere Demokratie." (Zitat: Rauscher, Verfassungsschutz München)

Über Patriarchat reden, als wenn uns das nicht mehr betrifft -wir haben's ja jetzt begriffen. Was dann die eigenen Gefühle in einer Beziehung betrifft (Liebe, Zärtlichkeit, Wärme, Nähe...) - die reinsten Krüppel. ("Und dann sollte ich in aller Öffentlichkeit den Arm um sie legen. Und dann wollte sie gestreichelt werden oder einen Kuß. Ich mag das nicht." Zitat - sinngemäß - : ein "Revoluzzer" aus München)

DOCH ICH WERDE DIESEN WEG ZU ENDE GEHN
UND ICH WEIß
WIR WERDEN DIE SONNE SEHN
WENN DIE NACHT AM TIEFSTEN IST, IST DER TAG AM NÄCHSTEN.

P.S.: Auch wenn Ihr Euch alle in die autonomen Hochburgen verpißt - in die Ghettos diverser Großstädte - fliehen könnt Ihr nicht. Vor allem nicht vor Euch selbst.

Der Revoluzzer

Der deutschen Sozialdemokratie gewidmet

War einmal ein Revoluzzer,
Im Zivilstand Lampenputzer;
Ging im Revoluzzerschritt
Mit den Revoluzzern mit.

Und er schrie: »Ich revolüzze!«
Und die Revoluzzermütze
Schob er auf das linke Ohr,
Kam sich höchst gefährlich vor.

Doch die Revoluzzer schritten
Mitten in der Straßen Mitten,
Wo er sonsten unverdrutzt
Alle Gaslaternen putzt.

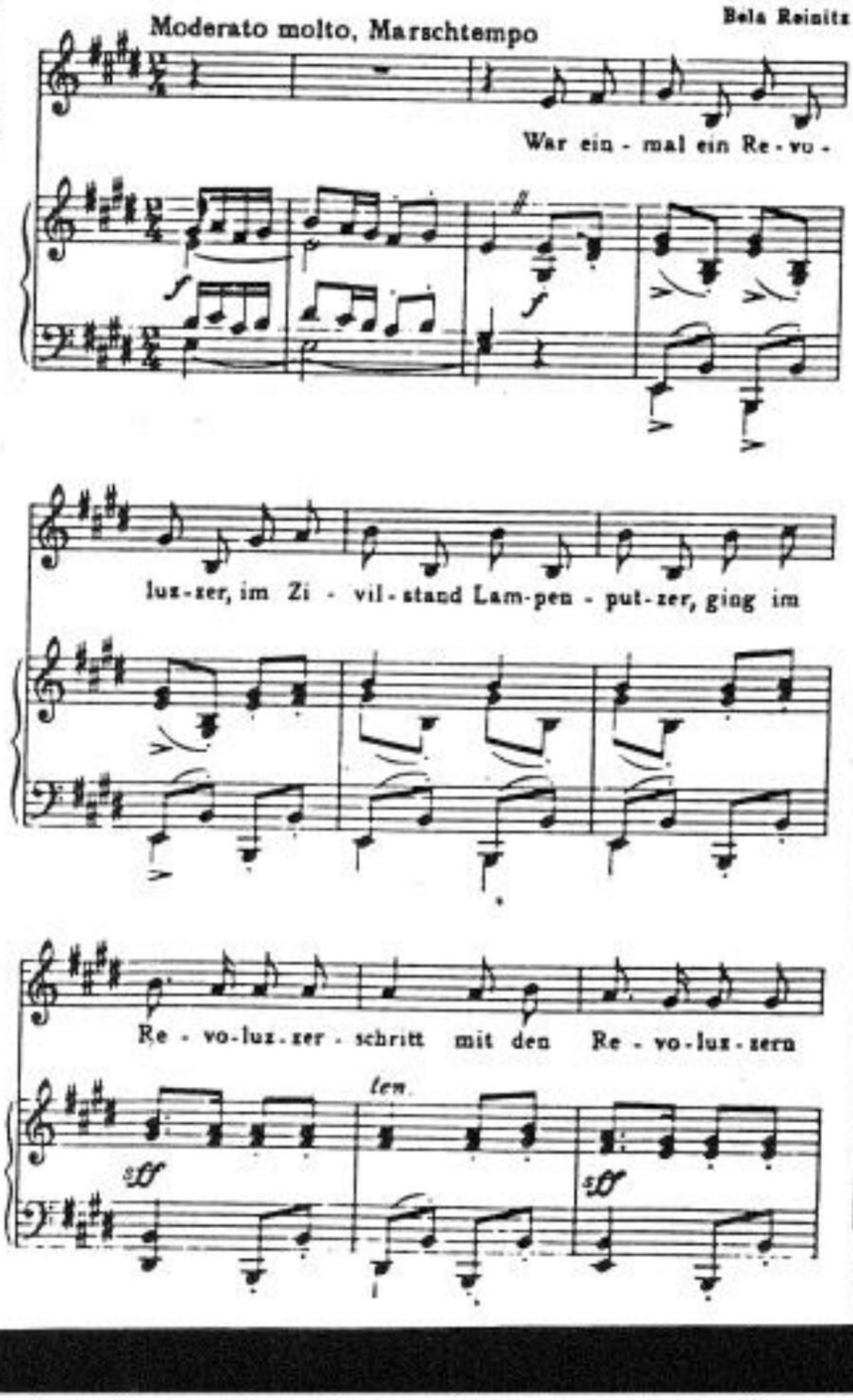
Sie vom Boden zu entfernen,
Rupfte man die Gaslaternen
Aus dem Straßenpflaster aus,
Zwecks des Barrikadenbaus.

Aber unser Revoluzzer
Schrie: »Ich bin der Lampenputzer
Dieses guten Leuchtelichts.
Bitte, bitte, tut ihm nichts!«

Wenn wir ihn' das Licht ausdrehen,
Kann kein Bürger nichts mehr sehen,
Laßt die Lampen stehn, ich bitt!
Denn sonst spiel' ich nicht mehr mit!

Doch die Revoluzzer lachten,
und die Gaslaternen krachten,
und der Lampenputzer schlich
fort und weinte bitterlich.

Dann ist er zuhaus geblieben
und hat dort ein Buch geschrieben:
nämlich, wie man revoluzzt
und dabei doch Lampen putzt.



sabOdata
Computer
für die Scene

PC, 512K, 10 MHz 1100.—
AT 512K, 12 MHz 1800.—
386 512K, 24 MHz 3400.—

Netzwerk-Installationen

Brigitte Wolf St. Wolfgangsplatz 10a
8000 München 80 Tel. 089 / 447 09 21

Münchner Lokalberichte

* * *

Die Münchner Lokalberichte werden von einer Arbeitsgemeinschaft herausgegeben, unterstützt von Anti-Fa München, Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK), Münchner anarchistische Fraktion in den Autonomen (M.a.F.i.A.), Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg.

* * *

Die Münchner Lokalberichte erscheinen alle zwei Wochen, sie verstehen sich als antifaschistisch, antikapitalistisch und antiimperialistisch, auf 8 Seiten befinden sich Meldungen und Berichte aus München und Bayern.

* * *

Die Münchner Lokalberichte kosten im Jahresabo nur 25 DM. Sie erscheinen im GNN-Verlag, Lerchenauerstr. 18a, 8000 München 40, Tel. 089/3085000, Kto.Nr. 6262970, Bayerische Vereinsbank München, BLZ 70020270, Bestellungen an den Verlag.

DER NEUE

In alter Qualität und in inhaltlicher Kontinuität zum SRKI wird es für 1990 einen neuen anarchistischen Taschenkalender im neuen Verlag geben. Vom Verlag Klaus Guhl habe ich mich getrennt. Der A 90 -Kalender wird wieder Aktuelles und Historisches bunt mischen und außer dem gewohnten Komfort auch wieder das aktuellste Adressenverzeichnis für In- und Ausland beinhalten.

Bestellungen nur gegen Vorauskasse an:
Ralf G. Landmesser
Rathenower Str. 23
D-1000 Berlin 21
Postgiroamt München
Kto.Nr. 508 48-801
Bankleitzahl 700 100 80
Preis incl. Versand Stk. 10.- DM. Ab 5 Stk. je 7.-DM, ab 20 Stk. 6.-DM

Normal
im
KREITTMAYRHOF
geöffnet von 17-1 Uhr
warme Küche 18-23 Uhr

8000 München 2, Kreittmayrstr.15,
Nähe Stiglmayrplatz, Tel. 526927

Forum
Recht

Zeitbombe § 129a

folgender freundlicher Brief hat uns erreicht:

ROJYNEGRO FESTIVAL

Liebe FreundInnen,
anbei unser Flugblatt für das oben genannte Benefiz-Festival;
wir würden uns über einen redaktionellen Hinweis sehr freuen!
Weitere Informationen (Pressemappe) und Kartenverkauf über:

ROJYNEGRO-FESTIVAL
c/o SCHOTTKE Promotion
Daiserstr. 15
8000 München 70
Telefon 089-773997

Vielen Dank für Eurer Engagement!

12. Sept. Dienstag
Circus Krone
Dritte-Welt-Tag München

Mit freundlichen Grüßen
Hans Ernst Melzer
ROJYNEGRO-FESTIVAL

FE... NO
Bri...
Azana African Beat

Es sprechen:
Jakob von Uexküll (Gründer des Alternativen Nobelpreises)
Malangatana Valente (Kunstler aus Mozambique)
Moderation:
Werner Schmidbauer

Ab 16 Uhr:
Nachmittagsprogramm auf dem Circus Krone Vorplatz mit Info-Ständen, Malaktion für Kinder, Spielen und noch vielem mehr!

19 Uhr 30: Benefiz-Konzert
Einlaß: 18 Uhr 30
DM 22,- Vorverkauf,
DM 26,- Abendkasse
Vorverkauf an den bekannten Vorverkaufsstellen

Veranstalter:
Nord-Süd-Forum München (Zusammenschluß von 60 entwicklungspolitischen Gruppen), **Dritte Welt Cafe e.V., Münchner Volkshochschule e.V., Buntstift e.V., zusammen mit dem Kulturreferat d... dt ...nchen**

Schirmherrschaft:
Bürgermeister
Dr. Klaus Hahnzog

natürlich kommen wir eurer bitte gerne nach. auf eine gute zusammenarbeit freut sich die redaktion.

SCHOTTKE Promotion, Daiserstr. 15, 8000 München 70, (V.i.S.d.P.